

politicum

Josef-Krainer-Haus
Schriften

Landakademie '98

Bauer sein im neuen Europa:
Weg in eine Sackgasse oder Brücke in die Zukunft?

78



Alois Puntigam	
Vorwort: Neues Europa: Was ist das?	1
Erich Pöltl	
Bauer sein im neuen Europa: Vor- und Nachdenker gesucht	2
Allan Mustard	
Entwicklung der US-Landwirtschaft bei zunehmender Globalisierung	5
Heinz Kopetz	
Weiterentwicklung der GAP: Vorschlag der Kommission	10
Josef Rieglер	
Der Ökosoziale Weg: Nur Vision oder die Lösung	17
Johann Dreisiebner	
Kooperation von Wein und Tourismus	22
Monica Weinacht	
Unser Weg im Vollerwerb	23
Erwin Patz	
Zurück zu den Wurzeln	24
Grazer Konferenz:	
Perspektiven für ein größeres Europa	27
Gerhard Włodkowski	
Agenda 2000: Reform wird in dieser Form abgelehnt	31
Wolfgang Wolte	
Agenda 2000: Fakten zur Erweiterung	34
Reinhard Schick	
Die Erweiterung aus bayerischer Sicht	37
Maria Stangl	
Erweiterung aus österreichischer Sicht	42
Andrä Rupprechter	
Auswirkungen der Erweiterung auf Österreichs Landwirtschaft	46
Rudolf Schwarzböck	
Agenda 2000: Wir brauchen einen europäischen Weg	51

ALOIS PUNTIGAM

NEUES EUROPA: WAS IST DAS?

„Bauer sein im neuen Europa“ ist mehr als bloß eine Feststellung. Es ist zugleich auch eine Herausforderung, der sich nicht nur die Bauern, sondern die ganze Gesellschaft und die gesamte Europäische Union zu stellen haben. Dabei drängt sich als erstes die Frage auf:

Was ist das neue Europa?

Im Lichte der Agenda 2000 sollen die Grenzen der Europäischen Union weiter in den Osten bzw. Südosten vorgeschoben werden. Je größer aber die Staatengemeinschaft wird, umso größer werden auch die Aufgaben, die von den einzelnen wahrgenommen werden müssen. Die Landkarte Westeuropas ist, wenn man von den zwei weißen Flecken Schweiz und Norwegen absieht, ident mit jener der Union. Lediglich Griechenland als südöstlicher Vorposten nimmt eine Sonderstellung ein, die dann, wenn Slowenien, Ungarn und auch Zypern einmal Mitglieder der EU sein sollten, auch geographisch keine mehr ist.

Europa – auch hinter den EU-Grenzen

Wenn wir von Europa reden, denken wir landläufig nur an jenen Teil, der sich diesseits des seinerzeitigen „Eisernen Vorhangs“ befindet, was allerdings überhaupt nicht stimmt. Europa ist viel mehr. Zu Europa gehören selbstverständlich auch die mittel- und osteuropäischen Länder, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus genauso um ihre Identität wie um ihre Anerkennung als junge Demokratien ringen. Es ist unsere Aufgabe, sie dabei zu unterstützen und das nicht nur aus reiner Nächstenliebe, sondern auch aus einem gesunden Egoismus heraus. Weder wollen wir, daß noch mehr Menschen, weil sie zu Hause keine Zukunft mehr sehen, illegal in den Westen zu gelangen versuchen, um Arbeit zu finden, noch sehen wir im Abwandern österreichischer Unternehmen in Billiglohnländer eine Lö-



Bei diesem ernsten Gespräch zwischen Bauernbunddirektor Alois Puntigam und Landesrat Erich Pöhl kann es sich wohl nur um die AGENDA 2000 handeln. Die agrarpolitische Linie ist klar — das dicke Paket liegt auf dem Tisch, jetzt muß zügig verhandelt werden.

sung. Beides kann letztlich nur durch die Integration dieser Länder hintangehalten werden.

Wenn jedoch der eingeleitete Demokratisierungsprozeß unterbrochen oder gar gestoppt wird, droht eine „politische Schubumkehr“, von der wir aus den leidvollen Erfahrungen auf dem Balkan wissen, wohin so etwas führt.

Rußland als Führungsmacht des Weltkommunismus hat abgedankt, der Kalte Krieg ist beendet. Heißt das deshalb, es sei nunmehr der ewige Friede eingekehrt? Keinesfall. An seine Stelle sind blutigste Auseinandersetzungen innerhalb der Nationalitäten getreten, die kaum verhindert, sondern lediglich durch massiven Einsatz der UNO und seiner „Weltpolizei“ Amerika lokal begrenzt gehalten werden können.

Denkwerkstatt Landakademie

Vor diesem Hintergrund, den manche nur allzu gerne verdrängen, hat die

Landakademie '98 stattgefunden. Sie ist dabei ihrer Rolle als Denk- und Zukunftswerkstatt mehr als gerecht geworden. Der Bogen ihrer Themen war weiter gespannt als je zuvor und reichte von Österreichs Rolle in Europa bis zur Rolle Europas in der Welt. Daß dabei auch die neue Architektur Europas, wie sie in der Agenda 2000 skizziert worden ist, ein zentrales Thema war, lag auf der Hand. So war die geplante Erweiterung der EU in den mittel- und osteuropäischen Raum hinein Schwerpunkt am zweiten Veranstaltungstag, während am ersten die Globalisierung und der Liberalisierungssog, der durch die Uruguay-Runde auch die Landwirtschaft erfaßt hat, im Mittelpunkt gestanden sind.

Diese Dokumentation, die alle Referate und Diskussionsbeiträge enthält, soll jenen, die an der Landakademie nicht teilnehmen konnten, die Möglichkeit geben, einen Blick in unsere Zukunftswerkstatt zu werfen und nicht nur beim Nachdenken, sondern insbesondere auch beim Vordenken dabei zu sein.

BAUER SEIN IM NEUEN EUROPA: VOR- UND NACHDENKER GESUCHT

Interview mit Landesrat Erich Pötl

Bei der Eröffnung der Landakademie 98 hat Agrar- und Umweltlandesrat Erich Pötl auf die Bedeutung des Vordenkens und des Nachdenkens verwiesen. Die Bauern im neuen Europa werden beides brauchen.

Die Landakademie 98 hat, wie in den Jahren zuvor, wiederum ein ebenso aktuelles wie brennheißes Thema aufgegriffen - „Bauer sein im neuen Europa“ - auch unter dem Aspekt der EU-Osterweiterung. Dahinter steht das Szenario der Globalisierung mit vielen offenen Problemen von der Fragwürdigkeit der Weltmarktpreise bis zu den auseinanderklaffenden Sozialstandards.

Sie, Herr Landesrat haben bei der Akademie - trotz mancher düsterer Prognosen - eine optimistische Note vorgegeben.

Welche Überlegungen führen Sie zu dieser positiven Grundstimmung?

Wird die AGENDA 2000 Ihrer Meinung nach so geändert (verbessert), daß auch unsere Bauern dazu Ja sagen können?

Wie die Ankündigungen und Beratungen zeigen, wird eine endgültige Entscheidung über die AGENDA 2000 erst 1999 fallen. Ich hoffe sehr, daß wir für unsere Vorstellungen einer bäuerlichen Landwirtschaft, die in diesen Wochen deponiert worden sind, Verbündete in mehreren wichtigen Ländern finden. Die Preistrückgänge sind sicher ein harter Punkt, doch hat Österreich mit der Ökologisierung bewiesen, daß wir zuversichtlich sein können. Nun wird die Strukturförderung auf den ländlichen Raum umgestellt, wir werden trachten, daß die Aufwertung der Grenzregionen durch das Interreg-Programm der EU gute Früchte träßt.

Sie verweisen immer wieder darauf, daß die „Bäuerlichkeit“ einen besonderen Wert darstellt. Tatsächlich hat der Bauernstand im Laufe der Geschichte viele schwierige Zeiten überdauert und große Persönlichkeiten hervorgebracht, wie den un-



Agrar- und Umweltlandesrat Erich Pötl: Der bäuerliche Mensch denkt in Generationen ...

Marsch auf London: Hört auf die Landleute!

Die Zukunft des ländlichen Raumes in Europa wird nicht nur von den Bauern, sondern von vielen angestammten Berufsgruppen bestimmt. Alle Landbewohner wollen die meist hohe Lebenqualität erhalten oder zurückgewinnen. Werden diese Grundanliegen beiseite geschoben, kann es zu Konfrontationen kommen. Ein typisches Signal in diese Richtung ist der „Marsch auf London“, der am Sonntag, 1. März 1998 mehr als 250.000 britische Demonstranten im Hyde Park vereinte. Mit dem Appell „Hört auf die Landleute!“ protestierten die Dorfbewohner gegen die Schließung von Schulen, die Kürzung von Geldern für den öffentlichen Verkehr, das Erdücken des Kleinhandels durch Supermärkte und eine weitere Landversiedlung. Nun überschlägt sich die Regierung Blair mit Maßnahmen für die verschiedenen Interessengruppen, die im Hyde Park vertreten waren, schreiben führende Zeitungen in Westeuropa.

vergeblichen Papst Johannes XXI-II. aus dem Dorf Bergamo.

Welche Eigenschaften zeichnen ihrer Meinung und Erfahrung nach den bäuerlichen Menschen aus?

Das Denken in Generationen ist den Bauernfamilien eigen. Sie sind eingebettet in den Jahresrhythmus und erleben noch immer die Abhängigkeit von Wetter und Boden. Der bäuerliche Mensch muß schon von klein auf Geduld lernen, Geduld mit Tieren, Geduld mit den Abläufen der Natur. Deshalb wehrt sich der bäuerliche Mensch auch gegen allzu radikale Veränderungen und er engagiert sich politisch. Die überschaubare Gemeinde ist dafür eine gute Schule.

Die steirische Land- und Forstwirtschaft bietet ein besonders vielfältiges und abwechslungsreiches Bild. Von den Almen im rauen Hochgebirge bis zu den Spezialkulturen in den klimatisch begünstigten Zonen der Ost-, West- und Südsteiermark. Was müßte geschehen, um den Bauern der diversen Regionen weiterhin die Existenz zu sichern?

Beobachter, die aus Gunstlagen des europäischen Nordens mit großen, leicht bearbeitbaren Flächen kommen, meinen immer wieder, unsere Bauern könnten kaum überleben, sie seien entweder zu hoch oben auf den Bergen oder sie besitzen nur kleine Betriebe. Erfreulicherweise verstehen es unsere Leute auf kleinen Flächen ansehnliche Erträge zu erwirtschaften. Man braucht nur auf die 18 Bauernmärkte in Graz zu gehen, um das reiche Angebot und die vielen engen Beziehungen zwischen Stadt und Land zu erleben. Schon gibt es 20.000 Biobauern in Österreich, allein in der Steiermark sind es 4.000. Dazu kommen bei uns rund zehntausend Direktvermarkter der Gruppe „Gutes vom Bauernhof“. Das ökologische Bewußtsein der Konsumenten kommt uns sehr zugute, auch beim Absatz von Milchprodukten und bei den speziellen Fleischsorten Almo und Styria-beef.

Wenn Landesrat Erich Pöhl seine Zuhörer mit einer gehörigen Portion Optimismus anstecken will, setzt er nicht nur seinen oststeirischen Dialekt ein, auch die Gestik spricht Bände ...

Wie reagieren Ihre Berufskollegen, wenn sie immer weniger Mittel über die Agrarpreise erhalten und durch die Ausgleichszahlungen die multifunktionalen Leistungen des Bauernstandes wie die Sicherung der Erholungslandschaft doch nicht gerecht abgegolten werden?

Wie sehen Sie die Chancen für den Nebenerwerb im Tourismus und speziell bei „Urlaub am Bauernhof“?

Es ist tatsächlich nicht einfach zu erklären, daß die Bauern wegen der relativ niedrigen Agrarpreise Ausgleichszahlungen, bzw. Flächenprämien erhalten müssen, wenn sie weiterhin existieren wollen. Hier spielen die entsprechenden Vorschläge der AGENDA 2000 eine wesentliche Rolle. Will die europäische Landwirtschaft in der Konkurrenz des Welthandels bestehen, müssen die früher reichlich geflossenen Exportstützungen weiter verringert werden. Das drückt natürlich auf die Agrarpreise. Andererseits wird von der Gesellschaft immer stärker anerkannt, daß die Bauern einen enormen Beitrag für den Tourismus, bzw. für die Sicherung der Erholungslandschaft leisten. Die einschlägigen Chancen im Nebenerwerb sind groß, auch der „Urlaub am Bauernhof“ gewinnt immer mehr Freunde, speziell bei Familien mit mehreren Kindern.

Die neuen Anforderungen verlangen von den Menschen im ländlichen Raum mehr geistige Mobilität als je zuvor. Sie haben während der Landakademie gesagt, ein pädagogischer Vorgang sei dringend nötig, nicht zuletzt deshalb, weil man der Ellbogenmentalität einer neoliberalen Marktwirtschaft soziales Engagement gegenüberstellen müßte.

In den letzten Jahren hat sich die Kluft zwischen arm und reich enorm vergrößert, welche Schritte wären nötig, um eine andere Haltung der Gesellschaft und der Politik zu erreichen?

Unsere agrarischen Fachschulen sind übervoll, das verweist auf den starken



Bildungswillen im Bauernstand und im gesamten ländlichen Raum. Allgemeinbildung wird immer wichtiger, zumal heute viele Menschen für mehrere Berufe fit sein müssen. Der notwendige, intensive pädagogische Vorgang muß sich vor allem ökologischen und sozialen Fragen zuwenden, damit es wieder zu einem gerechteren Ausgleich in unserer Gesellschaft kommt. Hier spielt auch die Frage der Arbeitsplätze hinein. (Beachten Sie bitte die Aussagen über die Arbeitsplatzsicherung durch den Agrarkomplex. Die Red.)

Zum Abschluß der „Landakademie 97“ haben Sie im Josef Krainer Haus die Kampagne für die „Ökologische Landentwicklung - steirisches Bewußtsein - ich mach mit“ angekündigt. Inzwischen ist ein Jahr vergangen, wie sieht aus Ihrer Sicht eine erste Zwischenbilanz aus?

Meine Mitarbeiter und ich, wir alle sind überrascht, welche Fortschritte in kurzer Zeit erreicht worden sind. Im Energiebereich hat sich die Idee „Wärme und Strom aus der Region“ rasch durchgesetzt, die Besinnung auf heimische Energieträger hat dazu geführt, daß bereits in vielen Regionen der Steiermark die Versorgung mit Nahwärme funktioniert. Die Umwelttechnologie für den Einsatz erneuerbarer Energien, bzw. nachwachsender Rohstoffe, sichert durch den Bau von Apparaturen, Geräten und Heizwerken zahlreiche Arbeitsplätze. Überaus erfreulich ist auch die Tatsache, daß oststeirische Bauern aus Biogas und Holzgas elektrischen Strom erzeugen und Grazer Busse schon seit langem

Trotz vielfältiger Verpflichtungen kam Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic noch am späten Abend zum Stammtisch, um sich die Sorgen ihrer Landsleute anzuhören.



mit Ökodiesel aus Raps und Speiseöl betrieben werden.

Ganz überrascht bin ich vom Echo auf die Kampagne zur Verbesserung der Nahversorgung, die auf eine breitestreute Hebung der Lebensqualität abzielt. Gemeint ist nicht nur die Versorgung mit dem täglichen Bedarf durch Kaufmann, Bäcker und Fleischhauer, der Bogen spannt sich vom Kindergarten bis zum Altersheim, vom Wirtshaus bis zur Apotheke, von der Schule bis zum Gendarmerieposten.

Schon arbeiten über 60 Gemeinden mit, besonders erfolgreich sind jene Mitbürger, die auf neue Erwerbskombinationen setzen, wie das Beispiel von Gastwirten zeigt, die ein Party-service betreiben und Telefax oder Kopiermöglichkeiten anbieten.

Wie reagieren die Nachbarn der Steiermark auf solche Initiativen?

- Dazu kann ich mit einem aktuellen Beispiel aufwarten. Ich fahre vom Landhaus direkt nach Silberberg, um eine slowenische Delegation mit Landwirtschaftsminister Ciril Smrkolj zu begrüßen. Diese Gruppe studiert unsere Fortschritte beim Einsatz der erneuerbaren Energien und besucht u.a. auch den Nahwärmebetrieb in Eibiswald sowie das Forschungsprojekt „Biomasse“ im Dampfkraftwerk Zeltweg.

Das Interview mit Landesrat Erich Pörtl führte Prof. Max Mayr

Der Agrarkomplex sichert in Österreich rund 660.000 Arbeitsplätze

In Österreich sichern rund 250.000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe etwa 300.000 Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftsbereichen, gruppieren sich doch um den Arbeitsplatz Bauernhof jeweils ein weit verzweigtes Netz an Beschäftigung.

In den vorgelagerten Bereichen werden durch Investitionen (Landmaschinen, Bauten), den Produktverkauf und Dienstleistungen (Transport, Veterinäre, Banken, Versicherungen usw.) bundesweit ca. 60.000 Arbeitsplätze gesichert.

In nachgelagerten Verarbeitungsbereichen für Milch, Fleisch, Getreide sowie insgesamt in der Lebensmittelindustrie werden durch die Grundstoffproduktion der Land- und Forstwirtschaft rund 250.000 Arbeitsplätze erhalten.

Darüber hinaus haben österreichweit ca. 250.000 Menschen durch Wald und Holz, z. B. in Säge- und Papierindustrie, Tischlereien, Zimmereien usw. ihre Existenz. Durch eine intensive Steigerung der Biomassenutzung könnten zusätzlich 60.000 Arbeitsplätze entstehen.

Zu einer offensiven Beschäftigungsstrategie gehört sowohl die Erhaltung der Vollerwerbsbetriebe als auch die Sicherung der Neben- und Zuerwerbsbetriebe, die bereits mehr als 60 Prozent ausmachen und auch die Chance, wieder in den Vollerwerb zurückzukehren.

Die Spitzenleistung der steirischen Land- und Forstwirtschaft ist wichtigen Produktionssparten, wie Rinderwirtschaft, Milcherzeugung, Schweineproduktion, Geflügelwirtschaft, Obstbau, Weinbau, Gemüsebau und Qualitäts Holz, um einige Sparten zu nennen, tragen entscheidend zur Sicherung der Beschäftigung bei. Diese Leistungen müssen auch in Zukunft durch ein zeitgemäßes Beratungsservice und durch Investitionsförderungen erhalten bleiben und weiter entwickelt werden. Auch durch den Umstieg auf Spezialprodukte mit höherer Wertschöpfung, durch eigene Veredlung und Vermarktung sowie durch besondere Dienstleistungen, wie Urlaub am Bauernhof, werden interessante Arbeitsplätze gesichert.

Es sollte daher alles geschehen, damit möglichst viele Bauernhöfe gedeihen und gehalten werden können, nicht zuletzt als Rückzugsmöglichkeit für Krisen bzw. Notzeiten. Wer Grund und Boden hat, kann leichter überleben.

ALLAN MUSTARD

ENTWICKLUNG DER US-LANDWIRTSCHAFT

bei zunehmender Globalisierung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Bauernbundes, werte Damen und Herren. Es ist mir eine Ehre und ein Vergnügen, heute zu Ihnen aus rein amerikanischer Sicht zu sprechen. Ich bin seit August 1996 in meiner Stellung als Botschaftsrat für Landwirtschaftsangelegenheiten an der amerikanischen Botschaft in Wien. Ungefähr die Hälfte meiner Arbeitszeit verbringe ich in Österreich und den Rest in sechs weiteren Staaten, für die ich ebenfalls zuständig bin. Als Agrarfachmann und als Landwirt sowie als internationaler Ökonom spreche ich gerne über das Thema, welches mir der Bauernbund gestellt hat, nämlich ob die Bauern eine Brücke in die Zukunft sind.

Ich möchte hier über drei Dinge sprechen:

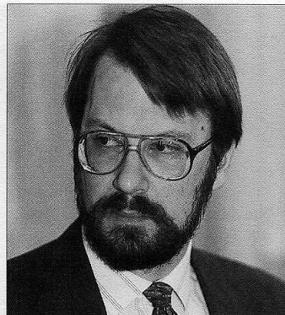
Zuerst möchte ich auf den U.S. Farm Bill und seine Auswirkungen auf den U.S. Handel eingehen und dann über die europäische Landwirtschaft sowie deren Stellung in der Weltlandwirtschaft aus amerikanischer Sicht reden. Als letztes Thema möchte ich die Landwirtschaft mehr allgemein ansprechen und in der Folge mich auf das heikle Gebiet der Prognosen wagen.

I. Der U.S. Farm Bill

Der neue U.S. Farm Bill bedeutet eine radikale Abkehr von der Landwirtschaftspolitik, die von der großen Depression der dreißiger Jahre bis jetzt vorherrschte. Die Grundlagen der alten Politik waren Produktions- und Angebotsregelung, Einkommensunterstützung und Preisstützung, begleitet von Handelsschutz für subventionierte Produkte. Die Liste der betroffenen Produkte war jedoch nicht lang; tatsächlich gab es für die überwiegende Mehrheit von Landwirtschaftsprodukten kein Unterstützungsprogramm. Die Produktionsmenge, die in den Genuss von Regierungsprogrammen fiel, war jedoch sehr umfangreich, was in den achtziger Jahren das Bundesbudget mit bis zu 26 Milliarden Dollar belastete. Dieser Budgetdruck war wahrschein-

lich entscheidend, aber weitere Faktoren kamen ebenfalls hinzu:

- Die U.S. Landwirtschaft wurde immer abhängiger von Exportmärkten, und die Preiskonkurrenz der U.S. Exporte gewann an Bedeutung. Besonders Getreidebauern und Getreideexporteure begannen eine Reduktion der Unterstützungsprogramme zu verlangen, um damit U.S. Zerealien im Außenhandel konkurrenzfähiger zu machen.
- Mitte 1980 erreichten die U.S. Lager 50 Millionen Tonnen, was 10% des Welthandels entsprach. Dies drückte die Weltgetreidepreise und bedeutete einen Drain für das Agrarbudget – wir bezahlten für die Lagerung aller Waren, die wir nicht verkaufen konnten.
- Lieferkontrollen verringerten unseren Exportmarktanteil. Um an Programmen teilnehmen zu können, mußten die Bauern einen Teil ihrer Flächen aus der Produktion nehmen. Die Reaktion anderer Länder, besonders die von Argentinien, Kanada und der Europäischen Union, war eine höhere Produktion. Unsere Bauern und Exporteure beklagten, daß unsere Unterstützungsprogramme Möglichkeiten für unsere Konkurrenten schafften, die den amerikanischen Steuerzahler belasteten.
- Änderungen in der Landwirtschaft und der allgemeinen ländlichen Wirtschaft machten die traditionellen Maßnahmen weniger geeignet. Die Preis- und Einkommensprogramme wurden in den dreißiger Jahren geschaffen, als das landwirtschaftliche Familieneinkommen ungefähr dem halben städtischen Einkommen entsprach. In den neunziger Jahren ist bereits das landwirtschaftliche und urbane Einkommen ungefähr gleich; die wirtschaftspolitischen Maßnahmen können daher in einer Zeit schrumpfender Budgets nicht gerechtfertigt werden.
- Die amerikanischen Landwirte wollten einen größeren Spielraum



Allan Mustard, Agrarattaché der US-Botschaft in Wien, sorgte mir klaren Standpunkten für eine ehrliche Konfrontation.

für ihre Entscheidungen. Die Teilnahme an Programmen war an vorangegangene Produktionsmuster gebunden, was bedeutete, daß teilnehmende Bauern die gleichen Pflanzen weiterhin anbauen mußten. Dies führte zu ernsten Marktverzerrungen und bewirkte, daß Bauern weniger rasch auf Preisänderungen reagieren konnten.

Das Ergebnis des Drucks dieser Faktoren war der 1996 Farm Bill, der nach der längsten Debatte über einen Farm Bill schließlich vom Kongress angenommen wurde. Der neue Farm Bill, der anfangs "The Federal Agriculture Improvement and Reform Act (FAIR) of 1996" genannt wurde, bedeutet eine Revolution in der amerikanischen Landwirtschaftspolitik:

- FAIR beendet die Produktions- und Angebotsregelung, so daß Bauern in ihren Anpflanzungsflächen nicht mehr limitiert sind.
- Das Flächenreduktionsprogramm für Weizen, Reis, Futtergetreide und Baumwolle ist ausgelaufen.
- Die Rationalisierung der Pflanzenproduktion und Leistungssteigerungen werden die Erzeugungskosten senken und somit die amerikanischen Bauern konkurrenzfähiger machen.
- Da Zielpreise und Fehlbetragszahlungen (deficiency payments) beseitigt sind, werden Marktpreise und nicht Regierungsprogramme die Produktion bestimmen.
- Zahlungen an Landwirte im Rahmen von Regierungsprogrammen sind für einen Zeitraum von sieben

Jahren festgelegt; für das Bundesbudget wird es daher keine Überraschungen geben.

Die Exportmaßnahmen des FAIR konzentrieren sich auf die Entwicklung der Exportmärkte. Der Schwerpunkt der Exportstrategie liegt bei Märkten mit dem größten Potential für U.S. Agrarexporte und Märkten, die das größte Wachstum versprechen. Diese Strategie ist in der USDA Langzeit-Handelsstrategie enthalten. Sie konzentriert sich auf die rasch wachsenden Märkte Asiens und die sich entwickelnden Märkte, die sich im Übergang vom Sozialismus zur Marktwirtschaft befinden. Außerdem können nun im Rahmen unserer Marktentwicklungs-Warenprogramme, die von den dreißiger Jahren bis 1996 für den Handel von Regierung zu Regierung bestimmt waren, leichter Verkäufe an den Privatsektor durchgeführt werden. Man beginnt auch den Schwerpunkt dieser Programme eher auf verarbeitete Waren zu legen. Gleichzeitig wurden die Fonds für direkte Exportsubventionen reduziert. Hierbei soll darauf hingewiesen werden, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die EU Steuerzahler weiterhin für Erstattungen von Getreideexporten zahlen, während die U.S.A. seit mehr als zwei Jahren Getreideexporte nicht mehr subventionieren. Wenn Sie mir gestatten vom Farm Bill etwas abzuschweifen, so möchte ich erwähnen, daß wir derzeit keine Subventionen gewähren, weil die Preise noch hoch genug sind, daß es nicht nötig ist; wir können einfach nicht verstehen, weshalb die EU Ihr Geld hinauswirft.

Trotzdem erreichten die U.S.A. bei Agrarexporten 1997 ein Rekordniveau. Für 1998 erwarten wir ein Agrarexportvolumen von etwa 56 Milliarden Dollar, was zwei Prozent weniger ist, als im Jahre 1997. Dieser Rückgang kann der schlimmen wirtschaftlichen Lage in Asien so-

wie der großen Ernte von Mais und Soja in Argentinien zugeschrieben werden.

Abschließend möchte ich betonen, daß der FAIR Act WTO-konform ist. Die degressiven Zahlungen bis 2002 sind nicht an die gegenwärtige Produktion gebunden, sondern an die der Vergangenheit. Sie sind unabhängig von dem, was der Landwirt tut oder nicht tut. Die Farmer können das Anbaumuster ändern oder überhaupt nichts anbauen und trotzdem bis 2002 Zahlungen erhalten.

II. Europäische Landwirtschaft mit amerikanischen Augen betrachtet

Wenn ein Amerikaner die europäische Landwirtschaft mit drei Wörtern beschreiben sollte, so wären dies die Wörter teuer, teuer, und teuer. Produktionsförderung, Exportsubventionen und ein extensives, teures System von Compensationszahlungen untermauern eine Landwirtschaftspolitik, deren Schwerpunkt sich wesentlich von jenem der U.S. Landwirtschaftspolitik unterscheidet. Die europäische Landwirtschaft basiert zu einem wesentlichen Teil auf Regierungsintervention, Produktions- und Angebotsregelung und Einkommensförderung. Diese stützenden Massnahmen sind sogar intensiver als in der Zeit, als in den U.S.A. die Farmprogramme Ihre Blütezeit hatten.

Es gibt historische Gründe hiefür. Europa litt in den vergangenen Jahrhunderten periodisch an Hungersnöten. Immer wieder wurde Europa von Kriegen heimgesucht, die örtliche Lebensmittelknappheit verursachten. Die Kenntnis hierüber ist vielfach die Ursache für den Wunsch nach Sicherheit in der Lebensmittelversorgung, die durch Regierungsintervention gewährleistet werden soll. In Europa gibt es auch eine Klasse von Kleinbauern, deren Existenz von Regie-

rungseingriffen abhängig ist. Ferner darf die politische Macht dieser Bauern, besonders in landwirtschaftlich betonten Mitgliedsstaaten der EU, nicht unterschätzt werden. Im Gegensatz zu U.S. Getreidebauern, von denen die Mehrheit eine Reduktion der Regierungsintervention verlangte, damit sie von den wachsenden Exportmärkten profitieren können, scheinen die europäischen Bauern weiterhin Regierungsschutz und -intervention zu wünschen. Das Nettoergebnis dieses politischen Drucks ist eine Landwirtschaft, die zunehmend konkurrenzunfähig wird, die sich bei Exporten zunehmend auf Exportsubventionen verlässt und die sich immer weniger an Marktbedingungen anpassen kann.

Die europäische Landwirtschaft wird durch amerikanische Augen auch als protektionistisch gesehen. Die Welt-handelsorganisation reduzierte die Zollbarrieren und schaffte die Importquoten ab. Unter der WTO sind nur non-tariff Handelsbarrieren gestattet, die eine wissenschaftliche Basis haben; alle Staaten sollen sich vor legitimen Gefahren für die öffentliche Gesundheit schützen können, aber auch durch den Handel profitieren, der zu höherem allgemeinem Wohlstand führt.

Neue Handelsbarrieren

Die europäische Reaktion war jedoch die Einführung einer grossen Zahl von neuen, non-tariff Handelsbarrieren. Einige Beispiele dazu:

Österreich hat die Einfuhr von gentechnisch verändertem Mais verboten, obwohl europäische - einschließlich österreichische -, japanische und kanadische Wissenschaftler uns sagen, daß er vollkommen sicher ist. Die EU zögert, ein Übereinkommen über Veterinärinspektion auszuhandeln. Die U.S.A. hatten bis August 1997 das Veterinärinspektionssystem von 12 EU Mitgliedsstaaten als äquivalent anerkannt. Gegenwärtig laufen U.S.-EU Veterinärverhandlungen betreffend

Europa und Amerika

gegenseitige Anerkennung. Die EU sträubt sich jedoch, das U.S. System anzuerkennen, obwohl unsere Lebensmittelsicherheit jener Europas entspricht.

Ein weiteres Beispiel:

Die EU hat Importe von U.S. Rindfleisch, welches mit Hormonen erzeugt wurde, verboten, obwohl europäische und amerikanische Wissenschaftler bewiesen, daß es keine Rückstände im Fleisch gibt und daß es absolut keine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellt. Bezuglich der Hormone haben die U.S.A. bei der WTO geklagt; diese hat bereits zu Gunsten Amerikas entschieden. Jetzt warten wir darauf, daß die EU die Entscheidung der WTO beachtet.

Europa an der Kreuzung

Wo führt das hin? Europa befindet sich sowohl in der heimischen Landwirtschaft als auch in der Exportpolitik an einer Kreuzung. Die Zukunft kann in der WTO-Absicht zusammengefaßt werden: Freier Handel, Gewinne und Arbeitsplatzbeschaffung durch den freien Handel. Wir können das bereits am Beispiel der U.S.A. sehen. Durch das nordamerikanische Freihandelsabkommen, welches ein gemeinsames Handelsgebiet vom Yukon bis zur Südspitze Mexikos vorsieht, kam es zu einem Nettowachstum der Arbeitsstellen.

Auch Mexiko und die mexikanische Wirtschaft haben sich von der Pesokrise so rasch erholt, daß die mexikanische Regierung ihre Schulden an die U.S. Regierung drei Jahre früher zurückzahlen konnte. Die NAFTA hat hier eine Rolle gespielt und gezeigt, daß Freihandel ein Nettoplus für Wirtschaft und Stellenbeschaffung bedeutet.

Die EU, wohin 8 Prozent der U.S. Agrarexporte fließen, ist nach Japan unser größter Markt für Lebensmittel und Fasern. Wenn die EU jedoch weiterhin Barrieren errichtet, so wird der Handel mit der EU zurückgehen, besonders im Hinblick auf die Auswei-

tung unserer Exporte nach Asien, Lateinamerika und in die Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Auch werden andere Länder den europäischen Protektionismus durch Importbarrieren für EU-Waren vergelten. Das Ergebnis für Europa werden höhere Lebensmittelpreise, weniger Arbeitsplätze und keine Handelsgewinne sein.

Amerika hat einige Erfahrung mit Protektionismus. Im Jahre 1930 wurde vom Kongress der Smoot-Hawley Act gebilligt, der Prohibitzölle auf Importwaren zum Schutze der amerikanischen Industrie und Landwirtschaft einführte. Dies war einer der Faktoren, die einen Börsenzusammenbruch in eine große Depression verwandelten, von der sich Amerika erst nach einem Jahrzehnt erholte. Die Frage für Europa ist, welchem Modell wird die EU folgen: Protektionismus, einer obsoleten, diskreditierten Philosophie der Vergangenheit, oder freiem Handel, der die Philosophie der Zukunft darstellt.

Wir wissen schon, in welche Richtung die U.S.A. tendieren. Die nächste Runde von Verhandlungen über Handelsliberalisierung kommt nächstes Jahr. Die U.S.A. stehen für freien Handel. Die U.S.A. sind dafür, daß Tarife, Kontingente und Subventionen gesenkt oder überhaupt aufgehoben werden. Wir sind gegen neue Handelsbarrieren, wie Veterinär- und Phytosanitätsgesetze, die auf Pseudowissenschaft gegründet sind, oder Bürokratismus bei der Regelung des Importhandels. Wir sind auch dagegen, daß neue Barrieren die alten einfach ersetzen. Hier sind die amerikanischen Bauern wirklich eine Brücke in



Hart in der Sache, freundschaftlich im Umgang: Allan Mustard bekam von Josef Riegler zu hören, daß viele Europäer andere Vorstellungen haben als die Amerikaner, z. B. die ökosoziale Marktwirtschaft.

die Zukunft—die Zukunft ist freier Handel, und mit dem neuen Farm Bill sind wir schon dort.

III. Die Zukunft der Landwirtschaft

Wir haben bereits die Handelsliberalisierung diskutiert; Ihnen, werte Damen und Herren, ist der Einfluss des Freihandels auf die Wirtschaft und Arbeitsbeschaffung bekannt. An vorderster Stelle der Handelsliberalisierung sehe ich drei weitere aufkommende Faktoren, die im 21sten Jahrhundert enorme Bedeutung haben werden. Ein Faktor ist politisch, einer ist wirtschaftlich, und einer ist biologisch. Es sind dies die Aussichten auf dauerhaften Frieden, Wirtschaftswachstum in Asien und die Auswirkungen der Gen-technik.

Der Zusammenbruch des Kommunismus in ganz Osteuropa und einem Großteil der restlichen Welt und das Ende des kalten Krieges haben viel dazu beigetragen, um die Grundlage für den Wohlstand in Europa zu sichern. Wir sind nicht mehr von einem globalen thermonuklearen Krieg bedroht.

Chance Frieden

Die Ressourcen, die einst dazu dienten, einen Krieg abzuwenden oder ihn

*Direktvermarktung made in USA:
Mobile Farmer verkaufen ihre Produkte auf freiem Feld. Foto: Peter Philipp.*



vorzubereiten, werden nun friedenserhaltenden und humanitären Tätigkeiten gewidmet. Um auf einem einfacheren alltäglichen Niveau zu bleiben:

Wenn ich heute nach Budapest, Prag oder Zagreb fahre und an der Grenze aufgehalten werde, so ist es nicht auf die genaue Kontrolle meiner Dokumente zurückzuführen, sondern auf Warteschlangen an Grenzübergängen, verursacht durch wachsenden Tourismus und Handel zwischen Österreich und den ehemaligen kommunistischen Ländern. Die Slowenen kaufen heute in Graz ein, sowie die Wiener alltäglich in Sopron und Bratislava—and das obwohl diese Nachbarländer noch nicht EU-Mitgliedstaaten sind.

Die Aussichten für dauerhaften Frieden treffen auch für Asien zu. Wie Europa, befand sich auch Asien vor einem halben Jahrhundert im Krieg. Obwohl der Friede in Asien labil und von Spannungen umgeben ist, so ist es doch ein Friede, der sowohl Wirtschafts- als auch Handelswachstum erlaubt.

Die Welt ist der Markt

Diese politische Stabilität begünstigt auch eine intensivere Wirtschaftsintegration. Wenn Sie heute ein fertiges Pastaessen kaufen, so kann es Rindfleisch aus Argentinien, Pasta aus Italien, gefertigt aus Durum aus Norddakota, U.S.A. und Tomatensauce, erzeugt in der Türkei, enthalten. Unsere Märkte sind nicht länger limitiert auf ein paar Millionen Leute, die in der Nähe leben - unser Markt ist die mehrere Milliarden zählende Welt. Die Landwirtschaft Europas und Amerikas muß auf die politischen Änderungen reagieren, die durch die neuen Aussichten auf dauerhaften Frieden hervorgerufen wurden. Dies mag seltsam klingen, entspricht jedoch den Tatsachen. Nicht jedermann ist bereit, diese Änderungen zu akzeptieren, man kann sie jedoch nicht verhindern. Wer konnte vor zehn Jahren voraussagen, daß die Ukraine ernsthaft über einen

NATO - Beitritt sprechen würde, oder daß Tschechien, Slowenien und Ungarn um EU Mitgliedschaft ansuchen würden?

Diese Änderungen sind gut und notwendig für fortgesetztes Wirtschaftswachstum und sind logische Folgeschritte, um den Wohlstand in Europa zu sichern. Sind jedoch alle Europäer bereit und willens, sie zu akzeptieren?

Wirtschaftswachstum in Asien ist die große wirtschaftliche Unbekannte. Chinas Wirtschaft wuchs in den letzten paar Jahren zehn Prozent pro Jahr. Indien, mit einer Bevölkerung von über einer Milliarde und einer Mittelklasse von über 100 Millionen flirtet mit einer mehr marktorientierten Politik. Die Wirtschaft von Ländern, wie Taiwan, Indonesien, Vietnam, Malaysia und Südkorea schuf neue Importmärkte für landwirtschaftliche Produkte - und die Art dieser Produkte ändert sich. Diese Länder befinden sich heute in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, und wir wissen nicht, wie lange diese andauern wird.

Die Rolle der Gentechnik

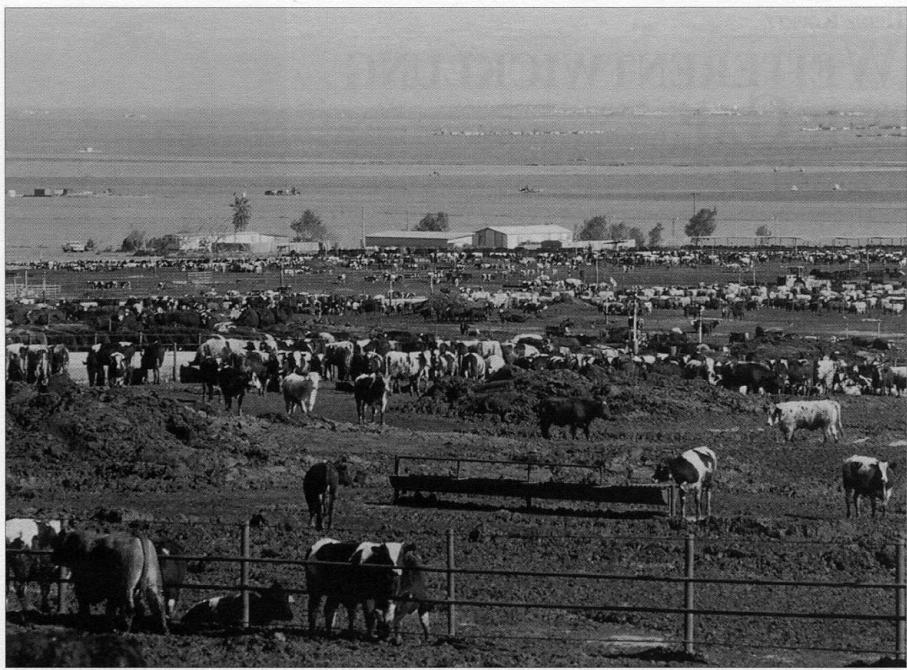
Als letzten Punkt möchte ich die zukünftige Rolle der Gentechnik ansprechen. Gentechnik ist eine neue Methode für etwas, das die Menschheit seit der Neusteinzeit praktizierte - die Schaffung neuer Pflanzen und Tiere. Durch die Übertragung von DNA-Strängen einer Art auf eine andere Art können Pflanzen und Tiere mit bestimmten Eigenschaften ausgestattet werden. Dies war früher nur sehr schwierig oder nicht zu erreichen. Wir nennen dies gentechnische Verände-

rung; sie öffnet uns eine neue Ära der Lebensmittelherstellung, wie sie mit dem Beginn der Weizenzüchtung auf den Bänken des Euphrat und Tigris vor 10.000 Jahren vergleichbar ist.

Durch gentechnische Veränderung kann bei Pflanzen Schädlingsresistenz erzielt und der Ertrag gesteigert werden ohne Anwendung toxischer Chemikalien. Durch gentechnische Veränderung kann bei Obst und Gemüse die Haltbarkeit nach der Ernte erhöht und dadurch der Verlust gesenkt werden. Durch gentechnische Veränderung kann die Toleranz gegenüber Trockenheit, Salzgehalt und niedrigen Temperaturen gesteigert werden und so die ökonomische Nahrungsmittelherstellung in Gebieten ermöglicht werden, wo dies früher unmöglich war. Die Möglichkeiten dieser Technologie sind vielfversprechend. Die Erträge können gesteigert, die Kosten gesenkt und der Verbrauch an immer weniger werdender fossiler Energie kann drastisch reduziert werden.

20 % Gensoja

Schon letztes Jahr bestand 20 Prozent der amerikanischen Sojabohnenernte aus gentechnisch veränderten Sorten. Die Liste von gentechnisch veränderten Pflanzen, die bereits in verschiedenen Ländern geziichtet wird, ist ziemlich lang: Sie umfaßt nicht nur Mais und Soja, sondern auch Tomaten, Baumwolle, Tabak, Kartoffel, Rüben, Nelke und viele andere. Wissenschaftler forschen gentechnisch veränderte Äpfel, Reis, Weizen, Spargel, Kraut, Karotten, Kiwi, Senf, Raps, Weintraube, Erbsen, Pflaumen, Himbeere, Erdbeere, und Erdnuß. Die Zukunft hat bereits begonnen.



Zweimal US-Großlandwirtschaft. Diese Bilder brauchen keinen Kommentar. (Fotos: Peter Philipp)



HEINZ KOPETZ

WEITERENTWICKLUNG DER GAP

(Vorschlag der Kommission)

In diesen Wochen und Monaten beunruhigt der Begriff „Agenda 2000“ die bäuerliche Welt. Diese Agenda 2000 enthält Vorschläge der Kommission zur weiteren Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), über die es europaweit hitzige Diskussionen gibt. Im Jahr 1999 sollen diese Diskussionen durch Beschlüsse zu einem Ende kommen.

Die langfristige Planung

Die Europäische Kommission hat im Juli 1997 ihr Arbeitsprogramm für den Zeitraum von 2000 bis 2006 vorgestellt. Dieses Programm enthält 4 Schwerpunktthemen:

- * den neuen Finanzrahmen (2000 - 2006)
- * die Reform der Strukturfonds
- * die Reform der Agrarpolitik
- * die Osterweiterung.

Diese Vorschläge wurden unter dem Terminus „Agenda 2000“ zusammengefaßt. Schon seit einiger Zeit plant die Kommission ihre Arbeit in 7-jährigen Planungsperioden. Diese 7-Jahres-Abschnitte gliedern sich zeitlich, wie in der Übersicht 1 dargestellt.

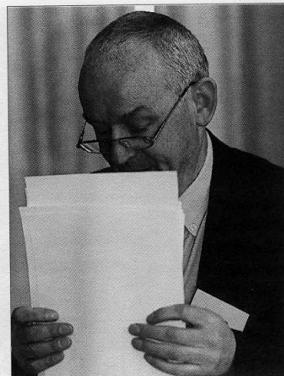
Diese Übersicht zeigt die Entwicklung über den Zeitraum von 21 Jahren. Die

Weichenstellungen, die zur Zeit diskutiert werden, lassen erwarten, daß der Druck auf die Agrarstruktur, auf weitere Anpassungen, auf weitere rasche Übernahme technischen Fortschrittes unvermindert anhält.

Die Finanzen

Einen guten Überblick über die Vorstellungen der Kommission zur künftigen Entwicklung geben die Finanzzahlen. Sie sind in der Übersicht 2 zusammengefaßt.

Auf die Landwirtschaft (landwirtschaftliche Leitlinie) entfallen demnach etwa 45 % dieser Ausgaben. Dieser hohe Anteil der Agrarausgaben - teilweise stecken auch in den strukturpolitischen Maßnahmen Ausgaben für die Landwirtschaft - wurde in letzter Zeit öfters kritisiert. Diese Kritik muß zurückgewiesen werden, denn die Europäische Kommission hat ja für viele wichtige Bereiche der Nationalstaaten, wie Sozial-, Unterrichts-, Innens-, Kultur-, Verkehrs-, Energiepolitik keine Zuständigkeit. Ihre Aufgaben konzentrieren sich im wesentlichen auf die Landwirtschaft und die Regionalpolitik. In diesen Politikbereichen ist die Europäische Integration am



Kammeramtsdirektor DI Dr. Heinz Kopetz: Landwirtschaft kann auf Dauer nur im Einklang mit der Natur erfolgreich betrieben werden.

weitesten fortgeschritten. Deswegen wird auch hier der Großteil des Budgets eingesetzt.

Die Zahlen für die landwirtschaftliche Leitlinie lassen zwar gemäß den konstanten Preisen eine Zunahme der Ausgaben für die Landwirtschaft erkennen. Allerdings sollen aus diesem Budget ab dem Jahre 2000 S 2 Mrd. für die ländliche Entwicklung verwendet werden und ab dem Jahre 2002 S 2 bis S 3 Mrd. für neue Mitglieder. So wird für die eigentliche Marktpolitik aus dem Garantiefonds in Zukunft eher weniger Geld bereitstehen als bisher. Und das, obwohl die Kommission für die Landwirtschaft weitere

Übersicht 1: Die drei 7-Jahres-Perioden 1986 - 2006: Agrarische Schwerpunktthemen

	Österreich	EU
1986 - 1992	Ökosoziale Agrarpolitik, Außenschutz, Mengenbeschränkungen, soziale und ökologische Schwerpunkte	Überschuß und Finanzierungsprobleme, Reform 1992 mit starker Preissenkung, Einführung von Flächen- und Tierprämien bei voller Kompensation
1993 - 1999	EU-Beitritt, tiefgreifende Umstellung auf das EU-System, Ausrichtung auf europäische Märkte, zunehmender Wettbewerb, beschleunigter Strukturwandel, Preiseinbußen - 25 %	Abschluß Uruguay-Runde, Erweiterung um 3 Länder, positive Einkommensentwicklung der Landwirtschaft, keine Finanzprobleme, Überschüsse abgebaut, BSE-Krise
2000 - 2006	Zunahme des wirtschaftlichen Drucks durch die EU-Agrarpolitik zu erwarten, verstärkte Wettbewerbsorientierung, besondere Betroffenheit durch Ost-erweiterung, insgesamt ähnlich große Umstellung wie 93 - 99	Erweiterungsverhandlungen mit 6 Ländern, weitere Ausweitung Richtung Weltmarkt, Finanz einsparung in der Landwirtschaft (EU 15), weitere Preis senkungen, nur teilweise Kompensation

Übersicht 2: Finanzrahmen 2000 - 2006 (Preise 1997)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Landwirtschaft (Leitlinie)	43,3	44,1	45,0	46,1	47,0	48,0	49,0	50,0
Strukturpolitische Maßnahmen	36,1	35,2	36,0	38,8	39,8	40,7	41,7	42,8
Andere Politikbereiche (extern, intern, Verwaltung, Reserven)	18,4	18,2	18,8	20,2	20,3	20,6	21,3	21,7
Summe	97,8	97,5	99,8	105,1	107,1	109,5	112,0	114,5

Quelle: Agenda 2000; Bulletin der Europäischen Kommission, 5/97

Preissenkungen vorsieht. Dazu kommt, daß aufgrund von Vereinbarungen, die teilweise schon vor Jahren getroffen wurden, im Rahmen der nächsten WTO-Runde weitere Liberalisierungen des Agrarhandels geplant sind. Die gesamte Konzeption der Agenda 2000 im agrarischen Bereich hofft aber eigentlich darauf, daß die Weltmarktpreise steigen und die Landwirtschaft wieder einen größeren Teil der Einkommen über die Märkte erzielen kann.

Angesichts der jüngsten Wirtschaftskrise in Asien zeigt sich jedoch, wie rasch solche Einschätzungen wieder - zumindest teilweise - revidiert werden müssen.

Reform der Strukturfonds und neue Zielgebiete

Eine wichtige Veränderung in den Strukturfonds gemäß Agenda 2000 ist die Reduktion der Ziele von 6 auf 3 und die Reduktion des Umfanges der Fördergebiete von derzeit etwa 51 % der Bevölkerung auf 35 bis 40 %. Die neue Zieleinteilung ist in Übersicht 3 dargestellt:

Mit dieser Konzeption wird die bisherige dominierende Stellung des ländlichen Raumes in der EU-Regionalförderung geschwächt. Es ist zu erwarten, daß weniger Mittel als bisher aus dem Ausrichtungsfonds direkt für die Landwirtschaft im ländlichen Raum bereitstehen. Zum Ausgleich ist geplant, daß im Bereich des Agrarfonds

Garantie, der bisher praktisch ausschließlich zur Finanzierung der Marktordnung inklusive begleitende Maßnahmen ÖPUL gedient hat (Intervention, Flächenprämien, Tierprämien, Exporterstattungen etc.), ein Beitrag von etwa S 2 Mrd. Ecu jährlich für die ländliche Regionalpolitik bereitgestellt wird.

Regionen sollen künftig als ländlich gelten, wenn die Bevölkerungsdichte unter 100 EW pro km² liegt oder der Anteil landwirtschaftlicher Erwerbstätiger doppelt so hoch ist wie im EU-Durchschnitt.

Als strukturschwach sollen sie gelten, wenn die Arbeitslosigkeit höher liegt als im EU-Durchschnitt oder die Bevölkerung seit 1995 zurückgegangen ist. Ländliche Fördergebiete sollen mindestens ein Kriterium aus den beiden Gruppen erfüllen. Für die bestehenden 5b-Gebiete wird es Übergangsregelungen geben.

In Übereinstimmung mit dieser Neuorientierung der Zielgebiete gibt es auch schon konkrete Überlegungen für die Anpassung der Richtlinien. Aus den ersten diesbezüglichen Entwürfen geht hervor, daß die EU verstärkt Entscheidungen an die Mitgliedsländer delegieren will und stark auf Vereinfachung der Richtlinien setzt. Wie das dann nationale umgesetzt wird, ist natürlich derzeit offen. Auch sollen Obergrenzen europaweit fallen und die Einführung von Obergrenzen den Mitgliedsländern vorbehalten bleiben. Unterscheidungen zwischen Vollerwerbs- und Nebenerwerbsbetrieben

sollen bei der Investitionsförderung gänzlich wegfallen. Allerdings sollen Ausgleichszahlungen in beteiligten Gebieten nur flächenbezogen gewährt werden. Das Konzept des Sokkelbetrages, wie in Österreich verfolgt, läßt sich bisher in den neuen Richtlinienentwürfen nicht wiederfinden.

Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß die Umstellung der Strukturfonds weniger Geld bringen wird, eine Neuabgrenzung der Fördergebiete erforderlich wird und die 5b-Förderung in der jetzigen Form ausläuft. Allerdings, die allgemeine Agrarförderung wird die 5a und 5b Maßnahmen fortsetzen, auf der Basis der Verordnung über den ländlichen Raum. Über die Lage ländlicher Ziel 2-Gebiete in der Steiermark ist derzeit eine Aussage nicht möglich.

Parallel zu diesen Diskussionen laufen die Bemühungen Österreichs um ein Sonderprogramm für die im Nahbereich zu den MOEL mittel- und ost-europäische Länder liegenden Regionen. Das bezieht sich im wesentlichen auf das steirische Grenzland, also auf Teile der bisherigen 5b-Gebiete. Auch die Ausweitung des Interreg-Programmes zählt zu diesen Überlegungen.

Diskussion Milchmarktordnung

Die Kommission hat im Sommer 1997 Vorschläge zur Reform der Milchmarktordnung vorgelegt, die in Österreich überwiegend positiv aufgenommen wurden. Die wichtigsten Ansätze waren:

Übersicht 3: Neue Zielgebiete

Ziel 1 Gebiet:	wie bisher für Regionen, deren Durchschnittseinkommen unter 75 % des EU-Durchschnittes liegt.
Ziel 2 Gebiet:	neu, umfaßt industrielle Problemgebiete, ländliche Gebiete mit rückläufiger Entwicklung sowie städtische Problemgebiete, wobei bei der neuen Abgrenzung vor allem die Arbeitslosigkeit ein wichtiges Kriterium sein wird. Höchstens 18 % der EU-Bevölkerung sollen in diese Regionen fallen.
Ziel 3 Gebiet:	Ausbildung, Berufsausbildung, Beschäftigung ist nicht regional bezogen, Schwerpunkte Arbeitsmarktpolitik, lebenslanges Lernen.

Auf kurzen Transportwegen kommt die Nahrung frisch auf den Tisch. Die Konsumenten wissen die Nähe unserer Bauern längst zu schätzen. Foto: Peter Philipp



- Beibehaltung der Kontingentierung, zumindest bis 2006
- Schrittweise Senkung der Interventionspreise um 10 %
- Prämien für Milchkühe in der Höhe von insgesamt 215 Ecu pro Tier, gleich hoch wie für Mutterkühe
Diese Vorschläge wurden geändert. Die neuen Vorschläge lauten:
 - Ausgangspunkt: EU-Durchschnittskuh (5.800 Liter/Jahr) für Kuhprämie
 - Senken der Interventionspreise: 15 %, der Richtpreise 17 % in 4 Jahren (2000-2003)
 - Silomaisflächen prämienfähig
 - Quotenerhöhung 2 % (Bergbauern, Jungübernehmer)
 - Grundprämie je Kuh (virtuell): 100 Ecu ab 4 Jahre

Virtuelle Kühe

Das Konzept EU-Durchschnittskuh bedeutet für Betriebe, deren Stalldurchschnitt unter 5.800 Liter pro Jahr liegt, eine deutliche Verschlechterung gegenüber der Diskussion vom Sommer 1997.

In Österreich ist die durchschnittliche Kuh-Leistung 3.800 Liter. Nunmehr wird vorgeschlagen, das Landeskontingent (2.382 Mio to) auf die durchschnittliche EU-Kuh umzulegen und die Prämie nur mehr für soviel Kühe zu zahlen, die notwendig wäre, wenn jede Kuh 5.800 Liter Milch brächte. Die Kuhprämie soll also nicht nur für die tatsächlichen Kühe, sondern für virtuelle Kühe gewährt werden.

Damit entspricht die Kuhprämie von 100 Ecu ab 2003 einer Milchpreiserhöhung von etwa 24 g je Liter.

Ein Betrieb mit 3.800 kg Durchschnittsleistung bei 12 Kühen (45.600 kg Kontingenç) würde nur für 8 Kühe die Kuhprämie erhalten. Die Prämie selbst soll ab dem 4. Jahr nach Abschluß der schrittweisen Preissenkung 100 Ecu pro Kuh betragen (S 1.372,-, früher 145 Ecu). Es liegt auf der Hand, daß dieses Konzept Betriebe mit wenig Leistung benachteiligt, während umgekehrt Betriebe mit einer Leistung

von über 5.800 Liter besser abschneiden, als nach dem ursprünglichen Vorschlag.

Eine weitere negative Veränderung bezieht sich auf die sogenannte Fleischkomponente in der Kuhprämie. Ursprünglich waren hier 70 Ecu vorgesehen. Nach dem neuen Vorschlag soll die Höhe dieser Prämie länderweise verschieden sein, zwischen 27 bis 54 Ecu, in Österreich etwa 40 Ecu. Allerdings, in Papieren der EU ist derzeit die Rede von Obergrenzen, die weit höher liegen (330 Ecu/Kuh bzw. 350 Ecu/ha Futterfläche), die aber durch mehrere Einschränkungen we nig zum Tragen kommen.

Rinder

Auch im Rinderbereich hat sich die Diskussion nicht unbedingt positiv entwickelt.

- Das Grundkonzept bleibt erhalten:
 - 1 Sonderprämie für Stiere ab 10 Monaten
 - 2 Sonderprämien für Ochsen (1. ab 10 Monaten, 2. ab 22 Monaten); neu: Prämie für weibliche Rinder (Mutterkühe, Milchkühe und Kalbinnen)
- Aufstockung der Extensivierungsprämie von 36 auf 100 Ecu, Zusatzprämie durch Mitgliedsstaaten möglich.
Für diese Zusatzprämie stellt die EU 980 Mio. S zur Verfügung.

- Die Aufstockung der Rinderprämien soll in vier Schritten bis 2003 erfolgen. Alternativ zur Rinderprämie pro Kopf kann auch eine Grünlandprämie pro Hektar gewährt werden (max. 350 Ecu pro ha). Als Obergrenze sollen weiter 90 Tiere gelten.

Die neue Situation ist in der Übersicht 4 zusammengefaßt.

Demnach sollen die Prämien für männliche und weibliche Rinder nur zu zwei Drittel einheitlich gezahlt werden. Den Mitgliedsländern wird eingeräumt, die Prämien bis zu einem Höchstbetrag aufzustocken aus Geldern der Kommission, wobei der bereitgestellte Betrag begrenzt ist, so daß der Spielraum für nationale Obergrenzen nur teilweise ausgenutzt werden kann.

Ackerkulturen

Bei den Ackerkulturen gibt es keine wesentliche Veränderung gegenüber der Diskussion zum Sommer 1997 mit Ausnahme der Prämienfähigkeit bei Silomais und gewisser Flexibilisierungen bei der freiwilligen Flächenstilllegung.

Gesonderte Referenzflächen für Mais sind nicht mehr geplant.

Als Förderobergrenzen je Betrieb stehen zur Zeit etwa 100.000 ECU (1,35 Mio S) zur Diskussion.

Darüberhinaus soll es Abschläge von 15 bzw. 30 % geben. Eine absolute Obergrenze ist nicht mehr im Gespräch.

Als Zwischenresumee läßt sich also festhalten:

- Stärkere Preisreduktion bei Milch als ursprünglich geplant
- Senkung der EU-Ausgleichsprämien bei Rindern und Milch
- zum Ausgleich neuer Spielraum für nationale Finanzierungsmaßnahmen.

Die überarbeiteten Kommissionsvorschläge lassen erkennen, daß die Kommission sich bemüht, auf besondere Länderwünsche einzugehen: Silomaisprämie (Deutschland, Öster-

Übersicht 4: Diskussionsstand Rindermarktordnung (ecu/S)

dzt. (1998)	Vorschlag Juli 1997	Vorschlag	Feber 1998
		EU	max. national
1. Sonderprämie Stier S 1852 ecu (135)	5050 (368)	3018 (220)	4800 (350)
2. Sonderprämie Ochsen S 2990 ecu (218)	6360 (464)	4665 (340)	7270 (530)
3. Mutterkühe S 1998 ecu (145)	2950 (215)	2468 (180)	3220 (235)
4. Milchkühe —	2950 (215)	1914 (139,5)	2662 (194)
5. Kalbinnen —	—	?	3087 (225)

reich), mehr Milchquoten (Italien, England), Grünlandprämie (Frankreich). Das Eingehen auf diese Wünsche einzelner Länder macht das System insgesamt komplizierter.

Weißbuch Erneuerbare Energie

Neben diesen Beratungen um die Reform der Agrarpolitik laufen derzeit in Brüssel auch intensive Diskussionen über die Umsetzung des Klimagipfels von Kyoto in konkrete Maßnahmen und über die Umsetzung des Weißbuches für erneuerbare Energie. Die Europäische Union hat sich bei der Klimakonferenz in Kyoto völkerrechtlich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis zum Zeitraum 2008/2012 um 8 % zu verringern, wobei bis jetzt die interne länderweise Aufteilung noch nicht neu verhandelt wurde. Ferner hat die Kommission im November 1997 ein Weißbuch für erneuerbare Energie beschlossen, in dem als Zielvorgabe bis zum Jahre 2010 die Verdreifachung des Beitrages der Biomasse zur Energieversorgung vorgegeben wird.

Beurteilung der Berufsvertretung

1. Jede Preissenkung muß durch entsprechende Erhöhung der Flächen- oder Tierprämien voll kompensiert werden.



Auch in den Pausen wurde wieder eifrig diskutiert. Von links nach recht: Kammerobmann LKR. Johann Resch, Liezen, „Agrar-Hofrat“ Dr. Werner Ressi und KADR. DI Dr. Heinz Kopetz.

Die derzeit vorliegenden Vorschläge entsprechen diesem Grundsatz nicht und müssen nachdrücklich zurückgewiesen werden.

Bei der Milch muß die nationale Durchschnittsleistung pro Kuh als Basis gelten.

2. Die in Diskussion stehenden weiteren Liberalisierungen im weltweiten Agrarhandel stellen eine zusätzliche Bedrohung der Einkommen der europäischen Bauern dar. Die Einkommensverluste als Folge dieser Politik müssen vollständig kompensiert werden.
3. Die Agenda 2000 als Reformansatz für die Agrar- und Forstpolitik muß auch eine Antwort auf das Weiß-

buch der Kommission und die Klimadebatten liefern.

4. Die bestehenden Fonds sollten um einen vierten Fond für erneuerbare Energie erweitert werden, der jährlich mit 3 Milliarden Ecu zu dotieren ist. Ohne eine solche EU-Finanzierung wird es nicht möglich sein, die Ziele der Europäischen Kommission in Richtung Förderung erneuerbarer Energie zu realisieren.
5. Ein großzügig dotiertes Sonderprogramm Grenzregionen wird für die Steiermark und Österreich verlangt, ähnlich wie dies beim Beitritt Spaniens für Südfrankreich galt.

Schlußfolgerungen aus der Sicht des Bauern:

Wenn es nicht zu außergewöhnlichen Ereignissen kommt - eine weltweite Lebensmittelknappheit, Krieg, Naturkatastrophen - so ist damit zu rechnen, daß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht einfacher werden. Für die Einkommenssicherung einer bäuerlichen Familie mit einem landwirtschaftlichen Betrieb bieten sich 4 Strategien an:

- Einkommenssicherung aus der landwirtschaftlichen Produktion - Vollerwerbsbetrieb
- Einkommenssicherung in Verbindung mit anderen unternehmerischen Tätigkeiten - Zu- oder Nebenerwerbsbetrieb
- Einkommenssicherung in Verbindung mit außerlandwirtschaftlichem Beruf - Nebenerwerb
- Einkommenssicherung außerhalb der Landwirtschaft und Extensivierung, allmählicher Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit - allenfalls im Zuge des Generationenwechsels

Betriebe, die sich für die Einkommenssicherung aus der landwirtschaftlichen Produktion entscheiden, müssen eine bestimmte Mindestgröße erreichen und in der Produktion und Betriebsführung möglichst optimal arbeiten, um ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern. Angesichts der Notwendigkeit, größer zu werden, wird die Zahl der hauptberuflichen Betriebe, die nur in der Produktion tätig sind, weiter zurückgehen, wobei Spezialbereiche wie biologischer Landbau, Gemüse, Obst, Wein, Forst gerade in der Steiermark eine noch stärkere Bedeutung gewinnen.

Die Familien mit Einkommenskombination im Neben- und Zuerwerb werden zahlenmäßig weiter zunehmen, wobei der landwirtschaftliche Betrieb immer mehr zu einem Unternehmen mit Grundvermögen wird, der sich in die verschiedensten Richtungen entwickelt, wie Verarbeitung und Direktvermarktung, Urlaub am Bauernhof,

kommunale Dienstleistungen, Energieleistungen oder andere unternehmerische Tätigkeiten. Für Betriebe wird die Produktion selbst zum Teil nur mehr einen untergeordneten Einkommensanteil ausmachen.

Die Wahl eines unselbständigen Berufes außerhalb der Landwirtschaft und die Weiterführung im Nebenerwerb ist schon heute für viele Familien die Regel.

Dort schließlich, wo die Voraussetzungen für die Ausweitung der unternehmerischen Tätigkeit aufgrund der Ausbildung, der Neigung nicht gegeben sind, eine Produktionsausweitung nicht zur Diskussion steht und die nächste Generation kein Interesse an der Landwirtschaft hat, wird gerade im Generationenwechsel die weitere Extensivierung der Landwirtschaft bis hin zur Betriebsstilllegung unvermeidbar, um falsche Investitionen und Verschuldung zu vermeiden.

Aber auch alle landwirtschaftlichen Organisationen, der Beratungsdienst und Förderungsdienst der Kammer, ebenso wie Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften, Zusammenschlüsse der Betriebe sind zur ständigen Anpassung und Professionalisierung gezwungen.

Weltweit zeigt sich, daß gerade jene Länder, in denen eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen allen der Landwirtschaft dienenden Einrichtungen gelingt, wirtschaftlich besonders erfolgreich sind.

Die nationale Agrarpolitik

Die letzten Überlegungen aus Brüssel zeigen, daß die nationale Agrarpolitik, möglicherweise in der nächsten Periode wieder neue Gestaltungsspielräume bekommt. Die Nutzung dieser Gestaltungsspielräume wird zusätzliche Finanzmittel erfordern, sowohl für die neuen Prämien, aber vor allem auch, um die Kosten der Betriebe zu senken, etwa im Bereich der Sozial-

versicherungsbeiträge, der Mehrwertsteuer, der Mineralölsteuer.

Betriebsformen, die in den 70er und 80er Jahren unter den Bedingungen der österreichischen Agrarpolitik ausreichendes Einkommen und angemessene Vermögensbildung ermöglichten, werden voraussichtlich in den nächsten 7 Jahren nicht mehr ausreichen, um wirtschaftlich befriedigende Ergebnisse zu erzielen. Der klassische bäuerliche Betrieb entwickelt sich zum bäuerlichen Familienunternehmen, das Einkauf, Produktion und Vermarktung stärker in die Hand nimmt oder sich mehr als bisher in Vermarktungsgemeinschaften integriert.

Doch bei aller Verstärkung des unternehmerischen Ansatzes muß immer bedacht werden, daß die Landwirtschaft auf Dauer erfolgreich nur im Einklang mit der Natur betrieben werden kann und ökologische Grenzen zu respektieren sind.

Schlußbemerkung

Wir sollten nicht dem technischen Fortschritt und den Marktkräften allein das Feld überlassen, sondern die Entwicklung im Sinne langfristiger Ziele und einer nachhaltigen Entwicklung steuern. Denn ganz offensichtlich treibt die industrielle Welt mit steigendem Energieverbrauch, zunehmender Arbeitslosigkeit, wachsenden Einkommensunterschieden, immer höheren Treibhausgasemissionen, knapper werdenden Energieressourcen keineswegs in eine Entwicklung, die wir wirklich wollen.

Angesichts der jüngsten Vorschläge aus Brüssel kann man nur hoffen, daß die Reform der Agrarpolitik für die nächsten 7 Jahre letztlich so gelingt, daß unsere Landwirtschaft faire Möglichkeiten zur Einkommensbildung und Vermögenssicherung erhält und daß sich die Politik nicht immer mehr zugunsten des Marktes zurückzieht.

QUALITÄT



Frischfleisch mit dem AMA-Gütesiegel

Der Vergleich macht Sie sicher

Graude beim Fleischseinkauf legen Konsumenten größten Wert auf heimische Herkunft und beste Qualität. Ein Garant dafür ist das AMA-Gütesiegel, das durch ein lückenloses und unabhängiges Kontrollsysteem vom Bauernhof bis ins Geschäft den Konsumenten Top-Qualität zusichert. Dafür müssen bereits am Bauernhof die Weichen gestellt werden...

Am Bauernhof

AMA-Gütesiegel-Bauern müssen sich an klar definierte qualitätsfördernde und – sichernende Maßnahmen halten, die in einem Gütesiegel-Vertrag festgehalten werden.

Die Ohrmarke

Unmittelbar nach der Geburt muß jedes Tier aus dem Programm sofort mit einer Ohrmarke oder Tätowierung gekennzeichnet werden. Diese Kennzeichnung wird in einem Bestanderegister festgehalten. Denn nur wenn die Tiere eindeutig identifizierbar sind, können auch effiziente Kontrollen angesetzt und garantiert werden.

Die Fütterung

Ostereichische Gütesiegbauern füttern ihre Schweine und Rinder in erster Linie mit Futter aus ihrem eigenen Anbau: Getreide, Mais, Gras und daran gewohnte Slags wie Heu. Ergänzt wird das Futter mit ebenfalls wichtigen Nährstoffen, die in Soja, Ersben und Bohnen enthalten sind.

Chemische und antibiotische Leistungsförderer sind für Gütesiegel-Bauern ein Tabu – bei



den umangemeldeten Kontrollen würden solche auch sofort nachgewiesen werden. Verstöße bringen den sofortigen Ausschluß aus dem Gütesiegel-Programm.

Höchste Ansprüche in der Fleischverarbeitung

Qualitätsprogramme verlangen allerhöchste Standards in der Fleischverarbeitung. Das betrifft die bauliche Ausstattung für die Fleischbe- und verarbeitung, streng geregelte Betriebsabläufe, Hygiene und Kühlung. Die Einhaltung dieser Standards wird im AMA-Gütesiegelprogramm streng kontrolliert.

pH₁-Wertmessung

Eine der wichtigsten und untrüglichsten Kontrollen zur

Frischfleisch – das bestkontrollierte Lebensmittel

Am Bauernhof:

1) Landwirtschaftliche Betriebsnummer: Tätowierstempel beinhaltet Betriebsnummer und geschütztes Symbol, die Stempelung wird vom Bauern vorgenommen.

Am Schlachthof:

2) Amlicher Beschauensteinpflanzenamt garantiert Gewinnträglichkeit und gibt Auskunft über Hygienestatus des Betriebes. Wird vom Tierarzt vorgenommen.

3) Handelsklassen-Beurteilung nach internationalem Klassifizierungsschema, wird von autorisierten Klassifizierer vorgenommen.

4) Vorläufige Gütesiegel-



kennzeichnung wird vom Klassifizierungsdienst nach Überprüfung von Herkunft, Alter, Gewicht, Handelsklasse und positiv erfolgter pH₁-Wertmessung vergeben.

5) Endgültige Gütesiegelstempelung nach Erreichen der Kermtemperatur unter 7°C und positiver pH₂-Wertmessung.

Beurteilung der Fleischqualität ist die sogenannte pH-Wertmessung. Diese dient dazu, Fleischfehler, die durch unsachgemäße Fleischtransport oder beim Fleischreisungsprozeß entstehen, festzustellen. Somit sind „Schirmschnitte“ bei Gütesiegel-Fleisch auszuschließen.

Kerntemperaturmessung

Weiteres wichtiges Kriterium für Qualitätsfleisch ist die ordnungsgemäße Kühlung, die mittels Kerntemperaturmessung überprüft wird: Nur ordentlich gekühltes Fleisch unter 7°C darf in den Handel gelangen.

pH₂-Wertmessung

Die zweite pH-Wertmessung wird bei den durchgekühlten Schlachthalften vorgenommen –

Die pH-Wert-Messung gilt als eine der untrüglichsten Methoden zur Beurteilung der Fleischqualität. Hygiene und Qualität sofort erzielbar geklärt wird. Mittels Kerntemperaturmessung wird die gesuchte Temperatur von unter 7°C erreicht ist.

diese dient zur Feststellung des korrekt verlaufenden Fleischreifungsprozesses.

Im Zerlegebetrieb

Auch im Zerlegebetrieb wird größte Sorgfalt auf die durchgehende Kennzeichnung gelegt. Damit kann ausgeschlossen werden, daß sich Nicht-Gütesiegel-Fleisch „dazwischen schummelt“. Die Zerlegung von AMA-Gütesiegel-Fleisch darf nur unter der ständigen Aufsicht eines externen Kontrollorgans erfolgen, damit die Rückverfolgbarkeit garantiert ist.

Im Geschäft

Lebensmittelgeschäfte, die AMA-Gütesiegel-Fleisch führen, müssen überdurchschnittliche Anforderungen in Bezug auf Sauberkeit, Hygiene und Kühlung erfüllen. Außerdem müssen sie die Zertifizierung als „echtes österreichisches Frischfleisch“ erlangt haben. Nach dem Einkauf sollte man auf die Einhaltung der Kühlketten achten – dann steht dem Genuß nichts mehr im Wege.



Wo haben Steirer HeimVorteil?



Beispiel Jungfamilienkredit:
bei S 300.000,- auf 10 Jahre
monatliche Rate S 3.275,-
Effektivzinssatz 5,77% p.a.
abzügl. Landeszuschuß nach
Maßgabe der Förderungsrichtlinien
monatlich netto S 2.482,-
netto für Sie 0,1% Zinsen

gültig bis 30. 4. 1998

Raiffeisen.Die Bank



JOSEF RIEGLER

DER ÖKOSOZIALE WEG: NUR VISION ODER DIE LÖSUNG?



Aus reicher Erfahrung schöpfend, interpretiert der frühere steirische Agrarlandesrat und österreichische Landwirtschaftsminister DI Josef Riegler unermüdlich den von ihm vorgezeichneten ökosozialen Weg.

Einleitung

Wenn ich das recht sehe, vertrete ich heute ein Kontrastprogramm. Ich bin dankbar für die sehr klare Positionierung der Vorstellungen aus der Sicht der USA, und ich verhehle nicht, daß ich zeitweise den Eindruck hatte, ein blickchen von einem anderen Stern zu kommen. Aber wir sollten das auch so nehmen, denn nur in Kenntnis der unterschiedlichen Positionen und der unterschiedlichen Situationen ist ein konstruktiver Diskussionsprozeß möglich.

Europa ist nicht Amerika

Wenn ich auch mit einer Pointe beginnen darf, anschließend an ihre Bemerkung zur europäischen Agrarpolitik, Mr. Mustard, so möchte ich sagen:

„Lassen Sie den Europäern die Chance, selbst zu bestimmen, was ihr Himmel ist.“ Ein zweites scheint mir sehr wichtig zu sein: Sie hatten völlig recht mit dem Hinweis auf die wettbewerbsverzerrende Auswirkung des alten EG-Systems mit exzessiven Exportstützungen, mit unkontrollierten Mengenentwicklungen. Für die nächste Diskussionsrunde sollten wir aber klarer unterscheiden zwischen der Gestaltung fairer Wettbewerbsbedingungen auf den Weltmärkten einerseits und der Gestaltung einer umfassenden

Politik für ländliche Regionen andererseits. Hier haben wir in Europa ganz andere Gegebenheiten als etwa in Nordamerika: Von den kulturellen, den gesellschaftlichen, den strukturellen aber auch den gesamten geografischen und klimatischen Gegebenheiten.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß der FAIR Act, den Sie als „Revolution der US-Agrarpolitik“ bezeichnet haben, nur für den Bereich der Ackerproduktion gilt, während etwa der Bereich der tierischen Produktion ganz anderen Gestaltungsgesetzen unterliegt.

Wir alle miteinander, ganz gleich in welchem Kontinent wir uns befinden, werden uns vor einer Herausforderung nicht herumdrücken können:

Das ist der Umstieg von der derzeitigen Lebens- und Wirtschaftsweise, die auf Ausbeutung begrenzter Ressour-

cen ausgerichtet ist, auf ein umfassendes System der Nachhaltigkeit, was die Produktionsvoraussetzungen, was aber auch die Gewinnung wichtiger Rohstoffe wie Energie oder Rohstoffe anlangt.

Ökosozialer Weg: Visionäre Lösung

Der Titel gibt ja in Wahrheit eine gewisse Grundstimmung wieder, die ich persönlich auch immer wieder erlebt habe: Nämlich den stillen Zweifel, ob das, was wir mit dem Ökosozialen Weg in Österreich begonnen haben, tatsächlich eine realistische Chance darstellt. Nur Vision oder Lösung?

Es ist bekannt, daß ich seit elf Jahren konsequent diesen Weg gehe - unab- hängig von der jeweiligen „Modeströmung“, was gerade politisch aktuell ist. Und ich glaube, daß es sich gelohnt hat, phasenweise auch gegen den Strom zu schwimmen: In der österreichischen Diskussion und jetzt in der europäischen Diskussion.

Es ist sicher notwendig, über die Erfordernisse der vielen Tagesdetails zu diskutieren. Doch wir dürfen dabei den Blick für das weitergesteckte Ziel nicht aus den Augen verlieren. Anders gesagt: Sich die Frage zu stellen, wo denn die Reise hingeht und ob sie tatsächlich dorthin gehen muß, wie es sich derzeit abzeichnet.

Eine in vollem Umfang verstandene Vertretung der bäuerlichen Interessen hat beides wahrzunehmen: Das tägliche Ringen um das Detail und auch die couragierte Position, klar zu sagen, wo wir die Entwicklung hinsteuern wollen, damit es für eine bäuerlich verstandene Landwirtschaft auch faire Chancen gibt.

Erfolgreiche Praxis

Wenn wir vom Ökosozialen Weg reden, dann können wir zunächst darauf verweisen, daß wir in Österreich zehn Jahre konkrete Praxis hinter uns haben. Sowohl von den wirtschaftli-

Minister Molterer verlangt für die WTO-Verhandlungen und die Reformarbeit an der GAP und der AGENDA 2000 ein europäisches Landwirtschaftsmodell nach den Grundprinzipien der ökosozialen Konzeption.



chen als auch von den strukturellen, ökologischen und sozialen Entwicklungen her war es ein erfolgreicher Weg für die österreichischen Bauern. Andererseits:

Nur wer ein weitgestecktes Ziel hat - eine Vision - welche er ansteuern kann, der hat auch eine Chance, dorthin zu gelangen. Man soll die gesellschaftliche Dynamik von „Träumen“ nicht unterschätzen: Es gab einmal einen Martin Luther King, der sagte: „I have a dream“, und vieles von diesem Traum ist heute Realität der Gesellschaft in den USA geworden. Vor allem aber - und das ist mein urpersönliches Anliegen - es geht mir mit diesem Ökosozialen Weg - der ein realistischer ist - darum, eine bewußte Kontraststrategie zu dem gängigen Pessimismus und dem sich fast schicksalhaften Abfinden mit der derzeitigen Strömung des Neoliberalismus, aufzuzeigen.

Europäisches Modell

Seit Herbst 1997 gibt es eine stark zunehmende Diskussion über den Begriff eines „europäischen Modells von Landwirtschaft“. Ohne unsere Aktivitäten überschätzen zu wollen, glaube ich, daß wir einige Impulse zur Auslösung dieser Diskussion einbringen konnten. Jedenfalls ist das, was unter „europäischem Weg“ diskutiert wird, den Grundprinzipien des ökosozialen Konzeptes sehr ähnlich. Ich möchte zwei aktuelle Stimmen in diesem Zusammenhang zitieren:

Anlässlich der Wintertagung vor drei Wochen hat

Bundesminister Wilhelm Molterer sehr eindrucksvoll die österreichische Position herausgearbeitet, indem er sagte:

„Österreich hat aufgezeigt, wie die Umweltorientierung in der Landwirtschaft flächendeckend ausgebaut werden kann.“ Und ich sage: 70 Prozent Beteiligung am ÖPUL sind kein Zufall, sondern das ist eine Konsequenz aus zehn Jahren ökosozialer Konzeption.

Molterer weiter:

„Für die WTO-Verhandlungen kann das nur eine offensive Strategie bedeuten:

Gleiche Qualitäts- und Umweltstandards sowie Verbraucherschutz müssen weltweit definiert und eingehalten werden. Nur so ist fairer Wettbewerb garantiert. Und zur GAP-Reform: Sie kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie dem Leitbild der bäuerlichen Landwirtschaft entspricht, denn das entspricht auch den Konsumentenerwartungen.“

Und eine weitere Stimme, die in Österreich zu hören mir sehr wichtig war, jene des französischen Kammerpräsidenten und Präsidenten des europäischen Bauernverbandes, Luc Guyau: „Europa muß seine landwirtschaftliche Identität behaupten, eine leistungsfähige Landwirtschaft, die sich innovativ mit sicheren und qualitativ hochwertigen Produkten auf den Märkten behauptet. Eine Landwirtschaft, die den ländlichen Raum belebt und bewirtschaftet, die zu Wohlstand und Arbeitsplätzen maßgeblich beiträgt. Eine nachhaltige Landwirtschaft, die zur Verbesserung der Lebensqualität, Erhaltung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt in Europa beiträgt. Die Betonung des europäischen Landwirtschaftsmodells geht ihren Weg.“

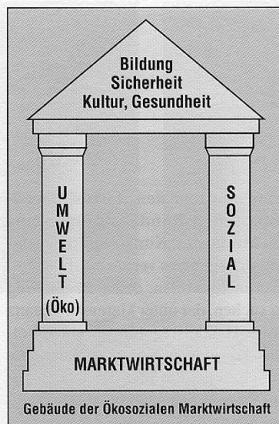
Ich halte es für wesentlich, daß diese Dynamik eingeleitet wurde. Wir sind

weit davon entfernt, bereits bei den Resultaten zu sein. Daher - und das ist meine Schlufffolgerung daraus: Der Ökosoziale Weg ist heute nicht mehr nur eine Einzelmeinung oder eine Sonderposition Österreichs, sondern es ist ein geistiger Prozeß in Gang gekommen. Sie können das in vielen Beiträgen und Überlegungen registrieren.

Wohin gehen Europas Bauern

Wir haben in einer Gruppe ähnlich denkender Menschen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich - dem „Ökosozialen Forum Niederösterreich“ - frühzeitig markante Diskussionspflöcke entwickelt und eingeschlagen. Das Buch: „Wohin gehen Europas Bauern?“ liegt nun aktualisiert in der dritten Auflage vor und nimmt zu den aktuellen Fragen nach Vorliegen der Agenda 2000 pointiert Stellung. In diesem Zusammenhang geht es um eine entscheidende Frage: Wenn wir den europäischen Weg fordern - was sind die Kernpunkte dieses Weges?

- Wir wollen auch weiterhin eine Landwirtschaft, die in Harmonie mit Ökologie, Umweltschutz und Tier-schutz gangbar ist.
- (ÖPUL = Österreichisches Programm für eine umweltgerechte Landwirtschaft)
- Wir wissen, daß in Europa nicht aus einer Marotte der Bauern heraus, sondern wegen einer sehr massiven Willensbekundung der Konsumenten ganz bestimmte Anforderungen an die Art der Lebensmittel formuliert werden:
 - gesicherte und hohe Qualität,
 - strikte Deklaration und
 - im Sinne des Konsumentenwunsches Verzicht auf problembehaftete Produktionsmethoden.
- Und sehr wesentlich: Landwirtschaft nicht nur als ein schmaler, wirtschaftlicher Bereich, sondern auch als ein gesellschaftlicher, kultureller Faktor zur Erhaltung vitaler ländlicher Regionen.



Das ist meines Erachtens ein wesentlicher Teil eines europäischen Modells, der erhalten werden muß.

Globalisierung – regionale Kreisläufe

Es ist natürlich so, daß wir alle unter dem Eindruck stehen, daß eine riesige Welle über die Welt rollt:

Globalisierung, Neoliberalismus, ständige Vergrößerung von Riesengebilden im Bereich der Unternehmungen bis hin zu dem, was in aggressiver Weise als Wirtschaftskrieg bezeichnet wird. Kampf um Märkte, Kampf um das Überleben bzw. die Vernichtung des Konkurrenten.

Es gibt aber auf der anderen Seite auch sehr viele Gegenbewegungen in Form von Eigeninitiativen, regionalen Kreisläufen, direkten Marktzugängen von Seiten der Landwirtschaft, nachwachsende Rohstoffe und Energie - jedes für sich nimmt sich sehr klein und bescheiden aus im Vergleich zu dem großen Strom.

Vielles aber, wenn es sich verbündet und vernetzt, hat durchaus auch eine Chance, zu einer erkennbaren Gegenstrategie zu werden.

Das gilt auch für die aktuelle Diskussion um die EU-Agrarpolitik. Heinz Kopetz hat die Situation präzise dargestellt. 1995 erfolgte der Vorstoß von Großbritannien nach einer radikalen Reform der GAP - radikale Reform heißt: Liberalisierung und Weltmarkt. Wir im Ökosozialen Forum haben gemeint, man sollte nicht in eine Detaildiskussion über das Radikalkonzept einsteigen, sondern ein ebenso massives Gegenmodell gegenüberstellen:

Ökosoziale Konzeption als Gegenmodell

Wir definieren, wie eine Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik nach der Erfahrung und nach der Konzeption des Ökosozialen Weges aussehen müßte.

In Stichworten:

- Ernstnehmen des hohen gesellschaftlichen Wunsches in Europa

dards, Umwelterfordernisse geschaffen werden.

Klare Deklarationspflicht

Die Deklarationsverpflichtung wird zu einer der entscheidenden Fragen für fairen Wettbewerb - auch in der Diskussion mit den USA betreffend bestimmte Produktionsverfahren, wie Hormoneinsatz und Gentechnologie. Geben wir den Konsumenten doch die Chance, ihre Entscheidungen selbst zu treffen! Das geht aber nur, wenn auf einem weltweit offenen Markt auch klar und präzise gesagt werden muß, wer auf welche Weise produziert. Ich glaube, daß die strikte, für alle Beteiligten zwingende Deklarationsverpflichtung eines der wichtigsten Instrumente angesichts der aktuellen Entwicklungen darstellt.

Erzeugungspreis ist wichtig

Eine zweite Position - sie steht etwas im Gegensatz zu der Positionierung der Kommission: Aus einer Reihe von Gründen meinen wir, daß der Preis für das erzeugte Produkt für die Einkommensbildung des produzierenden Landwirtes ein wesentlicher Faktor bleiben muß, der durch Direktzahlungen als Abgeltung zusätzlicher Leistungen oder Abgeltung besonderer Erschwernisse oder zur Abgeltung ge troffener Preissenkungen zu ergänzen ist.

Erneuerbare Energieträger als Schwerpunkt

Die Produktion von Energie und Rohstoffen muß ein zentraler Bereich einer weiterentwickelten Gemeinsamen Agrarpolitik werden und es ist geradezu ein Ärgernis, wenn eine Institution - nämlich die Europäische Kommission - auf der einen Seite ein ambitioniertes Weißbuch für erneuerbare Energie auf den Tisch legt und die andere Ecke, nämlich die Landwirt-

Faire Wettbewerbsregeln

Wenn man das nun auf die aktuelle Situation umlegt - nach Vorliegen der Agenda - dann meine ich, daß einmal innerhalb der Europäischen Union im Sinne der fairen Wettbewerbsbedingungen verlangt werden muß, daß in den Mitgliedsstaaten gleiche Anforderungen in Richtung Qualitätsstan-

schaft, davon bisher nicht einmal Notiz genommen hat.

Chancen für bäuerliche Landwirtschaft

Die Frage nach der Bedeutung des Ökosozialen Weges als Lösung: Der Grundgedanke dieser Konzeption ist, der bäuerlichen Landwirtschaft eine Chance zu geben, so zu arbeiten, wie es die Europäer wollen: In Übereinstimmung mit den ökologischen, mit den qualitätsmäßigen Kriterien. Unser Modell ist darauf ausgerichtet, der Landwirtschaft eine faire Chance zu geben, in Nachhaltigkeit wirtschaften und leben zu können. Es geht nicht an, von den Landwirten nur Einschränkungen und die Erfüllung sehr hoch gesteckter Wünsche seitens der Gesellschaft zu verlangen, ohne zu sagen, wie das auch unter vernünftigen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten gehen soll.

Unzumutbare Forderungen an Bauern

Damit komme ich zu einem ganz entscheidenden Punkt, der sauber ausdiskutiert werden muß, an dem man sich nicht herumschwindeln oder herumdrücken darf:

Es ist derzeit die unerquickliche Situation, daß auf der einen Seite von den Landwirten innerhalb der Europäischen Union immer höhere Auflagen abverlangt werden: Alle Gesetzgeber - jene der EU, der Nationalstaaten oder darunter liegender Gebietskörperschaften - sind fleißig unterwegs, diese Auflagen ständig zu verschärfen und auszubauen - aktuelles Stichwort bei uns etwa die neue Milchhygieneverordnung - und auf der anderen Seite die Forderung: „Ihr müßt mehr in den freien Wettbewerb auf den globalen Märkten gehen“. Ich meine, daß das in dieser Form nicht zumutbar ist, sondern eine klare Entscheidung abverlangt werden muß: Will man die reine Weltmarktorientierung,

dann muß man den „Luxus“ der europäischen Sonderauflagen aus Richtung des Konsumenten- und Umweltschutzes vergessen. Das wird man nicht wollen, daher ist ein Weg zu suchen, der unter klarer Akzeptanz fairer Handelsregelungen einen solchen Weg der europäischen Nahrungsmittelproduktion und des Umganges mit Ressourcen auch möglich macht. Ich meine daher, daß in der nächsten WTO-Runde dieses Thema eingehend und intensiv diskutiert werden muß.

Weltweit gleiche Spielregeln

Meine Position dazu habe ich formuliert:

Nicht Rückkehr zu unfairen Wettbewerbsverzerrungen mit exzessiven Exportstützungen, sondern die Schaffung sozialer und ökologischer Standards sowie das Recht von Staaten oder Staatenzusammenschlüssen, sich gegen eine unsaubere, auf völlig anderen Bedingungen basierende Wettbewerbsverzerrung wehren zu können.

Wir sollen die Globalisierung nicht als ein Schreckgespenst sehen, sondern als Chance, die sich aus der politischen Öffnung und aus den technologischen Möglichkeiten ergibt. Globales Agieren erfordert aber auch weltweit gültige Spielregeln!

Die heutige Welthandelsorganisation - das frühere GATT - ist aus ihrer Entwicklung heraus vorwiegend auf die Schaffung besserer Marktzugänge und den Abbau von Handelsbeschränkungen konzentriert. Das genügt aber nicht mehr. Neben der Verhinderung von Preisdumping müssen auch Instrumente zur Verhinderung von Sozialdumping und Ökodumping entwickelt werden.

Ökosoziale Weg: Chance für Europa

Ich kehre nun zur Frage zurück: „Ist dieser Ökosoziale Weg auch eine mögliche Lösung in der europäischen Dis-

kussion?“ Wir werden uns hüten zu sagen, wie die Lösungen in den USA oder in Afrika, Südamerika oder Südostasien aussehen müssen. Das ist eine Frage der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegebenheiten.

Aber wir sind berechtigt und verpflichtet, uns massiv in die europäische Diskussion einzuschalten, denn diese europäische Diskussion schafft die Wirtschafts- und Lebensbedingungen unserer Bauern für die nächsten Jahrzehnte.

Daher ist es sehr wichtig, daß der Rat der Landwirtschaftsminister - das gesetzgebende Organ der EU für den Bereich der Agrarpolitik - im November 1997 eine sehr beachtliche Grundposition definiert hat.

Ich zitiere: „Nach Ansicht des Rates muß die europäische Landwirtschaft als Wirtschaftsbereich multifunktional, nachhaltig und wettbewerbsfähig sein und sich über den gesamten europäischen Raum, einschließlich der beteiligten Regionen und der Berggebiete, verteilen.“

Das ist eine agrarpolitische Grundpositionierung des Entscheidungsgremiums der EU, die beachtlich ist. Denn hier stecken eine Reihe von Pflocken drinnen für die weitere Entwicklung: Multifunktional, nachhaltig und über den gesamten europäischen Raum. Daß es immer auch um Wettbewerbsfähigkeit geht, ist klar. Ich möchte ausdrücklich sagen:

Ökosozialer Weg hat nichts mit Romantik zu tun im Sinne, sich aus den wirtschaftlichen Erfordernissen zurückzuziehen, sondern der Grundgedanke ist ja die Marktwirtschaft, ist die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit, aber unter ökologischen und sozialen Aspekten. Im Beschuß des Rates der Landwirtschaftsminister heißt es weiter: „Die europäische Landwirtschaft muß in der Lage sein, die Landschaft zu pflegen, die Naturräume zu erhalten, einen wesentlichen Beitrag zur Vitalität des ländlichen



Raumes zu leisten und den Anliegen und Anforderungen der Verbraucher in bezug auf die Qualität und die Sicherheit der Lebensmittel, den Umweltschutz und den Tierschutz gerecht zu werden.“ Mit dieser Deklaration des Rates der Landwirtschaftsminister sind wir mit unserer Ökosozialen Konzeption voll abgedeckt. Es gibt nichts, was hier fehlen würde. Wenn man weiß, wie die Ausgangspositionen waren, so ist das ein bemerkenswerter Beschuß.

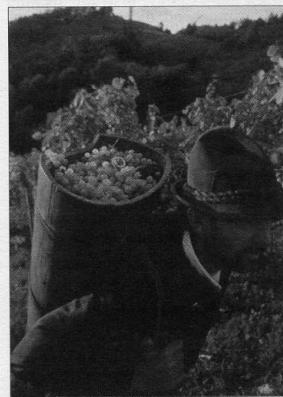
Nochmals zur Position der USA: Lassen wir Europa die Chance, den für Europa richtigen Weg auch eigenständig gehen zu können.

“Europäisches Modell” für Bauern und Konsumenten bedeutet eben mehr als nur billigst mögliche Nahrungsproduktion. Wir wollen Qualität und Sicherheit, Natur- und Umweltschutz, Kultur und Gesellschaft im ländlichen Raum, Arbeit und Wohlstand auf dem Land und eine gewisse Vorsicht gegenüber problembehafteten Produktionsmethoden. Das sind die wichtigsten Elemente eines als nachhaltig zu bezeichnenden europäischen Weges.

Der Bauer entscheidet

Eines muß uns allerdings klar sein: Ein solches Modell hat auch Konsequenzen für den einzelnen Bauer. Es ist nicht nur eine Frage der agrarpolitischen Diskussion. Jede bauerliche Familie muß entscheiden, welchen Weg sie gehen will.

Wenn wir uns aus vielen Gründen auch für die Zukunft zu einer kleinstrukturierten Landwirtschaft bekennen, dann hat das auch Konsequenzen für die eigene strategische Entscheidung. Das „bauerliche Familienunternehmen“ ist das neue Leitbild für diese Entwick-



Bäuerlichkeit ist eine Lebensform.
Die Bilder zeigen es.

Fotos: Steirische Tourismus GmbH.
Auch das Titelbild stammt aus diesem Archiv.

lung. Ich halte diesen von Bundesminister Molterer geprägten Begriff für sehr wesentlich. Man kann sich als Bauer eben nicht mehr darauf zurückziehen, zu sagen: Ich produziere einen agrarischen Rohstoff, gebt mir den Preis, der mein Einkommen sichert. Das ist nicht möglich.

Jede bauerliche Familie muß sich für eine der von Heinz Kopetz in seinem Referat aufgezeigten Alternativen entscheiden. Wichtig ist, daß sich die Familie für eine Strategie entscheidet und diese auch konsequent durchzieht. Hier ist nach meiner Beobachtung noch sehr, sehr viel zu tun.

Noch etwas: Haben wir den Mut, auch in der innerlandwirtschaftlichen Diskussion zu sagen: Es geht natürlich um Preise und Kosten und Einkommen, aber nicht nur. Haben wir den Mut, von einer eindimensional verkürzten

agrarpolitischen Diskussion Abschied zu nehmen, wie wir sie nun über Jahrzehnte geführt haben. Es geht um die Gestaltung des Lebens insgesamt! Wie in jedem anderen Beruf spielt das Einkommen eine Rolle. Aber viele andere Faktoren spielen eine ebenso wichtige Rolle. Sagen wir den bauerlichen Familien, daß sie zum Teil größere Chancen für die Gestaltung eines erfüllten Lebens haben, als Menschen in Ballungsgebieten.

Ökosozialer Weg – Zukunftsiedeologie unserer Republik

Ich schließe mit einer Darstellung, die sich im NATIONALEN UMWELTPLAN findet, der von der Bundesregierung und vom Nationalrat verabschiedet wurde, der also ein officielles Dokument unserer Republik ist. Dieser Nationale Umweltplan verfolgt das Ziel, die Einführung der Nachhaltigkeit im gesamten Bereich der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft zustande zu bringen.

Das Bild zeigt einen Dreiklang:

**Wirtschaft im Sinne „Sicherung wirtschaftlicher Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit“,
Ökologie im Sinne „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ und**

Sozialer Friede im Sinne „eines fairen, inneren sozialen Ausgleiches“. Das ist fast wortgleich mit dem, was ich im Jänner 1987 bei meiner Antrittsrede als Landwirtschaftsminister als Leitlinie für eine neue Agrarpolitik in Österreich definiert habe.

**Es ist ein beglückendes Erlebnis,
wenn sich die Vision vom
ÖKOSOZIALEN WEG zehn Jahre
später als offizielle Zukunftsstrategie
unserer Republik wiederfindet.**



Johann Dreisiebner:
Weinkultur, Tischkultur, Radfahren, Wandern und Reiten — das steirische Weinland bietet ein buntes Angebot, das Weinland spielt auf.

Tourismus und Weinbau sind derzeit zwei Aktivposten der steirischen Wirtschaft. Während alle übrigen Bundesländer im letzten Jahr Verluste an Übernachtungen und Umsätzen hinnehmen müssten, konnte die Grüne Mark sich über Zuwächse freuen! Ähnlich positiv ist die Entwicklung beim immer begehrteren heimischen Rebensaft.

Diese Erfolge haben den Anstoß dazu gegeben, gemeinsam über Chancen zur verstärkten Kooperation zwischen Wein und Tourismus nachzudenken. Die Touristiker wissen vom hohen Stellenwert des Weines für die Gäste. Die Weinbauer sehen die etwa zwei Millionen Gäste im Jahr (!) zunehmend als eigenständigen Absatzmarkt mit großen Möglichkeiten, sowohl im direkten Verkauf an den Gast als auch in der verstärkten Kooperation mit der steirischen Gastronomie.

"Das steirische Weinland" ist mit Hilfe von EU-Mitteln als eine Interessengemeinschaft (IG) gegründet worden. Mitglieder sind die Tourismus-Regionalverbände Weststeiermark, Südsteirisches

JOHANN DREISIEBNER

KOOPERATION VON WEIN UND TOURISMUS

Weinland, Steirisches Thermenland und Oststeiermark; der Landesweinbauverband, der Landesreitverband und die Steirische Tourismusgesellschaft.

Die Liste der Ziele der IG ist lang und vielversprechend: die verstärkte Internationalisierung des Publikums, die Verbesserung der Auslastung durch forcieren des Frühlings als zweite Saison, die Einführung von verbindlichen Qualitätsstandards für die Präsentation des steirischen Weines in Gaststätten und Buschenschänken, die gemeinsame Entwicklung von Pauschal-Freizeitangeboten mit den Inhalten Wein, Radfahren, Wandern und Reiten und der Aufbau von gemeinsamen Informationssystemen zur verbesserten Kundenbetreuung.

Ein Aktionsplan sieht für die kommenden Jahre eine Fülle von gemeinsamen Maßnahmen vor: Eine Präsentationsmappe, Werbung mit speziellen Zeitungsbeilagen, Anzeigenkampagnen, Koproduktionen mit dem ORF, Erlebnisführer zu den Themen Wein, Wandern, Reiten und Radfahren, beim Stammgästefest der Steirischen Tourismusgesellschaft in Wien wird das "Steirische Weinland" prominent in Erscheinung treten.

Neben diesen Marketingmaßnahmen wird auch am Angebot eifrig gearbeitet werden. Geplant sind Weinsemina-

re für Touristiker, geführte Touren durch die Regionen, Kooperationskonzepte Weinwirtschaft – Gastronomie mit der Einführung von Qualitätsstandards und gemeinsame Workshops zur Gestaltung von attraktiven Angeboten.

In allen Bereichen der Wirtschaft ist der Zug zu größeren, schlagkräftigeren Organisationsformen sichtbar. Auch der Tourismus kann sich Kirchturm-Strategien immer weniger erlauben. Unsere Ferienregionen stehen heute in einer globalen Konkurrenz. Immer mehr Gäste wählen Erlebnisinhalte anstatt spezifischer Orte und Regionen, die damit austauschbarer werden.

Das Steirische Weinland bietet dem Besucher eine ganze Fülle solcher Erlebnismöglichkeiten in einer gemeinsamen Feriendestination an. An acht Weinstraßen aufgefädelt findet der Besucher: Schlösser-, Apfel-, Blumenstraßen, die erfolgreichen Jungbrunnen des Thermenlandes, das "Steirische Himmelreich", die weißen Pferde und den Schilcher, dazu ein Netz von Rad-, Wander-, und Reitwegen – ein wahrhaft un widerstehliches Angebot!

Grafik und PR-Betreuung Hotter & Partner, Tourismus-Marketing-Training.

Steirisches Weinland

Die steirische Harmonie spielt auf!



Monica Weinacht: Plädoyer für den Arbeitsplatz Bauernhof!

Das diesjährige Thema heißt „Bauer sein im neuen Europa“. Was ist ein Bauer? Eine Berufsbezeichnung für Bewirtschafter genutzten Grundstücken in Verbindung mit einem Hof. Mindestvoraussetzung für die Zuerkennung der Bezeichnung ist eine Hofgröße, die die Existenz einer bäuerlichen Familie aus dem Ertrag des Hofes gewährleistet. Diese Aussage aus dem Bertelsmann-Lexikon deckt sich genau mit meiner Auffassung, denn jeder Bauer ist bestrebt, mit dem Ertrag seines Hofes seine Familie ernähren zu können. Der natürliche Ehrgeiz ist gefordert, das ererbte Anwesen zu erhalten und wenn möglich zu vergrößern und in weiterer Folge auch den Arbeitsplatz an die nächste Generation weiterzugeben. Unser Betrieb ist ein Vollerwerbsbetrieb mit ca. 25 ha, davon 17 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, 8 ha Wald und mit einer Milchquote von 56.000 Kg. Da unsere Landwirtschaft im Ennstal liegt, besteht diese landwirtschaftliche Nutzfläche aus Grünland. Durch die topographische Lage ist leider nicht sehr viel anderes möglich als Rinderzucht und Milchviehwirtschaft. Ich bin dankbar, heute aus der Sicht einer Ennstaler Bäuerin zu referieren. Unser Betrieb befindet sich mit 1/2 ha in Dorfmitte an der B 146 zwischen St. Martin am Grimming und Gröming. Der Betrieb ist charakteristisch für die Ennstaler Höfe, da es kaum arrourierte Landwirtschaften gibt. Unsere Feldstücke sind 1 bis 15 km vom Hof entfernt und teilweise nur über die B 146 erreichbar. Durch die

MONICA WEINACHT

UNSER WEG IM VOLWERWERB

eingeengte Lage in Dorfmitte besteht auch nicht die Möglichkeit, zu expandieren.

Durch die bereits erwähnten Gegebenheiten gab es für uns nur die Überlegungen, aus dem vorhandenen Kapital, sprich: Milch und Fleisch, das Beste zu erwirtschaften. Eine Milchkuhaufstockung wollten wir nicht vornehmen, da wir das Weideservitut unserer Jungrinder ausschöpfen wollen. So beschlossen wir vor ca. sieben Jahren, unsere Ochsen, die zweimal gealpt und dann im Herbst auf den Ennswiesen weiden, als Frischfleisch zu vermarkten.

Um als Frischfleischlieferant bekannt zu werden, begannen wir mit dem Ausschicken einer Postwurfsendung in vier benachbarten Gemeinden. Die Reaktion darauf war äußerst positiv, und wir hatten in kürzester Zeit einen großen Kundenstock. Die Konkurrenz wuchs aber in den folgenden Jahren. Es wurden von unserer Seite Überlegungen angestellt, um auf Dauer die Frischfleischqualität zu steigern.

So begannen wir die Iler Qualität des Rindfleisches zu Dauerwurstwaren zu verarbeiten. Um auch diese Produkte verkaufen zu können, wurde es notwendig, auf den Bauernmarkt zu fahren. Seit ca. vier Jahren fahren wir einmal wöchentlich nach Schladming. Unser Bezirk ist zwar der größte in der Steiermark, aber nicht dicht besiedelt. Der Markt ist also keinesfalls von der Besucheranzahl mit anderen Märkten in der Steiermark vergleichbar.

Viele und hohe Investitionen waren notwendig, um diesen Weg gehen zu können. In der Direktvermarktung ist es wichtig, auch anderorts präsent zu sein. So beliefern wir auch Bauernläden, gestalten Geschenkskörbe und kalte Platten. Aber auch der Rindfleischtag im letzten Jahr trug dazu bei, um unseren Kunden, Bekannten, Freunden und Gästen unseren Betrieb näher zu bringen. Es war für viele Ennstaler und Urlauber ein Anlaß, um Rindfleischspezialitäten zu genießen.



Kammer-Vizepräsident Ök.-Rat Ferdinand Merl versteht es, wichtige bürgerliche Anliegen in kurzen Statements überzeugend darzustellen.

Ein Großteil der Besucher war von der Vielfalt des Rindfleisches überrascht. Es ist auch keine Seltenheit, daß sich Gäste unsere Produkte nachsenden lassen.

Durch immer strengere und schwierigere Auflagen von Seiten der Gewerbeordnung sind auch wir schon unsicher, ob dieser Weg der richtige ist. Einerseits fordert das Gewerbe die Gleichstellung der Direktvermarkter mit immer strengeren Auflagen, und andererseits ist es der Wirtschaft wohl bewußt, daß gerade der Direktvermarkter eine potentielle Kundschaft ist. Dies zeigt zum Beispiel ein Besuch auf der Wieselburger Messe.

Der Verdacht drängt sich oft auf:
Wenn alle Wirtschaftstreibenden genug verdient haben, ist es an der Zeit, den Direktvermarktern auf die Zehen zu steigen.

Die Preise, die über die Genossenschaft und die Händler zu erzielen

ERWIN PATZ

ZURÜCK ZU DEN WURZELN

waren, waren nicht mehr zufriedenstellend. So schlugen wir den Weg zur Direktvermarktung ein. Wenn man nun die Entwicklung für die nächsten Jahre betrachtet, ist ein Sinken des Rinderpreises von 30 Prozent und des Milchpreises von 15 Prozent vorgesehen. **Für uns ist es nicht einsehbar, daß bei anderen Berufsgruppen die Arbeitszeit verkürzt, der Lohn erhöht und bei uns Bauern immer mehr an Arbeit notwendig ist, nur um ein gewisses Einkommen zu erzielen.** Wenn dieser Weg nur über eine Mehrproduktion von Milch bzw. Fleisch möglich ist, dann ist für mich der Preisverfall vorprogrammiert. Der Konsument kann nicht mehr als essen.

Zur täglichen Arbeit — auch sonn- und feiertags — kommt die erforderliche Buchhaltung und bei uns tierhaltenden Betrieben die neue Tierregistrierung, die nun sogar dreifach erfolgt (Milchkontrollor, Bestandverzeichnis der AMA und über die Bezirkskammer-Eingabestelle). Es wird aber immer schwieriger, diesen Arbeitsplatz an unsere nächste Generation weiterzugeben. Viele Hürden müssen von uns Bauern überwunden werden, wenn wir uns entschließen, doch noch „selbstständig“ arbeiten zu wollen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß der Bauer sehr wohl unternehmerisch denkt bzw. immer dachte, denn er wird immer nach der Wirtschaftlichkeit handeln, sprich: ein positives Ergebnis im Auge haben. Ich ersuche Sie daher, die Sie in Zukunft die Weichen stellen, dies zu bedenken und daß dies nicht nur über eine Mehrproduktion möglich sein soll. Ich ersuche Sie, bei den nächsten Verhandlungen den Arbeitsplatz Bauernhof zu berücksichtigen. Für uns Bauern wurde die Herausforderung angenommen, daß wir uns am europäischen Markt behaupten müssen. Leider haben viele Berufskollegen das Handtuch geworfen. Wie bekannt, waren es zwei Bauern pro Tag. Da muß man schon die Frage stellen: „Wer trägt dafür die Verantwortung?“

Das Thema kann man aus zwei Perspektiven betrachten: Zum einen bin ich von meinem Beruf als Lehrer zurückgekehrt in die Landwirtschaft, zum anderen sind wir in der Landwirtschaft zurückgekehrt auf das Wesentliche, die Verarbeitung.

„Zurück zu den Wurzeln“ heißt nicht, sich in der Erde vergraben. Vielmehr sind die Wurzeln Kraftspender, damit ein Baum auch blühen kann. Unser Gestaltungsraum sind die Äste und Zweige des Baumes. Hier haben wir Entfaltungsmöglichkeiten, hier haben wir Luft und Sonne. Ein blühender Baum wird auch später reiche Frucht bringen.

Unser Betrieb

Meine Frau und ich bewirtschaften seit 1994 einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb in der Südsteiermark. Vorher war ich im landwirtschaftlichen Schulwesen tätig. Die Eltern sind vor 25 Jahren in die Schweineproduktion eingestiegen und haben mit diesem Betriebszweig ihr Einkommen im Vollerwerb erwirtschaftet.

Zum Zeitpunkt der Betriebsübernahme war schon absehbar, daß wir mit dem Einkommen aus der Schweineproduktion nicht auskommen werden. Zum anderen bestand die Forderung, am Markt wettbewerbsfähig zu sein. Für uns in Österreich und speziell in der Schweinehaltung waren seit dem EU-Beitritt die Größenordnungen bald klar festgelegt:

Ferkelerzeuger 70 - 100 Zuchtsauen,

Mastbetrieb 1000 Mastplätze,

Kombiniert 50 Zuchtsauen- plus Mast.

Wenn man heute durch die Südsteiermark fährt, sieht man die Z-Bäume schon ausgezeigt. Überall dort, wo die

großen Betontürme stehen, hat wieder einer gewagt, in den Teufelskreis einzusteigen. Der Teufelskreis heißt: Wachsen und Weichen. Ein Gesetz der Betriebswirtschaft besagt: Austauschbare Produkte tendieren zu einer Umsatzrendite von Null.

Für uns war diese Form der Betriebsentwicklung kein Thema. Schließlich muß es auch andere Möglichkeiten geben. Wir haben uns für die Direktvermarktung unserer Produkte entschieden!

Zum Einstieg in die Direktvermarktung versuchten wir, ein hochpreisiges Produkt am Markt abzusetzen. Das Produkt mußte aber andere Qualitätsmerkmale aufweisen, es mußte *einzigartig* sein.

Die Umsatzentwicklung gab uns recht. Ein einzigartiges, qualitativ hochwertiges Produkt wird vom Konsumenten angenommen. Der Preis ist nicht in erster Linie entscheidend.

Wie agieren wir?

Unser Markt ist eine ländliche Gemeinde. 80 % werden über unseren Hofladen in dieses Umfeld verkauft, der Rest wird zugestellt.

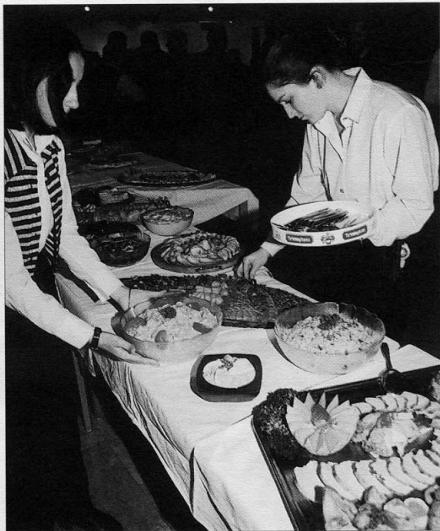
Natürlich produzieren wird nur in Nischen hinein und machen das, was andere nicht abdecken können. Wichtig ist uns auch, eine starke Kundenbeziehung aufzubauen.

Unsere Ziele

Einzigartige Menschen zu sein, das gibt Kraft.

Einzigartige Produkte zu erzeugen - das gibt uns die Chancen, einen einzigartigen Markt zu bearbeiten.

Die entscheidendste Komponente im Betrieb ist der *Mensch*. Seine Einzigartigkeit ist der Garant für den Betriebserfolg.



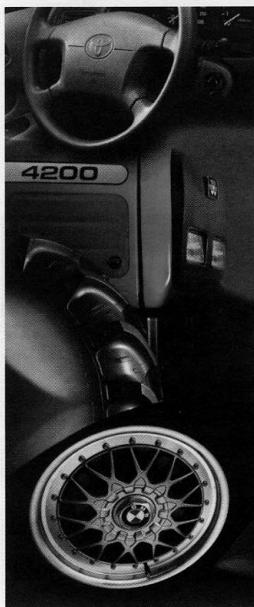
Prost und guten Appetit!

Das Krainer-Haus, bekannt für Gastlichkeit, gute Bewertung, wurde bei der Landakademie seinem Ruf wiederum gerecht. Bei steirischen Köstlichkeiten kam es zum vielfältigen Gedankenaustausch. Oben links: Ing. Erwin Patz und Kammerpräsident Gerhard Wlodkowsky beugen einem „Lauschangriff“ vor. Nebenan: Erfolgreiche Molkereiherren der Steiermark: Johann Kriebeneck, Südwestmilch Stainz (links), Kurt Riemelmoser, Landgenossenschaft Ennstal — Ennstalmilch (2. von rechts) und Ing. Erwin Resel, Berglandmilch — Desserta (rechts) im Gespräch mit Raiffeisenverbandsdirektor Dr. Hans Vollmann.

Häferlgucker am Werk

Landesrat Erich Pörtl überzeugt sich mit Bauernbunddirektor Dr. Alois Puntigam, Bauernbundsekretär Gottfried Pöttler und LAbg. Franz Riebenbauer von der Qualität der Gulaschsuppe.





Ihr Partner in allen
mobilen Bereichen
des Lebens.

GADY

16x in der Steiermark, Kärnten und Burgenland

GRAZER KONFERENZ: PERSPEKTIVEN FÜR EIN GRÖSSERES EUROPA

Resolution der an die mittel- und osteuropäischen Länder angrenzenden Regionen der EU-Mitgliedstaaten betreffend die Herausforderungen der EU-Osterweiterung

Wir, die Repräsentanten der Länder und Regionen, Bayern, Berlin, Brandenburg, Burgenland, Friaul-Julisch Venezien, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Sachsen, Steiermark und Wien, der finnische Vertreter im Ausschuß der Regionen, Bürgermeister Markku Kauppinen, an der östlichen Außengrenze der Europäischen Union, haben am 29. Jänner 1998 in Graz eine Konferenz abgehalten, um die Herausforderungen einer sich erweiternden Europäischen Union im Übergang zum 21. Jahrhundert zu erörtern und erklären aus diesem Anlaß folgendes:

I. Einleitende Bemerkungen

1. Die Entscheidung des Europäischen Rates von Luxemburg am 12./13. Dezember 1997, den Beitrittsprozeß im März 1998 mit den beitreitwerbenden mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) und Zypern zu eröffnen, wird ausdrücklich begrüßt. Diese Erweiterung bietet die Chance zur langfristigen Garantie von Frieden und Sicherheit in Europa sowie zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, die entschieden genutzt werden muß. Das liegt im unmittelbaren Interesse der EU-Grenzregionen und -kommunen und ihrer mittel- und osteuropäischen Partner.
2. Die Erweiterung der Europäischen Union von derzeit 15 auf 20 oder 25 Mitgliedstaaten ist das bedeutendste und ehrgeizigste Erweiterungsprojekt der EU und stellt sowohl die Beitrittskandidaten als auch die Union vor große Heraus-

Am 12. September 1997 hat die Fachkommission I des EU-Ausschusses der Regionen erstmals in Graz getagt. Hochrangige Vertreter berieten über Osterweiterung, Strukturpolitik, bzw. AGENDA 2000 und erarbeiteten so die Grundlage für die Resolution der „Grazer Konferenz“ vom 29. Jänner 1998. Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic führte dabei den Vorsitz.



forderungen. Die Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa befinden sich in einem umfassenden wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozeß und bereiten sich mit Unterstützung der Union und ihrer Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen auf die Übernahme der Verpflichtungen einer Vollmitgliedschaft vor.

3. Hinsichtlich Wirtschaftskraft und Einkommen besteht jedoch weiter ein enormes Gefälle an den Grenzen des MOEL mit den EU-Mitgliedstaaten. Dieses Wohlstandsgefälle zeigt sich insbesondere in den Regionen und Kommunen an den östlichen EU-Außengrenzen und hat vor allem Auswirkungen in den Bereichen Verkehr, Standortkonkurrenz, Arbeitsmarkt und Kaufkraftabfluss.
4. Der Gedanke der Solidarität und des Ausgleichs unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen ist eines der Grundprinzipien der Europäischen Uni-

on. Ein Beispiel für diese der Europäischen Union eigene Solidarität ist das aus Anlaß der Süderweiterung im Jahr 1986 beschlossene „Integrierte Mittelmeerprogramm“. Die Grenzregionen entlang der derzeitigen Außengrenzen der EU zu den MOEL weisen auf ihre besondere Situation hin und wenden sich an die jeweiligen Zentralregierungen und die Europäische Union mit der Bitte, den Prozeß grenzüberschreitender Annäherung zu unterstützen. Sie bringen ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß nur gemeinsames Handeln die Interessen der Regionen innerhalb und außerhalb der EU wahren kann.

5. Ein Paket integrierter Maßnahmen - wie unter III vorgeschlagen - wird auch im Zuge der Erweiterung für erforderlich angesehen, damit die Chancen der Erweiterung auf beiden Seiten der EU-Außengrenzen genutzt werden können. Unabhängig davon muß die Förderung gemeinsamer Projekte an den derzei-

Einen guten Einblick ins Grenzland konnten sich die Delegierten bei einem Abstecher zum „Rebenhof“ verschaffen. Bild: Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Prof. Max Mayr erläutern den Gästen Typisches aus dem Weinland und aus Graz. Foto: Christian Jungwirth



tigen EU-Außengrenzen ein Schwerpunkt im Rahmen der intensivierten Heranführungsstrategie bleiben.

6. An der Grenze zu den Beitrittsstaaten haben sich bereits vielfältige Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entwickelt. Diese leisten einen maßgeblichen Beitrag zum Gelingen der gesamteuropäischen Integration. Eine prosperierende Entwicklung diesseits und jenseits der Grenze kann letztlich nur partnerschaftlich und gemeinsam erfolgreich sein.
7. Der Ausschuß der Regionen hat bereits erste Kontakte mit Repräsentanten von Regionen aus den MOEL angeknüpft. Die Vorschläge zur Heranführungsstrategie in der Agenda 2000 der Europäischen Kommission sollten ihn ermutigen, diese Verbindungen zu vertiefen.
8. Die Lage in den Grenzregionen wird maßgeblich durch die Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen bestimmt. So wirken sich etwa die Regelungen über die Markttöffnung, die Freizügigkeit, die Übergangszeiten für Sozial- und Umweltstandards, das Wettbewerbs-

recht oder den gewerblichen Rechtsschutz in den Grenzregionen ungleich stärker aus als in allen übrigen Gebieten der gegenwärtigen EU. Deshalb muß dem Interesse der Grenzregionen bei der Aushandlung der Beitrittskonditionen die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet werden.

9. Im Zwischenbericht über „Nördliche Dimensionen der Politiken der Europäischen Union“, welcher vom Europäischen Rat in Luxemburg von der Kommission eingefordert wurde, sollen die Konsequenzen der Erweiterung auch aus der Sicht der Grenzregionen berücksichtigt werden.

II. Beschreibung der

Probleme

1. Wirtschaft:

Die Erweiterung wird innovative Impulse für die Wirtschaft durch die Öff-

Beim Stammtisch hat die Familienmusik Hammer aus dem weststeirischen Osterwitz munter aufgespielt.



nung neuer Märkte und Geschäftsfelder bringen. Damit sind einerseits große Chancen für die EU-Mitgliedstaaten verbunden, es sind aber auch Risiken und Gefahren nicht auszuschließen.

Zwischen den Beitrittswerbern und den Mitgliedsländern der EU besteht ein außerordentlich großes Gefälle in der Wirtschaftskraft (BIP/Einwohner nach Kaufkraftparität liegt zwischen 20% und 55% des Durchschnitts der EU-15). Weiters ist ein wesentliches Gefälle bei den Industrielöhnen, den Energiekosten sowie in den Sozial-, Sicherheits- und Umweltstandards zu verzeichnen. Diese enormen Unterschiede werden sich insbesondere auf die Wirtschaft in den EU-Grenzregionen auswirken, da dort die für peripherie Gebiete signifikanten Strukturschwächen wie zB Kleingewerbe, Dominanz von Niedriglohnindustrien, kleinbäuerliche Landwirtschaft, Abwanderungen und Fernpendelbewegungen zu verzeichnen sind. Die in den an die MOEL angrenzenden EU-Regionen infolge der Ostöffnung politisch unerwünschten Produktions- bzw Investitionsauslagerungen in verschiedenen Industrie- und KMU-Bereichen sowie ein eventuell verstärkt auftretender Kaufkraftabfluß aufgrund wegfallender Zollbeschränkungen sind sorgfältig zu beobachten.

Hinzu kommt, daß in Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts unterschiedliche Regionalförderungsintensitäten zu erwarten sind. Die von der Europäischen Kommission beabsichtigte Gleichsetzung von „Wettbewerbskulisse“ und „Zielgebetskulisse“ wird den Handlungsspielraum auf nationaler und regionaler Ebene weiter einschränken. Dies würde unsere eigenen Grenzregionen mehrfach treffen. Sie haben sich vor der Ostöffnung in ei-

ner wirtschaftlichen Randlage befunden, es ist allerdings - auch mit EU-Mitteln - gelungen, den notwendigen Strukturwandel in Gang zu bringen. Wenn es nicht gelingt, diesen Strukturwandel weiterzuführen, können sich diese Räume zu reinen Transistregionen entwickeln, ohne selbst am dynamischen Wirtschaftsgeschehen in den beitrittswilligen Ländern zu partizipieren.

Darüber hinaus entsteht durch die zu erwartende Ziel 1-Förderung in den Beitrittsstaaten ein erhebliches Fördergefälle zu den EU-Grenzregionen, die keinen Ziel 1-Status haben. Die Folge kann sein, daß die ohnehin durchwegs strukturschwachen Gebiete auf der Westseite der Grenze zu den Beitrittskandidaten keine Impulse erhalten und sogar an Wirtschaftspotential verlieren, weil Investitionen auf der anderen Seite der Grenze wegen der hohen Subventionen attraktiver sind.

2. Arbeitsmarkt:

Es ist mit einem deutlich zunehmenden Druck auf den Arbeitsmarkt durch übersiedelnde und eindpendelnde Arbeitskräfte aus den MOEL zu rechnen, was zu einem "Verdrängungswettbewerb" auf den regionalen Arbeitsmärkten führen könnte. Eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes wird sich insbesondere auch durch den zu erwartenden Agrarstrukturwandel in den MOEL ergeben.

Weitere, mit der Migration zusammenhängende Probleme, mit denen gerechnet werden muß, betreffen vor allem in den Städten und Gemeinden den Bedarf an zusätzlichem Wohnraum zu Niedrigpreisen, die soziale Integration und die Gefahr einer Ghettosierung.

3. Landwirtschaft:

Die MOEL sind durch eine hohe Agrarquote (MOEL: 22%, EU-15: 5%), eine große Anzahl von in der Landwirtschaft Beschäftigten (MOEL: 9,5 Mio, EU-15: 8,2 Mio) und einem hohen BIP-Anteil der Landwirtschaft



Vier Regierungsmitglieder - ein Team. Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic ist es mit den Landesräten Gerhard Hirschmann, Herbert Paierl und Erich Pörtl gelungen, aus der Krisenregion Steiermark ein Land mit Zukunft zu machen, ein Land mit Hochtechnologie und anspruchsvollen Berufen.

(MOEL: 9%, EU-15: 2,4%) charakterisiert. Der Erhöhung des landwirtschaftlichen Produktionspotentials um 50% steht einer Bevölkerungszunahme um 29% durch den Beitritt der MOEL gegenüber, weshalb der Gemeinschaft ein erhebliches Überschüppotential zuwachsen dürfte. In den grenznahen Regionen stellt die Landwirtschaft einen wesentlichen Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor dar und hat einen besonderen landschafts- und kulturerhaltenden Charakter. Durch die zu erwartende Umstrukturierung ergeben sich besondere Anpassungsprobleme in der Landwirtschaft.

4. Verkehr:

Die Verkehrsinfrastruktur in den EU-Grenzregionen ist durch eine historisch bedingte Unterbrechung der Verkehrsrelationen zu den Nachbarstaaten gekennzeichnet. Mit dem Beitritt der MOEL ist eine Intensivierung des Verkehrsaufkommens und damit eine Überlastung der bestehenden Verkehrssysteme in den Grenzregionen sowie in den urbanen Zentren zu erwarten. In einigen Regionen bewirken feste Grenzübergänge Staus und nachhaltige Belastungen der Anwohner. In geografisch weit im Osten liegenden Regionen kann es zu Verkehrsverlagerungen durch Umfahrung in die MOEL und damit zu einer Schwächung der Regionen kommen.

5. Innere Sicherheit

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs haben sich die Probleme im Bereich der Inneren Sicherheit und bei der Bekämpfung der international organisierten Kriminalität verstärkt. Von dieser Entwicklung, die sich durch größere Freizügigkeitsrechte verstärken könnte, ist der Ost-West-Grenzraum in besonderem Maße betroffen.

III. Erforderliche Maßnahmen

Ein sinnvolles Maßnahmenbündel sollte in erster Linie einen aktiven Ansatz umfassen, der einen Netzwerk-aufbau über die bestehenden Grenzen hinaus bewirkt und hilft, diese Grenzen zu überwinden und durchlässig zu machen. Dafür sind vorrangig grenzüberschreitende Initiativen und Infrastrukturmaßnahmen geeignet. Als zweite Strategie erscheint jedoch auch eine Anpassungsstrategie geboten, die Strukturänderungen dienen kann. Diese soll primär auf die konkrete betriebliche Ebene und wirtschaftsnahe Dienstleistungen abzielen.

Folgende Maßnahmen wären zu ergreifen:

1. Politikübergreifend:

Ein "Integriertes Sonderprogramm zur Begleitung der EU-Erweiterung" für die Grenzgebiete einschließlich der

*Die EU-Berichterstellerinnen zur Ost-erweiterung, Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Präsidentin Betty Coffey, Irland, konnten nach der Abstimmung erleichtert aufatmen.
Foto: Steinbach*

grenznahen Ballungsräume nach dem Vorbild des Integrierten Mittelmeerprogrammes.

2. Strukturpolitik:

- a) Zur Abfederung der zu erwartenden Strukturprobleme und zum Ausgleich der durch die Erweiterung entstehenden Verschiebungen soll in den Strukturfondsverordnungen eine größere Flexibilität im Hinblick auf Maßnahmen zur Bewältigung der Anpassungsprobleme sowie eine Berücksichtigung der besonders betroffenen Ballungsräume ermöglicht werden. Diese Flexibilität muß der Intensivierung der wirtschaftlichen Aktivitäten ebenso dienen wie den Maßnahmen für Arbeitsmarkt und Bildung,
- b) Maßnahmen zur weiteren Intensivierung grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

3. Wettbewerbspolitik:

Noch vor dem EU-Beitritt der MOEL-Staaten sollte in diesen EG-Wettbewerbsrecht angewandt werden. Eine stärkere Handlungsfreiheit der Mitgliedstaaten, Länder und Regionen zur eigenständigen Grenzraumförderung im Rahmen der EG-Beihilfenkontrolle ist notwendig.

4. Arbeitsmarkt

Die Freizügigkeit darf erst nach längeren Übergangsfristen gewährt werden, in der sich die Wirtschaftsverhältnisse entsprechend angeähnert haben.

5. Gemeinsame Agrarpolitik:

Besondere Maßnahmen zur Sicherung der regionalen Absatzmärkte für Qualitätsprodukte und Spezialitäten, zur Verbesserung der Agrarstruktur und der agrarischen Einkommensbildung in den EU-Grenzregionen sowie zur verpflichtenden Fixierung entsprechender ökologischer und Gesundheitsstandards bei der Agrarproduktion in den MOEL sind wichtig.



6. Verkehr, Transeuropäische Netze und technische Infrastruktur

Für erforderlich werden Maßnahmen zum Ausbau und einer Vernetzung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen zur Sicherung einer adäquaten Verkehrsanbindung der Grenzregionen angesehen. Auch eine entsprechende Einbindung der Grenzregionen in die Transeuropäischen Netze wird notwendig sein.

Ferner müßten Maßnahmen zum Ausbau und der Vernetzung von Telekommunikationseinrichtungen in die Wege geleitet werden.

7. Innere Sicherheit

Zur Lösung der Probleme im Bereich der Inneren Sicherheit ist eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den MOEL anzustreben. Neben der Herstellung unmittelbarer Kontakte zwischen den Sicherheitsbehörden dieses und jenseits der Grenze sind Absprachen für eine effektivere Kriminalitätsbekämpfung auf europäischer Ebene erforderlich. Die MOEL sollten bereits jetzt schrittweise in die europäischen Strukturen der Kriminalitätsbekämpfung einbezogen werden.

8. Beitreitspartnerschaft

Die Gestaltung der Beitreitspartnerschaften ist von großer Bedeutung, die Eigenanstrengungen der MOEL zur Vorbereitung auf ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union wirksam unterstützt und auch doziert werden. Im Interesse der Europäischen Union und ihrer zukünftigen Mitglieder ist es von vitalem Interesse, daß Wirt-

schaft und Verwaltung der Beitrittskandidaten die Fähigkeit erlangen, Rechte und Pflichten eines EU-Mitgliedsstaates zu übernehmen, um den Marktkräften des europäischen Binnenmarktes standhalten zu können. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann einen wichtigen Beitrag leisten, um Kommunal- und Regionalverwaltungen der mittel- und osteuropäischen Partnerregionen bei der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes zu unterstützen.

IV. Weiteres Vorgehen

1. Die Vorsitzende, Frau LH Waltraud Klasnic wird gebeten, diese Resolution der Europäischen Kommission, dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten, dem Europäischen Parlament, dem Ausschuß der Regionen und den nationalen Regierungen der an die MOEL angrenzenden Mitgliedstaaten zu übermitteln.

2. Die Europäische Kommission wird ersucht, alsbald Vorschläge im Sinne des Punktes III dieser Resolution auszuarbeiten.

3. Die an den Erweiterungsverhandlungen Beteiligten werden ersucht, die EU-Grenzregionen so weit wie möglich in die Erweiterungsverhandlungen einzubeziehen.

4. Auf Expertenebene werden raschstmöglich konkrete Vorschläge für ein Maßnahmenpaket zur Förderung der Grenzregionen und für die Forderungen der Grenzregionen an die Beitreitverhandlungen ausgearbeitet.

5. Die in der Präambel genannten Länder, Regionen, Städte und Gemeinden werden alle Anstrengungen unternehmen, den Zielsetzungen und Inhalten dieser Resolution zum Erfolg zu verhelfen.

Waltraud Klasnic
Landeshauptmann von Steiermark
Vorsitzende

Karl Stix
Landeshauptmann von Burgenland
stellvertretender Vorsitzender



Kammerpräsident Gerhard Włodkowsky: Die Landwirtschaft braucht einen Sonderstatus für die Grenzregionen.

Die steirische Bauernvertretung lehnt die Reformvorschläge zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik und Regionalpolitik in der vorliegenden Form entschieden ab und ersucht die Agrarminister der EU, in den folgenden Beratungen wesentliche Verbesserungen vorzunehmen.

Mit dieser Kernaussage machte Präsident Gerhard Włodkowsky bei einer Pressekonferenz am 23. März 1998 deutlich, daß die Zeit bis zur Beschußfassung der Agenda 2000 (etwa Mitte 1999) intensiv genützt werden müsse, um Verbündete für eine optimale „Nachbesserung“ zu finden.

Hier die grundsätzlichen Feststellungen Włodkowskis, aufbauend auf seinem Statement bei der Landakademie, den jüngsten Beratungen in der Präsidentenkonferenz und einer Diskussion mit EU-Agrarkommissar Franz Fischler.

Die steirische Landwirtschaft wird in der Periode 2000/2006 von zwei entscheidenden Maßnahmen der europäischen Politik besonders betroffen:

- a) von der Reform der Agrarpolitik und
- b) von der Osterweiterung.

Das Zusammenfallen beider Entwicklungen stellt eine ähnliche Herausforderung dar wie der EU-Beitritt Österreichs vor vier Jahren. Mit den derzeit vorgelegten Papieren der Kommission läßt sich diese Herausforderung nicht meistern.

GERHARD WŁODKOWSKI AGENDA 2000 - REFORM WIRD IN DIESER FORM ABGELEHNT

Allerdings enthält das Paket auch positive Ansätze, wie:

- Die finanzielle Agrarleitlinie. Sie legt die Finanzmittel für die Landwirtschaft von 2000 bis 2006 fest und stellt eine solide Basis für die Finanzierung der Agrarpolitik dar;
 - flexible Vorschläge in der Agrarstrukturpolitik.
- Diese geben mehr Spielraum in der Förderung der Bergbauern, in der Gleichstellung der Voll- und Nebenerwerbsbetriebe sowie beim Abbau gewisser bürokratischer Erschwerisse, um einige positive Ansätze zu nennen;
- die Beibehaltung der Förderungsmöglichkeit von Silomais.

Diesen positiven Ansätzen stehen nicht akzeptable Vorschläge gegenüber:

Regional- und Strukturpolitik

In Zukunft wird es nur mehr ein Ziel 1-Gebiet und ein Ziel 2-Gebiet geben. In das Ziel 2-Gebiet fallen Problemlagen im ländlichen Raum sowie in städtischen und industriellen Gebieten. Die Kriterien für die Festlegung dieser Problemgebiete sind so gewählt, daß die Steiermark hier fast zur Gänze herausfällt. Vor allem die Grenzregionen, die bisher noch 5b-Gebiete sind, würden kaum noch in die neue Zielgebietkulisse passen.

Dazu kommt, daß die Kommission absichtigt, die sogenannte Wettbewerbskulisse, also die Festlegung jener Gebiete, in denen zusätzliche nationale Wirtschaftsförderungen erlaubt sind, weitgehend gleichzusetzen mit der Zielgebietkulisse. Das würde bedeuten, daß das Grenzgebiet aus der bisherigen 5b-Förderung herausfällt, nicht in die neue Ziel 2-Förderung käme und auch keine erhöhte nationale Förderung bekommen dürfte. Diese Vorstellungen lehnen wir strikt ab.

Dazu kommt, daß die steirischen Grenzregionen überwiegend agrarisch geprägt sind und eine überdurchschnittlich hohe Agrarquote aufwei-

sen. Der Strukturwandel ist schon aufgrund der bisherigen EU-Agrarpolitik in diesem Raum und in der Steiermark insgesamt besonders groß. Das zeigen die Entwicklungszahlen der letzten Jahre. Dieser Grenzraum wird durch die Osterweiterung und durch die Reform der Agrarpolitik doppelt getroffen. Daher darf es zu keiner Verschlechterung der bisherigen Förderung kommen.

Die Landwirtschaft will einen Sonderstatus für die Grenzregionen, wobei neben der allgemeinen wirtschaftlichen Förderung ein gezieltes Programm zur Stärkung der Substanz der landwirtschaftlichen Betriebe und Organisationen, sprich Vermarktungseinrichtungen, notwendig ist, damit es nicht zu einem Zusammenbruch der bestehenden Strukturen kommt. Man muß bedenken, daß im Rahmen der Osterweiterung die Nachbargebiete auf der anderen Seite der Grenze Ziel 1-Fördergebiete werden, während nach den jetzigen Vorschlägen die Förderung in unseren Grenzgebieten zurückgenommen werden soll.

Unser Ersuchen geht natürlich auch an die Landesregierung und die Bundesregierung, das Engagement für die Grenzregionen wesentlich zu verstärken.

Agrarmarktpolitik

Die Vorschläge zur Agrarmarktpolitik sehen noch höhere Preissenkungen vor, als im Vorjahr diskutiert. Es gibt jedoch keine ausreichenden Kompenstationen. Neu an den Vorschlägen ist der vergrößerte nationale Spielraum. Die EU setzt für männliche und weibliche Rinder Grundprämien fest. Darüber hinaus gibt es Zusatzprämien. Für diese Zusatzprämien werden Obergrenzen festgelegt, jedem Mitgliedsland wird für diese Zusatzprämien ein Pauschalbetrag aus EU-Mitteln bereitgestellt. Für Österreich sind dies 980 Mio. Schilling, die entweder als stück- oder flächenbezogene Prämien ausgegeben werden können. Der Geldbetrag

reicht allerdings nicht aus, um die Obergrenzen für alle Rinderkategorien auszunützen.

Vorschläge im Detail:

Milch

- Senkung des Richtpreises um 17 Prozent in einem 4jährigen Zeitraum;
- Senkung des Interventionspreises um 15 Prozent in einem 4-jährigen Zeitraum;
- Gewährung einer Milchkuhprämie, jedoch nur für virtuelle Milchkuhe, das sind Kühe, die im Durchschnitt 5.800 Liter Leistung erbringen;
- Eventuell Aufstockung der Milchquoten um 2 Prozent (Bergbauern, Hofübernehmer);
- Vollkommene Unsicherheit, ob die Quoten ab 2006 noch bestehen.

Rindfleisch

- Abschaffung des Interventionspreises und damit der Intervention, stattdessen Einführung einer privaten Lagerhaltung als Sicherheitsnetz ohne öffentliche Intervention;

- Senkung des Interventionspreises um 30 Prozent von derzeit S 47,67 auf den Grundpreis von S 26,90 ;
- Wegfall der Frühvermarkungsprämie für Kälber;
- Anhebung der Prämien für Stiere, Ochsen, Mutterkühe, Milchkuhe und Kalbinnen.

Getreide

- Senkung der Interventionspreise um 20 Prozent von derzeit S 1.662,— je Tonne auf S 1.330,— je Tonne, also um S 332,— je Tonne;
- Anhebung der Ausgleichszahlungen um S 160,— je Tonne. Das heißt, der Preisausgleich wird nur zu 48 Prozent durch die vorgeschlagene Prämienerhöhung kompensiert. Darüberhinaus gibt es eine Vereinheitlichung der Prämien laut vorgeschlagener Tabelle;
- Wegfall der obligatorischen Flächenstilllegung;
- Verschlechterungen beim Importschutz gleichbedeutend mit einer Interventionspreissenkung auf 23 Prozent;
- Keine Vorschläge für den Anbau nachwachsender Rohstoffe oder En-

ergiepflanzen zur Energieversorgung.

Die vorgeschlagenen Preissenkungen gehen über das Ausmaß hinaus, das im Sommer vorgelegt wurde. Dies gilt insbesondere für die Milch.

Die Erhöhung der Prämien sowohl im Ackerbaubereich wie im tierischen Bereich wird die erwarteten Verluste der Preissenkung nicht decken. Dazu kommt, daß sich die Kommission vorbehält, die Prämien weiter zu kürzen, wenn es zu einem Anstieg der Weltmarktpreise kommt.

Beispiel steirische Rinder- und Milchproduktion:

Endproduktion in Millionen Schilling Steiermark			
	Rinder	Milch	
Durchschnitt 1995/96	1360	1545	
gemäß Agenda in 2003	950	1316	
	(-30%)	(-17%)	
Differenz	410	229	Summe: 639
Zusatzprämien			366
Verlust			273

In einem Normaljahr bedeuten die Vorschläge für die österreichische Landwirtschaft einen Einkommensverlust von 1,5 bis 2 Milliarden Schilingen, also etwa 5 bis 7 Prozent.

Unsere Forderungen

Wir verlangen daher eine Änderung der Agenda-Vorschläge:

- Vollständige Kompensation für die anvisierten Preissenkungen;
- Volle Einbindung der Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern in die Agrarpolitik;
- Deutliche Verbesserung der Anbau-Chancen für den Ölsaatensektor;
- Für den Bereich Milch und Rinder — Die EU-Intervention für Rindfleisch muß aufrecht bleiben, die Prämienmodelle müssen so verbessert werden, daß zumindest eine



Die Landakademie im Krainerhaus ist Jahr für Jahr auch Treffpunkt für jene Frauen und Männer, die im Agrarbereich Verantwortung tragen.

Kompensation für die Preissenkungen erreicht wird. Die Kuhprämienberechnung muß national an die Durchschnittsleistungen der Kühe angepaßt werden, weil ansonsten Gebiete, die umweltfreundlich und extensiv wirtschaften, gezielt benachteiligt werden;

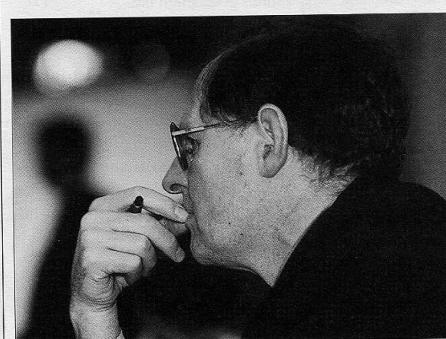
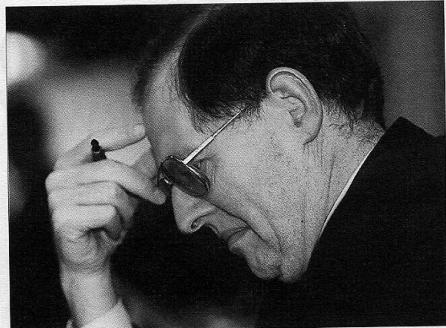
- Die Frage der Aufstockung der Quoten ist noch zu prüfen, weil die Gefahr besteht, daß dadurch eine weitere Senkung der Milchpreise mit negativem Einkommenseffekt eintritt.

Der Vorschlag der Kommission und die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß in Zukunft noch einmal eine Beschleunigung des Strukturwandels zu befürchten ist. Für diese Entwicklung gibt es keine objektive Notwendigkeit. Vielmehr entsteht der Eindruck, daß die Kommission mit diesen Vorschlägen bemüht ist, einerseits dem Vorbild Amerikas nachzueifern und die Grundsätze eines europäischen Agrarmodells schrittweise preiszugeben und andererseits der heimischen Landwirtschaft ein besonderes Opfer abverlangt wird, um die Osterweiterung leichter zu finanzieren.

Die starken Preissenkungen bei Rindfleisch und Milch würden dazu führen, daß neben der Grenzregion auch unsere Berg- und Grünlandgebiete in Zukunft noch größere wirtschaftliche Probleme hätten.

Um die Funktionsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft zu sichern, geht es daher in den nächsten Monaten um folgende Schritte:

1. Bemühungen auf Regierungsebene, die Agenda-Vorschläge in unserem Sinn zu verbessern.
2. Ausarbeitung eines nationalen Programmes mit dem Ziel, die Landwirtschaft durch die Entlastung von Kosten besser für den Wettbewerb zu rüsten (Sockelbeitrag, Mehrwertsteuer, diverse Gebühren, „grüner Diesel“).



Bauernvertreter stehen in unserer Schwellenzeitz Tag für Tag vor neuen Herausforderungen. Da heißt es kühlen Kopf bewahren, Fakten studieren, Trends analysieren und wohlüberlegte Entscheidungen für die Berufskollegen treffen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, der EU-Reformplan ist zu liberalistisch und einseitig auf den Welthandel ausgerichtet. Er geht von nicht erfüllbaren Erwartungen guter Exporterfolge auf Drittmarkten aus. Statt einen Teil der land- und forstwirtschaftlichen Produktionspotentiale Europas zur Deckung des Energiebedarfs zu nutzen, wie es die Kommission im Weißbuch „Erneuerbare Energie“ vorschlägt, zielt die Agenda auf einen Wettkampf mit den Überseeländern, und das zu Tiefpreisen.

Dies ist nicht der richtige Weg, noch dazu wenn man bedenkt, daß die Umwelt- und Tierschutzauflagen sowie die Sozialstandards in Europa viel höher sind als in Übersee. Es wäre richtig, Agrarimporte nur mehr aus jenen Ländern zuzulassen, die die gleichen Umwelt-, Tier- und Veterinärstandards haben wie wir in Europa. Es wäre klug, den Weltmarkt nicht um jeden Preis zu beliefern und statt dessen die Biomasse als Energiequelle zu fördern.

Frauen — das starke Rückgrat

Die Mehrheit der steirischen Bevölkerung ist weiblich. Die Frauen sind in allen Betriebsformen, insbesondere im Nebenerwerb, das starke Rückgrat der bäuerlichen Landwirtschaft und des ländlichen Raumes. Meist müssen sie mit Mehrfachbelastungen — Familie, Beruf, Hof — fertig werden. Ohne die Leistungen der Frauen wären eine funktionsfähige Landwirtschaft und ein lebendiger, gepflegter ländlicher Raum undenkbar. Partnerschaftliche Unterstützung, Abbau von Benachteiligungen sowie soziale und wirtschaftliche Absicherung für die Frauen müssen daher ein Anliegen aller Steirer sein.



Dr. Wolfgang Wolte, der Steiermark durch seine Gymnasialzeit in Seckau besonders verbunden, setzt auf Dynamik im großen Europa.

Der europäische Integrationsprozeß

Die Geschichte des europäischen Integrationsprozesses zeigt Phasen des Aufschwungs, des Bauens, des Optimismus, des Vorwärtsstrebens. Ebenso gab es Jahre nicht erfüllter Hoffnungen, des Zweifels, ja der Lähmung. Nie aber wurde einmal Aufgebaut eingerissen oder rückgängig gemacht. Der Integrationszug mag zuweilen mit Verspätung angekommen sein: sein Ziel hat er regelmäßig erreicht.

Gleichgeblieben ist auch die Anziehungskraft der Europäischen Gemeinschaft – ab 1. November 1993 der Europäischen Union – gegenüber allen jenen Völkern, Staaten und Regionen, die ihr jeweils nicht angehört haben. So ist aus der Wirtschaftsgemeinschaft der 6 die Gemeinschaft der 12 und nunmehr die Union der 15 geworden.

Gleichgeblieben sind aber auch der Mut und die Kraft zur Reform, zum Umdenken, wenn sich dies aufgrund der Erfahrungen als notwendig herausgestellt hat. So hat die Gemeinschaft die Fähigkeit unter Beweis gestellt, Fehler zu korrigieren und Fehlentwicklungen rechtzeitig entgegenzutreten.

Gleichgeblieben ist schließlich die historische Vision der friedlichen, demokratischen Einigung des Kontinents auf der Basis von Organisationsformen, die sich die Europäische Union gegeben hat.

WOLFGANG WOLTE

AGENDA 2000: FAKTEN ZUR ERWEITERUNG

Die letzten Jahre

Für Dramatik hat der Einigungsprozeß im Laufe der letzten Jahre in reichem Maße gesorgt. Wenn wir uns nur vor Augen halten, wa da an aufregenden Ereignissen seit knappen neun Jahren geschehen ist:

- der Eiserne Vorhang ist zusammengebrochen,
- die Europäische Union ist im Begriff, eine Wirtschafts- und Währungsunion zu bilden,
- am 12. März tritt in London die Europa-Konferenz zusammen, die eine Art überwölbenden Schirm über den gesamten Erweiterungsprozeß bilden soll und zu der auch die Türkei eingeladen wurde,
- am 30. März beginnen in Brüssel die formellen Beitrittsverhandlungen auf Außenministerebene mit jenen elf Staaten, die entsprechende Anträge gestellt haben,
- am 31. März beginnen, ebenfalls auf Außenministerebene, die direkten bilateralen Verhandlungen mit Estland, Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, Slowenien und Zypern.

Vom 30. April bis 2. Mai werden die Scheinwerfer der Weltöffentlichkeit auf die Union gerichtet sein:

Der Europäische Rat, die Finanzminister und Notenbankpräsidenten, das Europäische Währungsinstitut werden, im Zusammenspiel mit dem Europäischen Parlament, die maßgebenden Entscheidungen treffen, um die Wirtschafts- und Währungsunion mit 1. 1. 1999 Wirklichkeit werden zu lassen. Welche Staaten sollen ab diesem Datum an der Währungsunion teilnehmen, wie sollen die Wechselkurse aussehen, wie soll sich das Präsidium der Europäischen Zentralbank zusammensetzen?

Für diesen Fragenkomplex – der bereits weit in das nächste Jahrhundert hinweist – hat die Kommission in Brüssel im Juli 1997 eine Art Aktionsplan, eine umfassende Orientierungshilfe vorgelegt:

AGENDA 2000.

Die wichtigsten Problemkreise dieses Dokumentes sind bekannt:

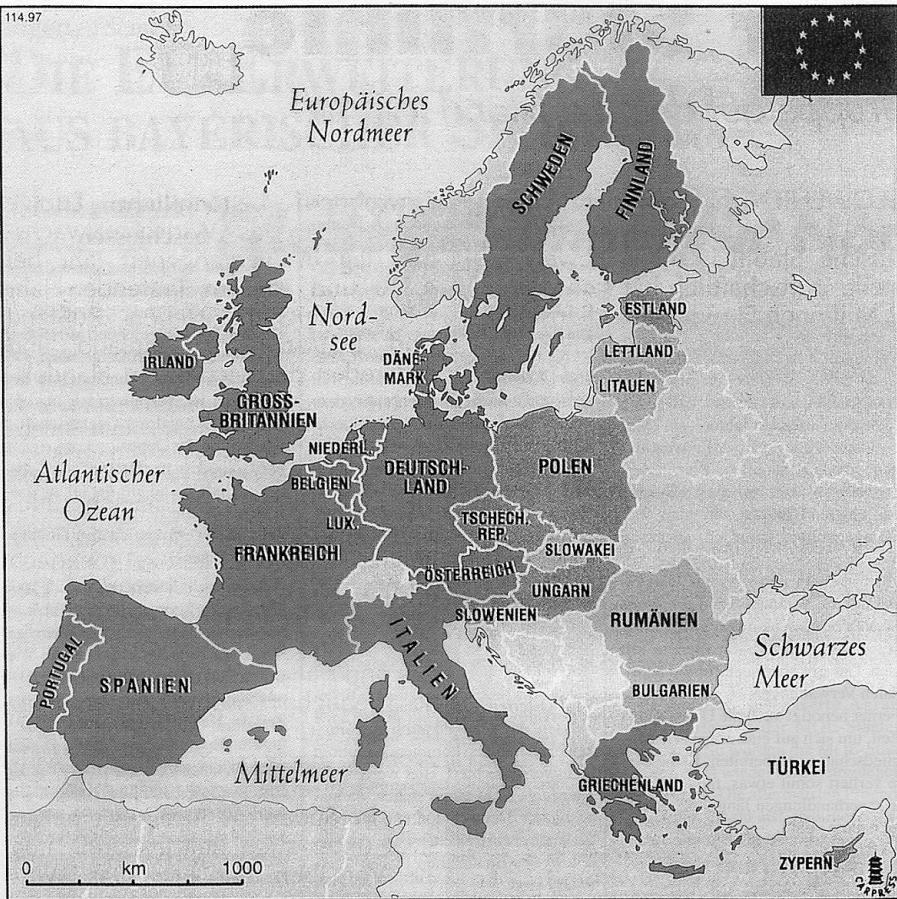
- Vorbereitung der Union auf die größte Erweiterungsrunde in ihrer Geschichte
- Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik
- Reform der Strukturpolitik
- Ausblick auf das neue Finanzpaket für die ersten Jahre des nächsten Jahrhunderts.

Mit anderen Worten: Mit welchen finanziellen Mitteln, in welcher Höhe soll in den Jahren 2000 bis 2004 welches Programm durchgeführt werden? Wird es gelingen – wie dies die Kommission in der Agenda 2000 vorsieht –, den Ausgabenrahmen mit 1,27 Prozent des Bruttosozialprodukts zu begrenzen?

Zu den Beitrittsanträgen der mittel- und osteuropäischen Ländern hat die Kommission bereits Stellung bezogen. Die politische, wirtschaftliche, rechtliche und soziale Situation wurde analysiert und – auch nach Einschätzung der Beitrittskandidaten – objektiv beurteilt. Das Ergebnis lässt sich in einem kurzen Satz zusammenfassen: Es bleibt – vor allem für die Beitrittsländer – noch viel zu tun. Zu diesem Thema, mit eben diesem Titel, fand kürzlich gestern eine große Veranstaltung der Paneuropabewegung in Wien statt, in der gerade dieser Aspekt des Erweiterungsprozesses näher beleuchtet wurde. Dies gilt in besonderer Weise für die Gebiete Umweltschutz, Gesundheitsstandards, Konsumentenschutz, den Aufbau einer effizienten Verwaltung und die erforderliche rechtliche Infrastruktur – wobei die Lage in den einzelnen Staaten sehr verschieden ist.

EU-Hilfsprogramm

Auch dafür – „Was es noch zu tun gibt“ – hat die Kommission Vorschläge für ein großzügiges Hilfsprogramm unterbreitet. Ebenso wurde die Zusage für einen immer intensiveren Dialog zwischen Union und Beitrittskan-



Mitgliedstaaten
 Vorbereitung der Verhandlungen
 **Formelle
Beitrittsverhandlungen**
 Türkei

In diesen Wochen sind die Beitragsverhandlungen der EU mit fünf Mittel- und Ost-Europäischen Ländern (MOEL) angelaufen. Estland, Polen, Tschechien, Ungarn und Slowenien hoffen bis 2005/2006 in der Europäischen Union zu sein.

didaten über die ganze Palette von Fragen gegeben, die für alle Beteiligten von Interesse sind.

Entscheidend jedoch ist die mehrfach bekräftigte Versicherung seitens der höchsten politischen Organe der Union, daß alle elf Bewerber aufgenommen werden sollen, sobald die Voraussetzungen für den Beitritt erfüllt sind. In dieser Form wurde übrigens in der Vergangenheit gegenüber Beitragskan-

didaten noch nie eine so konkrete Zusage, auch hinsichtlich des zeitlichen Rahmens, gemacht.

Was läßt sich daraus ableiten? Die Beitragsverhandlungen werden – und müssen – von beiden Seiten mit größter Aufmerksamkeit und Umsicht geführt werden. Keine Seite kann sich Nachlässigkeiten, Flüchtigkeitsfehler oder Oberflächlichkeiten leisten. Dazu ist die Materie für beide Seiten viel

zu sensibel und komplex.

Der Prozeß beginnt mit einer gemeinsamen Durchsicht des gesamten Rechtsbestandes der Union, also vor allem der zahlreichen und zum Teil weitausholenden Richtlinien und Verordnungen, die das Leben der Union bestimmen. Österreich hofft, daß unter seiner Präsidentschaft ein großer Teil dieser „Durchforstung des Acquis“ abgeschlossen werden kann.

Dabei werden sich auch bereits Lösungsmöglichkeiten für strittige Bereiche abzuzeichnen beginnen.

Im Dezember 1998 wird die Kommission einen Fortschrittsbericht über die Entwicklung in den anderen Ländern – die also nicht bereits in die erste Verhandlungsrunde miteinbezogen sind – vorlegen. Dabei erwarten sich etwa Litauen und Lettland, daß gegen Ende des laufenden Jahres – im Lichte entsprechend positiver Entwicklungen – die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen auch mit diesen Staaten beschlossen wird.

Demgegenüber kann ich, aufgrund meiner persönlichen Erfahrung, vor allzu starkem Drängen nur warnen. Bereits die Verhandlungen mit sechs Staaten bringen eine sehr große Belastung der Kommissionsdienste mit sich. Das gilt aber auch für die nationalen Verwaltungen.

Ferner benötigt auch die Union selbst Zeit, um sich auf eine erweiterte Mitgliedschaft vorzubereiten. Keine Seite verliert somit etwas, falls die Beitrittsverhandlungen länger als erwartet dauern sollte.

Erweiterung und Österreich

Für Österreich stellt sich die Lage etwa wie folgt dar:

Die Erweiterung nach dem Osten wird eine Fortsetzung der bereits äußerst positiv verlaufenden Wirtschaftsbeziehungen mit sich bringen; sie liegt sohin in unserem wirtschaftlichen, aber auch politischen Interesse.

Nunmehr geht es um eine emotionslose, genaue Prüfung aller Aspekte, die für die Eingliederung der neuen Mitgliedsstaaten in der EU zu berücksichtigen sind. Daher auch die berechtigte Forderung österreichischerseits nach Bedachtnahme auf mögliche Entwicklungen in den Grenzregionen, wenn einmal die Tschechische Republik, Ungarn und Slowenien – später auch die Slowakei – Mitglieder der Union, mit freiem Verkehr über die Grenzen hinweg, sein werden.

Nur sollten wir keine unrealistischen Hoffnungen nähren und auch eventuelle negative Entwicklungen nicht dramatisieren. Die Forderungen und Erwartungen, die in dem kürzlichen Brief von Bundeskanzler und Vizekanzler an die Kommission gerichtet wurden, sind ja bereits von der zuständigen Kommissarin Wulf-Mathies in deutlicher Form abgelehnt worden. Immerhin wurde damit die Aufmerksamkeit auf ein für Österreich wichtiges Problem gelenkt, und wir können davon ausgehen, daß im Rahmen bestehender Mechanismen und Programme eine vernünftige Lösung gefunden werden wird.

Position „Nettozahler“ stärken

In der künftigen Auseinandersetzung über ein neues Finanzpaket der EU wird Österreich ferner darauf achten müssen, daß seine Position als Nettozahler sich in den kommenden Jahren nicht verschlechtert. Hier werden wir allerdings nicht allein stehen, da insbesondere Deutschland und die Niederlande ebenso an einer besseren Verteilung der finanziellen Lasten interessiert sind.

Wenn die Vorbereitung auf die Erweiterung und die Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen in erster Linie bei den Beitrittskandidaten liegt, so wird sich auch die Union der Frage der Reform ihrer Institutionen und Arbeitsmethoden mit größerer Entschlossenheit als bisher widmen müssen. Das gilt für die Zusammensetzung der Kommission, aber auch für die Abstimmungsverhältnisse im Ministerrat und die Frage, in welchen Bereichen das Prinzip der Einstimmigkeit durch das – entscheidungsfreudigere – Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit ersetzt werden kann.

Der Themenkatalog ist lang, die österreichische Präsidentschaft ist verhältnismäßig kurz, dennoch wird es uns gelingen, den Integrationsprozeß in einigen wichtigen Bereichen voranzubringen.

Erweiterung ist beschlossen

Insgesamt wird dieser europäische Einigungsprozeß in Hinkunft wohl langsamer, bedächtiger, von größerer Umsicht gekennzeichnet, verlaufen. Nochmals sei jedoch festgehalten, daß die Erweiterung grundsätzlich beschlossen ist. Verzetteln wir uns daher nicht in nutzloser Gegnerschaft – wie sie von der Opposition propagiert wird – sondern trachten wir, alle Kräfte zu bündeln und uns darauf zu konzentrieren, die bevorstehenden Verhandlungen erfolgreich über die Bühne zu bringen.

Österreich hat seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in allen internationalen Organisationen, vor allem den Vereinten Nationen, mitgewirkt. Wir waren Teil aller westlichen Integrationsbemühungen und haben, in der Zeit des Kalten Krieges, auf der Basis unserer Neutralität eine Rolle spielen können, die weit über das hinausging, was einem Staat von der Größenordnung Österreich zugemutet werden konnte. Aber die Neutralität die nunmehr verfügbaren Dokumente aus den Staaten des früheren Ostblocks beweisen es – hat uns nicht geschützt. Daraus kann es nur im Interesse unseres Landes liegen, wenn wir uns in ein umfassendes europäisches Sicherheitssystem eingliedern, und das schließt eben auch eine künftige Zugehörigkeit zur NATO und Westeuropäischen Union ein. Polen, die Tschechische Republik und Ungarn werden jedenfalls ab 1999 Mitglieder der NATO sein.

Bei allem Verständnis für die Probleme des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Alltags, denen jeder von uns in der einen oder anderen Form ausgesetzt ist, sollten wir doch den großen Rahmen, den weiten Horizont, das in positivem Sinne Revolutionäre, das sich in Europa, aber auch in unserer Heimat im Laufe der letzten Jahrzehnte ereignet hat, nicht aus dem Auge verlieren.

REINHARD SCHICK

DIE EU-ERWEITERUNG AUS BAYERISCHER SICHT

1. Grundsätzliche Fragen

Bayern als Region an der östlichen Außengrenze begrüßt und unterstützt mit Nachdruck die Erweiterung als große Chance für Frieden, Freiheit, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung in Europa.

Die Erweiterung wird allerdings die EU in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht heterogener machen, als sie es bisher bereits ist. Diese Vielfalt muß als Bereicherung betrachtet werden. Die Politik der Gemeinschaft muß sich in stärkerem Maße als in der Vergangenheit darauf einstellen. Regionale Vielfalt muß als fundamentales Merkmal des reichen gemeinsamen Erbes und der gemeinsamen Identität zur Quelle von Kreativität und Wohlstand entwickelt werden.

Grundsätzlich geht es bei der anvisierten Osterweiterung der EU primär um sicherheitspolitische Ziele, denen die wirtschaftlichen Effekte letztlich nachgeordnet sind. Die erkennbaren Schwierigkeiten im Ablauf der wirtschaftlichen Anpassungsprozesse in den Beitreittsstaaten bergen die Gefahr eines erneuten Abdriftens und zwingen geradezu zu einem raschen Handeln. Vielleicht hat man sich in der Zeit seit dem Beschuß von 1993 bis heute bereits mehr Zeit gelassen, als angemessen gewesen wäre.

Dennoch ist nicht zu verkennen, daß bei aller positiver Grundeinstellung zur Erweiterung die Eingliederung eine überaus komplexe Aufgabe darstellt. Für alle Beteiligten, ob Gemeinschaft, Mitgliedstaaten, Regionen, - hier besonders die Grenzregionen -, aber auch Wirtschaftssektoren und Sozialsysteme birgt dies große Herausforderungen. Sie müssen mit Optimismus aber auch ausreichendem Realitätsinn angegangen werden. Erfolg kann dieses Werk nur haben, wenn es gelingt, es so zu gestalten, daß es keine Überbelastung der Ressourcen gibt und nicht einzelne Beteiligte nachhaltig Schaden erleiden.

2. Überschußprobleme

Die Erweiterung wird zur Folge haben, daß das Agrarpotential der EU erheblich ansteigt.

Der Zuwachs an Agrarpotential kann auf knapp 50 % beziffert werden. Dem steht ein wachsendes Nachfragepotential von nur 28 % gegenüber. Dies in einer Situation, in der der Binnenmarkt bei wesentlichen Erzeugnissen, die gemeinschaftliche Produktion nicht aufnehmen kann und die WTO zusätzlich einen Mindestzugang von 5 %, gemessen am Gesamtverbrauch, vorschreibt.

3. Preise und Wettbewerb

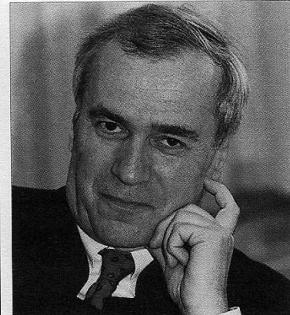
Die Erzeugerpreise in den Bewerberländern liegen bei wichtigen Produkten wie Getreide, Zucker, Milch und Rindfleisch um 30 - 50 % unter dem EU-Niveau. Eine Anhebung der Preise auf EU-Niveau hätte erhebliche Produktionsanreize und Überschüsse zur Folge.

Der Anteil der Agrarproduktion an der gesamten Wirtschaftsleistung ist mit durchschnittlich 8 bis 9 % in diesen Staaten etwa 3,5 mal so hoch als im Europa der EU 15.

Wenn man heute den Beitritt ad hoc vollziehen würde, wäre der Zuwachs an Agrarproduktion etwa 10 mal so hoch als der Zuwachs der gesamten Wirtschaftsleistung mit gut 3 %. Daß dies erhebliche Rückwirkungen auf die Rahmenbedingungen der Agrarmärkte in der EU hätte und die Wettbewerbssituation drastisch verschärfen würde, brauche ich wohl nicht zu betonen. Gleiches gilt für die Finanzierung der Überschußbeseitigung.

4. Chancen im Agrarhandel

Trotz der dargestellten Option eines massiven agrarischen Überschüppotentials bietet die Einbeziehung dieser Staaten auch erhebliche Chancen. Die



Ministerialrat Dr. Reinhard Schick:
Bei der EU-Osterweiterung geht es vornehmlich um sicherheitspolitische Ziele.

bisherige Entwicklung des Agraran-
dels zeigt dies deutlich.

Die meisten MOE-Staaten waren in den Jahren seit der Öffnung Nettoimpor-
teure von Agrargütern der EU. Eine der Ausnahmen ist Ungarn. Die bes-
sere Ausschöpfung der in den Assoziierungsabkommen vereinbar-
ten Zollkontingente, zog in jüngster
Zeit deutlich verbesserte Agrar-
handelsbilanzen der MOE-Staaten
nach sich. So wurden die MOE-Staaten
seit 1994 wieder zum Getreidenet-
toexporteur. Die allermeisten Progno-
sen gehen davon aus, daß dieser Zu-
stand längerfristig über das Jahr 2000
hinaus anhalten wird.

Nach bayerischer Einschätzung, die sich auch auf die Entwicklung in den ostdeutschen Ländern stützt, dürfte die weniger kapitalintensive Bodenpro-
duktion der Bereich sein, der am ehe-
sten den allgemeinen Produktionsstan-
dard der EU erreicht und auf den sich
das Überschüppotential zumindest
vorerst schwerpunktmaßig konzen-
triert wird. Nachdem im Binnenmarkt
für diese Überschüsse wegen des dar-
gestellten hohen Versorgungsgrades
kaum Raum sein dürfte, müssen die-
se Mengen auf dem Weltmarkt in
Drittstaaten abgesetzt werden.

Die Viehbestände wurden ebenfalls
ähnlich wie in Ostdeutschland in den
meisten MOE-Staaten nach 1989 dra-
stisch verringert. Doch dürfte trotz der
inzwischen feststellbaren Stabilisie-
rung der Bestände und des Leistungs-
anstiegs die Produktion, - insbeson-

dere im Milchsektor -, eher hinter der Nachfrageentwicklung herhinken. So produzieren z. B. alle ostdeutschen Länder zusammen mit 6,4 Mio. t verarbeiteter Milch nur 90 % des Volumens der bayerischen Produktion von 7,1 Mio. t.

Daß gerade für Tierhaltungsregionen wie Bayern und die österreichischen Länder die Erweiterung neue Möglichkeiten eröffnet, in Zentral- und Osteuropa die Absatzmärkte auszubauen, zeigt die Entwicklung des bayerischen Agrarosthandels.

Selbst wenn in Bayern die Landwirtschaft nur mehr rund 1 % zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, hält sie dennoch mit einem Volumen von rund 48 Mrd. Schilling einen Anteil von rund 6 % des gesamten bayerischen Außenhandels. Dazu ist die Agrarhandelsbilanz mit rund 1/2 Mrd. Schilling positiv. Dieser positive Saldo konnte in den vergangenen Jahren nur gehalten werden, weil es gelang, Exporteinträge, die zum Beispiel durch den massiven Verfall der Lira und anderer Währungen in den Jahren 1994/1995 verursacht waren, durch die Erschließung neuer Märkte in Osteuropa zu kompensieren. Dabei geht das Engagement allerdings über die Beitrittskandidaten hinaus, vor allem auch in Richtung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS).

5. Bayerns Exporte

In den vergangenen 8 Jahren haben sich die bayerischen Exporte in die osteuropäischen Staaten mit einer Steigerung von 520 Mio. Schilling im Jahr 1988 bis zu 5,74 Mrd. Schilling im Jahr 1996 rund verzehnfacht. Exportschwerpunkte waren vor allem Käse, Fleisch und Fleischwaren.

Dagegen haben sich die Einfuhren an land- und ernährungswirtschaftlichen Gütern aus den mittel- und osteuropäischen Staaten nach Bayern lediglich um ca. 15 % auf 4,1 Mrd. Schilling im Jahr 1996 erhöht.

Den neuen Märkten im Osten ist es auch zuzuschreiben, daß der Anteil der EU-Staaten im bayerischen Agrarexport von 90 % auf 75 % gesunken ist. 1994 war erstmals ein Exportüberschuß Bayerns an ernährungswirtschaftlichen Produkten in Richtung Osteuropa zu verzeichnen, der zur Zeit rund 1,6 Mrd. Schilling beträgt.

Zumindest soweit überschaubar stellt auf mittlere bis längere Sicht Osteuropa für Bayern einen durchaus noch weiter entwicklungsfähigen Markt dar. Dieser Markt kann vorzugsweise mit hochveredelten Produkten bedient werden. Hier dürfte sich die Konkurrenz bei den Handelspartnern im Osten erst allmählich aufbauen, da die Entwicklung einer schlagkräftigen Veredelungsproduktion und Verarbeitungsindustrie mit einem enorm hohen Kapitalbedarf verbunden ist.

Gleichwohl wird auch dieser Aspekt von der bayerischen Verarbeitungsindustrie und dem Agrarhandel durchaus auch als zukunftsträchtiger Weg begriffen.

Die Chance für Tierhaltungsregionen an der Grenze zu den MOE-Staaten liegt darin, in der Veredelungswirtschaft die für bäuerliche Betriebe gegebenen Wachstums- und Rationalisierungsserien zu mobilisieren.

Gleichzeitig müssen bei der Verarbeitungsstufe und bei der Vermarktung die Struktur weiter verbessert und die Produktion in den qualitativ hochwertigen Segmenten ausgebaut werden.

6. Probleme mit den WTO-Regeln

Der Marrakesch-Vertrag von 1994 hat zu einem generellen Abbau der internen und externen Agrarstützung in der Gemeinschaft geführt. Im Zusammenhang mit dem Beitritt der MOE-Staaten erscheint mir hier insbesondere die Beschränkung der Exporterstattung von Bedeutung. Dies ist in zweierlei Hinsicht der Fall:

I. Die MOE-Staaten werden trotz des geschilderten Überschüttentialen, keine oder nur sehr geringe WTO-Kontingente für subventionierte Exporte in die Gemeinschaft einbringen. Daraus kann sich trotz der bei einigen Produktsegmenten wie Getreide, Schweine- und Geflügelfleisch sowie Eiern relativ günstigen Prognosen für den Absatz von Produkten auf Drittlandsmärkten ein erneuter Anpassungsdruck für die subventionierten Ausfuhrkontingente ergeben, der durch die, im Art. 20 des Marrakesch-Vertrages als Zielvorgabe festgeschriebene, weitere Liberalisierung des Agrarhandels als Folge künftiger WTO-Verhandlungen verstärkt würde.

II. Überschüsse aus den MOE-Staaten können somit nicht oder nur zu Lasten der EU 15 Kontingente subventioniert auf dem Weltmarkt abgesetzt werden. Marktordnungsinstrumente wie die Intervention können aufgrund der Kontingente für subventionierte Exporte nicht mehr zur generellen Marktentlastung im Binnenmarkt eingesetzt werden, weil die angehauften Mengen, im Gegensatz zum Szenario der Reformen von 1992, nicht mehr gestützt auf den Weltmarkt abgesetzt werden können. In der Folge muß zumindest dort, wo es Probleme gibt, zwangsläufig der von der Kommission vorgeschlagene Weg drastischer Preissenkungen auf Weltmarktniveau gegangen werden, um die überschüssige Produktion im Drittlandsbereich überhaupt absetzen zu können.

Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß für produktionsbegrenzende Maßnahmen wie Flächenstilllegung oder Produktionsquoten ein politischer Konsens, der in Mehrheiten im Agrarrat festzumachen wäre, in der Gemeinschaft kaum realistisch erscheint.

7. Strukturelle Aspekte

Bayern und die österreichischen Länder haben mit wenigen Ausnahmen gemeinsam relativ kleinteilige bäuerliche Strukturen.

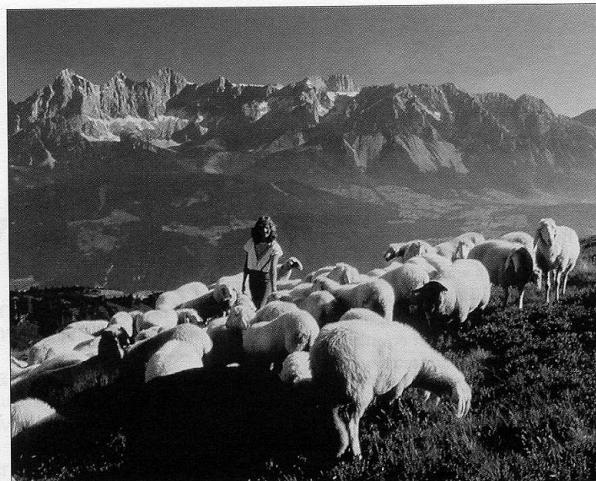
Ich brauche hierzu Einzelheiten nicht ausführen, sie sind hinreichend bekannt.

Die landwirtschaftliche Strukturdiskussion, die in Deutschland mit der Öffnung der neuen Länder massiv eingesetzt hat, ist nicht ohne politische Auswirkungen geblieben und hat auch die Hofnachfolge beeinflußt.

Sie hat eine Ausrichtung der Bundesagrarpolitik hin zu größeren agrarischen Strukturen bewirkt und beeinflußt nachhaltig die Selbststeinschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten bäuerlicher Betriebsleiter. Diese Diskussion trägt maßgeblich dazu bei, daß in Bayern sich derzeit weniger potentielle Hofnachfolger landwirtschaftlich ausbilden lassen, als dies bei realistischer Einschätzung der wirtschaftlichen Lage notwendig wäre. Von den rund 180 000 Betrieben über 1 ha geben im Jahr rund 5 000 Betriebe auf.

Diese Diskussion wird in der Folge der Beitrete europaweit neuen Auftrieb erhalten und den wirtschaftlich unabdingbaren Strukturwandel zusätzlich verschärfen. So muß man in Bayern davon ausgehen, daß von der genannten Zahl von 180 000 Betrieben in 10 bis 15 Jahren noch etwa 100 000 bestehen und gleichzeitig der derzeitige Nebengewerbesanteil von 58 % auf mindestens 2/3 ansteigen wird. Dies gilt auch unter der Maßgabe, daß die Tierproduktion nach wie vor schwerpunktmaßig bäuerlich-mittelständischen Familienbetrieben vorbehalten bleibt.

Glaubt man "worst-case-Szenarien", wie sie in Brüssel in internen Studien offenbar einkalkuliert werden, so würden in Deutschland nach dem Jahr 2020 nur mehr rund 50 000 landwirtschaftliche Betriebe existieren können. Die deutsche Gesamt-LF ist



Bayern und Österreich besitzen ausgedehnte Berggebiete. In beiden Ländern hat man längst erkannt, daß die Almbewirtschaftung ein unverzichtbarer Teil für bäuerliche Landbewirtschaftung ist und der Gesellschaft dient. Die Schafhaltung erlebt in jüngster Zeit eine Renaissance. Textildesigner setzen auf Schafwolle, junges, heimisches Lammfleisch und Schafkäse sind sehr begehrt. Foto: Steirische Tourismus GmbH.

etwa fünfmal so groß wie die von Österreich oder Bayern. Das hieße, daß die jeweils rund 3,5 Mio. ha LF in Österreich bzw. Bayern selbst unter Berücksichtigung eines höheren Veredelungsanteils nur mehr die Existenzgrundlage für 12 000 bis 15 000 landwirtschaftliche Betriebe bieten könnten.

Zu einer derartigen Entwicklung sagt die Bayer. Staatsregierung eindeutig nein. Die strukturelle Fortentwicklung der bayerischen Landwirtschaft darf nicht primär in Brüssel entschieden werden, sondern ist Sache des Landes. Dies kann aber letztlich nur erreicht werden, wenn es gelingt, den Mitgliedstaaten und Regionen wieder mehr Kompetenzen in der Einkommens- und Strukturpolitik des Agrarsektors zuzuweisen und diese Politik in wesentlich höherem Maße, als es bisher der Fall ist, zu differenzieren.

Eine flankierende Politik für ländliche Räume wie in der AGENDA 2000 ausgedacht, aber völlig unzureichend finanziert, kann weder landwirtschaftliche Arbeitsplätze noch Betriebe in ausreichendem Maße sichern. Gerade für die süddeutschen und österreichischen Bauern, die in einem von hohen Kosten gekenn-

zeichneten Umfeld wirtschaften, käme es zu einem besonders massiven Strukturbruch.

8. Kostenaspekte des Beitrittes

Um mir nicht den Vorwurf eines „Herausrechners“ anzuhæften, greife ich auf Berechnungen des Europäischen Rechnungshofes, als in dieser Hinsicht unverdächtigem gemeinschaftlichen Organ zurück. Nach den Berechnungen des EUR würde sich bei voller Übertragung des derzeitigen Agrarstützungssystems der 15er Gemeinschaft für den EAGFL ein jährlicher zusätzlicher Finanzbedarf von über 200 Mrd. Schilling ergeben. Ähnliche Beträge haben auch eigene Berechnungen der Staatsregierung und solche namhafter europäischer wirtschaftswissenschaftlicher Institute ergeben.

Kalkuliert man hierzu noch die erhöhten Ausgleichsbeträge der AGENDA 2000 mit ein, so wären nochmals rund 40 bis 50 Mrd. Schilling zu veranschlagen. Die Kalkulation der Gemeinschaft sieht aber für das Jahr 2006 nur einen Spielraum von insgesamt 65 Mrd. Schilling vor.

Hinzu kommt ein zusätzlicher Bedarf von bis zu 140 Mrd. Schilling pro Jahr im Bereich der Strukturpolitik.

Im Agrarbereich wird häufig, so auch von der Berufsvertretung, aber auch vom Europäischen Rechnungshof argumentiert, daß es nicht erforderlich sei, die einkommenstützenden Maßnahmen, die derzeit etwa 50 % der Abteilung Garantie des EAGFL betragen und künftig bis zu 70 % und mehr dieser Ausgaben ausmachen werden, auf die MOE-Staaten zu übertragen.

Da regt sich dann meist deutlicher Protest von deren Seite und dies nicht ganz unbegründet, da der "aquis communautaire" insgesamt übertragen wird, mit allen Pflichten, aber auch allen Rechten und damit auch den Ansprüchen an die EU-Kasse. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie lange eine Preissenkung zu einem bestimmten Datum von der Gesellschaft in der Funktion des Steuerzahlers und als Finanzier des Ausgleichs akzeptiert wird. Konkret heißt dies, ob eine Preis senkung im Jahr 1992 zur Begründung von Ausgleichszahlungen in den Jahren 2005 bis 2006 und damit als Abschlußkriterium für den Beitritt realistisch ist oder ob es dann nicht weitgehend einer neuen Legitimation des Stützungssystems bedarf.

Wer glaubt, EU-Ausgleichszahlungen wären auf Ewigkeit sicher, muß sich ja schon in der AGENDA 2000 eines besseren belehren lassen.

9. Regionalisierung der Einkommenspolitik

In Bayern geht man davon aus, daß auf EU-Ebene nach dem Beitritt der MOE-Staaten die Gemeinschaftliche Einkommensstützung nur auf einem Niveau gehalten werden kann, das für die Einkommenssicherung der derzeitigen kleinteiligen bäuerlichen Familienlandwirtschaften in Süddeutschland und auch in Österreich

nicht ausreicht und diese auch nicht in die Lage versetzt, ihren multifunktionalen Aufgaben für die Gesellschaft in ausreichendem Umfang nachzukommen.

Wir sind daher der Auffassung, und das ist erklärte Position der Staatsregierung, daß es einer weitgehend - an der Nachfrage nach gesellschaftlichen Leistungen
- am Kostenumfeld und
- an Standort- und Strukturkriterien orientierten regionalen Differenzierung der Einkommenspolitik bedarf. Nur so kann der durch die neuerlichen Beiträge wiederum zunehmenden Disparität der Ausgangslage in einer Weise begegnet werden, die auch unseren Landwirten eine zumutbare Zukunftsentwicklung ohne größere soziale Verwerfungen sichert und die es ermöglicht, den bäuerlich geprägten Charakter der heimatlichen Landwirtschaft und Landschaft zu erhalten.

10. Neugestaltung der Kompetenzverteilung

Da ein auch für kleinere Strukturen kostendeckendes und einkommenssicherndes Preisniveau wegen der geschilderten Situation nach den Beitritten nicht aufrecht zu erhalten ist, sehen wir den einzigen Ausweg zu einer erfolgreichen Bewältigung der Osterrweiterung sowie zur Neugestaltung der EU-Agrarpolitik in einer Neubestimmung der Zuständigkeiten nach dem im Maastricht-Vertrag festgeschriebenen Grundsatz der Subsidiarität. In der Vergangenheit wurden die agrarpolitischen Kompetenzen der europäischen Union immer wieder mit der ausdrücklichen oder auch stillschweigenden Zustimmung der Mitgliedstaaten ausgedehnt und erweitert.

Eine Neuordnung der agrarpolitischen Kompetenzen der Gemeinschaft wird vielfach als Angriff auf die Gemeinsame Agrarpolitik mißverstanden. Das

ist keineswegs der Fall. Eine gemeinschaftliche Agrarpolitik ist auch in Zukunft nötig für

- die Mitgestaltung des internationalen Handels,
- die Bestimmungen des Außenschutzes,
- das Funktionieren des Binnenmarktes,
- die Gewährleistung der Ernährungssicherung,
- die Bewahrung und Verbesserung der Umweltsituation und
- zur Sicherung gleicher Wettbewerbsbedingungen.

Wir sind deshalb der Auffassung, daß die entsprechenden Rechtsbereiche auch künftig gemeinschaftlich bestimmt werden sollen. Dazu gehören:

- die Marktordnungen, Marktlenkungsmechanismen und Bedingungen des Drittlandhandels,
- Gesundheits- und Verbraucherschutz sowie Qualitätspolitik und Herkunftsbezeichnungen,
- Tierschutz- und Tierseuchenrecht sowie die phytosanitären Regeln und
- Bestimmungen über den Wettbewerb in der Gemeinschaft.

Das hat nichts mit Schlagworten wie „Renationalisierung der Agrarpolitik“ zu tun. Der EU-Vertrag würde von einer derartigen Entwicklung in keiner Weise berührt. Gleiches gilt für die Marktordnungen soweit es um die klassischen Maßnahmen geht. Das erst 1992 eingeführte Element der Preisausgleichszahlungen würde im Grunde nur so gehandhabt, wie wir es von Maßnahmen der Strukturpolitik kennen.

Die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten und Berggebieten kann hier durchaus als Vorbild dienen.

Die EU zahlt, was in ihrem Leistungsvolumen steht und im Hinblick auf

1997: HAGELKRÄFTIG

Das Jahr 1997 stand in der Steiermark ganz im Zeichen schwerster Hagelschäden.

Landesweit entstand allein aufgrund von Hagelschäden ein Schaden in der Höhe von mehr als 200 Millionen Schilling.

Mit mehr als 700 Schadensmeldungen „führt“ in der Schadensstatistik das Bundesland Steiermark im Österreichvergleich.

Die Österreichische Hagelversicherung konnte somit vielen steirischen Bauern finanzielle Unterstützung garantieren.

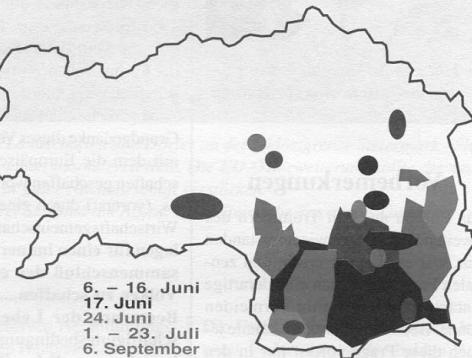


Abb. Steirische Hagelgebiete 1997

eine Mindestsicherung notwendig ist. Die Mitgliedstaaten und Regionen müssen ermächtigt werden, darüber hinaus aufzusatteln, soweit es zur Einkommenssicherung und zur Honorigierung gesellschaftlicher Leistungen erforderlich ist. Selbstverständlich nur im Rahmen dessen, was vom Wettbewerbsrecht abgedeckt sein kann.

Die, soweit bekannt, in den Rechtstexten zur Umsetzung der AGENDA 2000 vorgesehenen Modulationsmöglichkeiten, verbunden mit nationalen Plafonds, sind hierzu bei weitem nicht ausreichend. Sie sind letztlich nur ein untaugliches Mittel, um zu verschleiern, daß die Gemeinschaft den vollen Ausgleich der geplanten Preisrücknahmen nicht mehr finanzieren kann. Aus diesem Grund müßten die sogenannten nationalen Plafonds, die für modulierte Zahlungen zur Verfügung stehen, in einem ersten Schritt zumindest an eine nationale oder regionale Kofinanzierung gebunden werden, um so, dort wo es notwendig ist, den vollen Ausgleich zu ermöglichen.

10. Zusammenfassung

- Der Beitritt der zentral- und osteuropäischen Länder zur EU wird in einem ersten Schritt der geplanten Eingliederung von zunächst 6 Staaten voraussichtlich schon in den ersten Jahren des nächsten Jahrhunderts eingeleitet. Bayern steht voll hinter dieser Entscheidung.
- Ein Schlüsselement bei der Eingliederung der beitrittswilligen Staaten stellt die Landwirtschaft dar.
- Um strukturelle und marktpolitische Verwerfungen zu vermeiden, sind ausreichende Übergangsfristen und vor der Osterweiterung eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik unumgänglich.
- Der zentrale Schlüssel für die erfolgreiche Bewältigung der kommenden Herausforderung liegt in einer konsequenten Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, d. h. in einer Neuverteilung der agrarpoli-

tischen Kompetenzbereiche. Dabei sollte sich die EU auf die für sie unabdingbaren, gemeinschaftsweit in gleichem Maße erforderlichen Aufgaben beschränken.

5. Eng verbunden damit ist die Verarbeitung und Anpassung des bisherigen Finanzierungssystems.

Im Interesse der Landwirtschaft gilt es nun, die mit der AGENDA 2000 eingeleitete Diskussion und die Weiterentwicklung der 1992 begonnenen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Wir werden alles in unseren Möglichkeiten stehende tun, die mit den Reformvorschlägen der Kommission eröffneten Chancen und Möglichkeiten nutzen.

Damit glauben wir, die Interessen Bayerns und seiner Landwirtschaft ebenso zu vertreten, wie das gemeinsame Ziel einer gerechten und ausgewogenen europäischen Integration zur Sicherung von Frieden und Freiheit.



Dr. Maria Luise Stangl: Die Rolle der Strukturfonds ist überaus bedeutsam.

Vorbemerkungen

Als Europa aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges wiedererstanden war, war es eine der ersten und zentralen Fragen, wie man eine derartige Katastrophe künftighin vermeiden könne. Bedauerlicherweise konnte jedoch diese Frage vorerst nur in den Ländern "Westeuropas" verhandelt werden, da sich in unmittelbarer Folge dieses Krieges eine Teilung in eine "westliche" und eine "östliche" Einflussphäre abzeichneten hatte. Diese wurde durch die Gründung des RGW (COMECON), des "Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" durch die UdSSR am 25.1.1949 festgestellt. Mit diesem Schritt versuchte die UdSSR, die mit ihr "befreundeten" Staaten in Europa fester an sich zu binden, was letztlich in der Teilung Europas mündete, welche bis zum Fall des Eisernen Vorhangs im Jahre 1989 und dem damit einhergehenden Niedergang des Kommunismus in den Mittel- und ost-europäischen Ländern Europas anhalten sollte.

Der erste Meilenstein auf dem Wege in ein "Vereintes Europa" war die Erklärung von Robert Schuman am 9.5.1950 über die Montanunion zur Schaffung einer Kontrollbehörde für die Eisen- und Stahlproduktion in Deutschland und Frankreich. Robert Schuman gilt zu Recht als einer der Gründerväter der Europäischen Union. Den 9. Mai feiern wir heute noch als "Europatag" im Angedenken an diese Rede. Die weiteren Meilensteine seien hier schlagwortartig erwähnt: 1951 Ab-

MARIA LUISE STANGL

ERWEITERUNG AUS ÖSTERREICHISCHER SICHT

schluß des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, "Montanunion") durch Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg. 1957 folgten die sog. "Römer Verträge", die Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Der Grundgedanke dieses Vertragswerkes, mit dem die Europäischen Gemeinschaften geschaffen worden waren, ist es, (vorerst) durch eine gemeinsame Wirtschaftsgemeinschaft die **Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen....., die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben....., ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern.... und.... durch diesen Zusammenschluß ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen!**.

Völker, die gemeinsam an einem Tisch sitzen und miteinander Handel treiben, führen keine Kriege gegeneinander. 1973 erfolgte die erste Erweiterung durch die Aufnahme von Großbritannien, Irland und Dänemark, 1981 folgte Griechenland und 1986 Spanien und Portugal. Durch den Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 wird die Europäische Union geschaffen, neben der Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion soll die weitere politische Integration Europas vorangetrieben werden, dies insbesondere durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

1995 findet schließlich die bisher letzte Erweiterungsrounde statt: Österreich, Schweden und Finnland werden Mitglieder der Europäischen Union.

Die Erweiterung der Europäischen Union um die Mittel- und osteurop. Länder (MOEL)

Der Europäische Rat in Kopenhagen hatte beschlossen, die bisher mit der EU assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas als Mitglieder in die Europäische Union aufzunehmen, sobald sie die erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllen. Die Beitrittskriterien wurden während dieses Rates geklärt².

Die in der Folge von den MOEL Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern gestellten Beitrittsansuchen wurden von der Kommission überprüft; die sogenannten "Avis" der Kommission liegen vor und bilden die Basis für den weiteren Beitrittsprozeß. Dieser Beitrittsprozeß wird zwar grundsätzlich mit allen Beitrittskandidaten im März 1998 eröffnet, konkrete Beitrittsverhandlungen werden in der "ersten Runde" allerdings nur mit Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern geführt werden⁴.

Strukturpolitische Maßnahmen der Europäischen Union

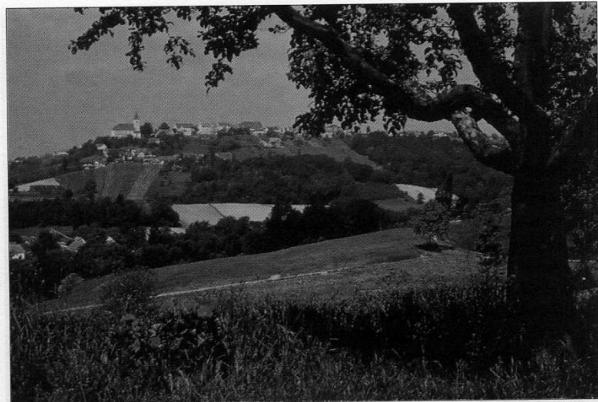
Die AGENDA 2000⁵ formuliert die politische Zielrichtung der Neuordnung der Strukturfonds der Europäischen Union ua unter dem Aspekt der beabsichtigten Erweiterung um die MOEL. Für die neue Programmplanungsperiode der Strukturfonds von 2000 - 2006 werden 275 Mrd. ECU (= ca 3712,5 Mrd. ATS) an Strukturfondsmitteln zur Verfügung stehen; davon stehen ab 2000 pro Jahr 1 Mrd. ECU (= ca 13,5 Mrd. ATS) als Vorbeitritshilfen für die MOEL zur Verfügung. Damit wird eine Neuorientierung des Hilfsprogrammes PHARE⁶ für die

MOEL einhergehen. Neben den finanziellen Hilfen werden auch Hilfestellungen durch know-how-Transfer und andere nicht-monetäre Aktivitäten, etwa im Rahmen des "TWINING"-Programmes⁷ zur Verfügung gestellt. Auch die schon derzeit möglichen und vielfach gut funktionierenden grenzüberschreitenden Programme und Initiativen, etwa im Rahmen von INTERREG⁸-PHARE-CBC⁹ dienen nicht nur der Völkerverständigung, sondern auch konkreten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielsetzungen der Heranführung. Ziel und Zweck aller dieser Aktivitäten ist es, die Beitrittskandidaten so rasch als möglich in allen erforderlichen Bereichen an das Niveau der EU heranzuführen, damit der Beitritt ohne Komplikationen für die Kandidaten, aber auch für die Union selbst, vonstatten gehen kann.

Die Erweiterung der Europäischen Union aus österreichischer Sicht

Österreich hat in seiner Stellungnahme zur AGENDA 2000 die Erweiterung der Union um die Kandidaten in den MOEL ausdrücklich begrüßt und die damit verbundene, einmalige historische Chance zur nachhaltigen Friedenssicherung und Mehrung des Wohlstandes eines geeinten Europa hervorgehoben. Es ist keine Frage, daß Österreich von der Erweiterung profitieren wird, wenn es seine Chancen nützt und die historische Funktion als "Brücke in den Osten" weiter auszubauen imstande ist.

Die österreichischen Bundesländer haben in ihrer Gemeinsamen Länderposition¹⁰ dies bekräftigt, sie haben aber gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß auf dem Weg bis zur Aufnahme der Kandidaten noch einige wesentliche Probleme zu lösen sein werden. Sie sehen einen wesentlichen Schritt darin, Hilfestellungen im Rah-



Die hügeligen Landschaften und Dörfer an der Südostgrenze Steiermark - Slowenien haben einen besonderen Reiz. Die EU-Osterweiterung sollte die neue Partnerschaft in guter Nachbarschaft verstärken.
Unser Bild zeigt St. Anna am Aigen. Foto: Steirische Tourismus GmbH.

men einer intensiven Heranführungsstrategie mit den Hauptelementen Heranführungshilfe, Beitrittspartnerschaften und Teilnahme an Gemeinschaftsprogrammen zu geben.

Gleichzeitig haben die Länder aber auch ihrer Sorge Ausdruck verliehen, daß die negativen Auswirkungen der Erweiterungen in besonderer Weise in den an die Beitrittsstaaten angrenzenden Regionen spürbar werden (Verkehrsbelastung, Standortkonkurrenz, Belastung des Arbeitsmarktes, Kaufkraftabfluß etc.).

Es sollte daher als Ergänzung zur Heranführungsstrategie ein eigenes "Osterweiterungsprogramm" beschlossen werden.

Wirkungsanalyse über die Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft der MOEL

Der Ausschuß der Regionen (AdR), der als beratendes Gremium aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der EU eingerichtet ist¹¹, hat sich mit den Fragen der AGENDA 2000 und der beabsichtigten Erweiterung der Europäischen Union um die Kandidaten in den MOEL intensiv auseinandergesetzt.

Die Fachkommission 1 des AdR hat unter Federführung der beiden Berichterstatterinnen für die Erweiterung, Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Frau Betty Coffey aus Irland eine Wirkungsanalyse "über die Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft der beitreitwilligen Länder Mittel- und Osteuropas" erstellt. Dieser Bericht wurde vom Plenum des AdR am 20.11.1997 einstimmig angenommen.

Zur Frage der Betroffenheit der Mitgliedsstaaten an den bisherigen EU-Außengrenzen wird in diesem Bericht folgendes festgehalten¹²:

"Der Ausschuß der Regionen begrüßt es allgemein, daß zur Abfederung der regionalen und sozialen Probleme in jenen Sektoren, die ohnehin von wirtschaftlichem Niedergang betroffen sind, gesonderte öffentliche Hilfen als notwendig erachtet werden. Der Ausschuß betont jedoch ausdrücklich, daß sich dies auch auf Regionen in der heutigen EU beziehen muß. Besonders die sich in unmittelbarer Grenznähe zu den Beitrittskandidaten befindlichen Regionen der heutigen Europäischen Union sind in vielfacher Hinsicht vermehrt dem Druck des Arbeitsmarktes, der Dienstleistungsfreiheit, aber auch der Abwanderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen ausgesetzt."

Das Positionspapier für ein „integriertes Sonderprogramm zur Begleitung der EU-Erweiterung“

Im Auftrag von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat sich unmittelbar nach der Plenartagung des AdR Ende November 1997 eine Expertengruppe aus den Ländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und Wien unter Federführung der Steiermark zusammengesetzt und ein Positionspapier für ein „integriertes Sonderprogramm zur Begleitung der EU-Erweiterung“ ausgearbeitet, dessen Endfassung vom 21.1.1998 von den genannten Ländern akkordiert wurde und von diesen gemeinsam getragen wird.

Dieses Papier anerkennt ebenso wie alle anderen diesbezüglichen Erklärungen die Bedeutsamkeit und Chance der beabsichtigten Erweiterung. Österreich allerdings ist mit einer gemeinsamen Grenze von 1.225 km mit den 4 Beitrittswerbern Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn und Slowenien einer der Hauptbetroffenen der Erweiterung.

Nach einleitenden Erwägungen und einer intensiven qualitativen Analyse der möglichen Problemstellungen wird ein Bündel an Maßnahmen vorgeschlagen, die für die Regionen und grenznahen Ballungsräume innerhalb der EU, aber an den derzeitigen Außengrenzen ergriffen werden müssten, um mögliche negative Auswirkungen der Erweiterung abzufedern.

Zentrale Forderung ist ein an das seinerzeitige „Integrierte Mittelmeerprogramm“¹³ angelehntes, zunächst auf eine Förderperiode befristetes „Integriertes Sonderprogramm zur Begleitung der EU-Erweiterung“.

Dazu sollte begleitend im Bereich der Regional- und Strukturpolitik eine inhaltliche Schwerpunktsetzung für Interreg-Außengrenzprogramme gesetzt werden.



Oberbaurat DI Georg Zoehler, Agrarabteilung der Landesregierung und Dr. Maria Luisa Stangl, Leiterin der EU-Koordinationsstelle des Landes Steiermark. Die enge Zusammenarbeit bewährt sich.

Brief der Bundesregierung an die Europäische Kommission: Eigenes „Osterweiterungs“-Programm

Die oben beschriebene Länderinitiative wurde vom Bund aufgegriffen und mündete in einem Bundes-Positionspapier gleichen Inhaltes wie das Länder-Papier. Dieses offizielle Schreiben der Republik Österreich hat als zentrale Forderung an die zuständigen europäischen Gremien, namentlich die Europäischen Kommission, das bereits erwähnte „Integrierte Sonderprogramm“.

Diese Positionierung Österreichs im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union wird derzeit in den europäischen Gremien diskutiert und hat auch ein nicht unbedeutliches Medienecho hervorgerufen.

Die Grazer Konferenz verabschiedete Resolution

Eine weitere Initiative von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic war es, auch die anderen europäischen Regionen, die innerhalb der EU, aber an deren derzeitigen Außengrenzen zu den MOEL liegen, als Partner und Mitstreiter für ein gemeinsames Forderungspaket zu gewinnen.

Nach intensiven Vorarbeiten auf Expertenebene fand am 28.1.1998 in Graz die erste EU-Ostregionen-Konferenz mit hochrangigen Vertretern aus den Regionen in den Staaten Finnland, Deutschland, Österreich und Italien auf Einladung und unter Vorsitz von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic statt.

Die Repräsentanten der Länder und Regionen Bayern, Berlin, Brandenburg, Burgenland, Friaul-Julisch-Venetien, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Sachsen, Steiermark, Wien, sowie der finnische Vertreter im AdR einigten sich auf eine gemeinsame Resolution „betreffend die Herausforderungen der EU-Erweiterung“.

Die Eckpunkte dieser Resolution sind ein klares Ja zur Erweiterung und die Forderung nach einem „integrierten Sonderprogramm zur Begleitung der EU-Erweiterung“ speziell für die unmittelbar durch die Erweiterung betroffenen Regionen an der Grenze zu den Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem österreichischen Vizekanzler und Außenminister Dr. Wolfgang Schüssel, dem Burgenländischen Landeshauptmann Karl Stix, dem bayerischen EU-Minister Prof. Dr. Kurt Falthauser und dem sächsischen Staatsminister Günter Meyer betonte Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic:

“Wir, die Grenzregionen im Osten der Europäischen Union werden mit Nachdruck und Unterstützung unserer Zentralregierungen unsere spezifische Lage in Brüssel darstellen und bei den im März beginnenden Verhandlungen um die neuen Strukturfonds ab 2000 wie auch zum Beitrittsprozeß gemeinsam unsere am 28.1.1998 dokumentierte Position vertreten.

Unser Ziel ist ein Maßnahmenpaket in Anlehnung an das “Integrierte Mittelmeerprogramm” aus Anlaß der Süderweiterung Mitte der Achtzigerjahre.”

Mit der feierlichen Verabschiedung der Resolution und der Übersendung an alle maßgeblichen europäischen und nationalstaatlichen Instanzen ist es nicht getan. Die Konferenz wird noch in der ersten Jahreshälfte eine Fortsetzung auf Einladung von Bayern in Hof finden. Bis dorthin werden die Forderungen der Resolution mit konkreten Inhalten auszufüllen sein. In der Folge ist es auch abzusehen, die Regionen “auf der anderen Seite” der derzeitigen EU-Außengrenze zum gemeinsamen Dialog einzuladen.

Ausblick

Mit der Anmeldung von Forderungen bei den europäischen Instanzen, vor allem bei der Europäischen Kommission in Brüssel ist es nicht getan. Es wird dem politischen und diplomatischen Geschick Österreichs, bzw seiner Vertreter obliegen, in den in nächster Zeit zu erwartenden Verhandlungen um die Neuordnung der Strukturfonds im Europäischen Rat, aber auch im Europäischen Parlament, die bezogenen Positionen entsprechend zu vertreten und Partner zu finden.

Auch bei den nunmehr beginnenden Beitrittsverhandlungen mit den MOEL werden die österreichischen Interessen mit entsprechendem Augenmaß zu vertreten und zu berücksichtigen sein.



Wie schon in früheren Jahren haben auch an der Landakademie 98 wieder Gäste aus Rumänien, Kroatien und Slowenien teilgenommen, sehr zur Freude von Europapionier Max Wratschgo (Bild oben, rechts) und Dr. Alois Puntigam (Bild unten, Mitte).

¹ Zitate aus der Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957, in der Fassung des „Amsterdamer Vertrages“.

² Es sind dies: 1.) Politische Kriterien (Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; Menschenrechte; Minderheiten-schutz). 2.) Wirtschaftliche Kriterien (funktionsfähige Marktwirtschaft; Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten). 3.) Sonstige Verpflichtungen (Akzeptanz der Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion; Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes [= *aquis communautaire*]; Kapazität von Verwaltung und Justiz zur Anwendung des Besitzstandes).

³ Der „Sonderfall“ Türkei, deren Beitrittsansuchen bereits 13 Jahre alt ist, bleibt hier außer Betracht.

⁴ Nach den Wirtschaftsdaten wäre auch die Slowakische Republik ein Kandidat für die “erste Runde”, hier gibt es derzeit allerdings noch gravierende demokratiepolitische Probleme.

⁵ AGENDA 2000. Eine stärkere und erweiterte Union, Dokument KOM(97) 2000 endg. Bulletin der Europäischen Union, Beilage 5/97.

⁶ Von fr. la phare = der Leuchtturm. Hilfsprogramm der EU für die MOEL im Rahmen der Heranführungsstrategie.

⁷ In diesem Programm stehen Nationale Experten aus den Mitgliedsstaaten zeitlich befristet zum Aufbau, bzw zur Anpassung von Behörden und Verwaltungsinstitionen in den MOEL zur Verfügung.

⁸ INTERREG ist eine EU-Gemeinschaftsinitiative, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördert.

⁹ PHARE-CBC = PHARE Cross-Border-Cooperation. Teilprogramm von PHARE für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der MOEL.

¹⁰ Verabschiedet von der Integrationskonferenz der Länder am 17.11.1997

¹¹ Art 198a - c EG-V.

¹² Wörtliches Zitat

¹³ Das IMP (Verordnung EWG Nr. 2088/85 des Rates vom 23.7.1985) war ein Sonderförderprogramm der EU aus Anlaß der 2. Süderweiterung um Spanien und Portugal, zugunsten der südlichen Regionen der EU (Südfrankreich, große Teile Italiens und Griechenland). Es wurde mit 2,4 Mrd ECU aus den Strukturfonds und mit 1,5 Mrd ECU aus anderen Haushaltssmitteln der EU finanziert und hatte eine Laufzeit von 7 Jahren.

AUSWIRKUNGEN DER ERWEITERUNG AUF ÖSTERREICHS LANDWIRTSCHAFT

Herzlichen Dank für die Einladung. Die Landakademie 1998 steht unter dem Motto „Brücken in die Zukunft bauen“, und sie haben das Thema mit dem Programm sehr breit abgedeckt. Botschafter Wolte hat ja bereits eindrucksvoll die historische Dimension der Erweiterung beschrieben. Es bleibt somit mir überlassen, sie auf den Boden der Realität zurückzuholen und etwas Stallgeruch in das Krainerhaus zu bringen.

EU beschließt Erweiterung

Der Beschuß des Europäischen Rates von Luxemburg stand ganz im Zeichen der Erweiterung, die sicher die umfangreichste und schwierigste Erweiterung sein wird und zugleich große Risiken und auch Gefahren in sich birgt, aber auch gewaltige Chancen eröffnet. Wenn man sich etwa die Berichterstattung in den internationalen Kommentaren in Erinnerung ruft, war da die Rede von der Überwindung der Trennung Europas, vom Ende der Jalta-Aera des Kontinents.

Der Europäische Rat hat beschlossen, den Beitrittsprozeß einzuleiten und unter Anwendung des Artikel O des Vertrages mit allen 10 MOEL (= mittel- und osteuropäische Länder) und mit Zypern den Beitrittsprozeß zu starten. Am 30. März 1998 wird der Rat Allgemeine Angelegenheiten diesen Prozeß einleiten, welcher begleitet ist von einer intensivierten Heranführungsstrategie, in deren Mittelpunkt die Beitrittspartnerschaften stehen werden. Die Verhandlungen mit 5 Staaten werden im Frühjahr d.J. auf der Grundlage des vom Rat Allgemeine Angelegenheiten am 8. Dezember verabschiedeten Rahmen eingeleitet werden.

Bei aller Euphorie sollte man jedoch eine sehr pragmatische und realistische Einschätzung finden und daran erinnern, wie sich der Zeithorizont etwa beim österreichischen Beitritt dargestellt hat. 1989 hat Österreich

seinen Beitrittsantrag gestellt. Im Juli 1989 gab es den einstimmigen Beschuß des Rates, den Beitrittsprozeß einzuleiten. Erst 1991 legte die Kommission ihre Stellungnahme zum Beitrittsantrag vor, und 1992 hat der Europäische Rat von Edinburgh im Dezember beschlossen, die Verhandlungen einzuleiten. Im Februar 1993 wurde die Regierungskonferenz eröffnet, und erst 1995 kam es zum Beitritt. Daraus wird immer deutlicher und klarer, daß 2005 eigentlich der frühestmögliche Termin für die nächste Erweiterungsrunde sein kann. Dabei ist natürlich noch offen, wie die Beitrittsverhandlungen laufen werden und ob alle 5 nunmehrigen Staaten zur gleichen Zeit beitreten werden können. Es ist aus meiner Sicht wichtig, diese realistische und pragmatische Einschätzung in den Vordergrund zu stellen, damit bei niemandem falsche Hoffnungen geweckt werden und dadurch auch keine Enttäuschungen entstehen können. Gerade die Situation

in der Slowakei zeigt uns in diesen Tagen, wie schwierig die innenpolitische Diskussion sich entwickeln kann, wenn wiederholt die Hoffnungen eines Landes enttäuscht werden und sein Volk damit anfällig für populistische Kräfte wird.

Hauptfragen der Erweiterung

Wenden wir uns nun den Hauptfragen auf dem Weg zur Erweiterung zu. Der Europäische Rat von Essen hat die Kommission aufgefordert, die Auswirkungen der Erweiterung im Kontext der gegenwärtigen Politiken der Union und deren Weiterentwicklung zu analysieren. Beim Europäischen Rat von Madrid hat die Kommission ihren Zwischenbericht vorgelegt. Als einer der klaren Problembereiche wurden bereits damals die Landwirtschaft aufgezeigt. Der Europäische Rat hat eine vertiefende Analyse, insbesondere in bezug auf die Gemeinsame

Hauptkennzahlen 1996¹⁾

	Polen	Slowakai	Slowenien	Tschech. Republ.	Ungarn	Öster- reich	EU(15) ²⁾
Landesfläche insges., Mio. ha	31,268	4,904	2,026	7,887	9,303	8,385	323,946
Bevölkerung, Durchschnitt insgesamt, Mio. Personen	38,624	5,4	2,0	10,3	10,2	8,1	372,1
Erwerbstätige in der Landwirtschaft Mio. Personen	4,2	0,2	0,1	0,3	0,3	0,2	8,2
in % d. Erwerbstät. insges.	27,8	9,7	7,1	6,0	7,7	4,6	6,0
Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)							
Mio. ha	18,622	2,466	0,787	4,280	6,184	3,47	144,918
in % der Landesfläche	59,6	50,3	38,9	54,3	66,5	41,4	44,7
ha pro Kopf	0,482	0,459	0,395	0,415	0,608	0,430	0,389
Bruttoinlandsprodukt							
USD Mrd. zu jeweiligen Wechselkursen	134,4	19,0	18,6	54,9	44,3	233,3	8429,1
pro Kopf (USD zu jeweiligen Wechselkursen)	3479	3529	9362	5321	4347	27823	26020
pro Kopf (USD zu Kaufkraftpar.)	5939	7997	11161	11122	6828	20773	18612
Durchschnittlicher Anteil des Haushaltseinkommens an den Ausgaben für Nahrungsmittel in %	39,7	27,8	27,3	21,1	20,0 ³⁾	16,8 ⁴⁾	

1) Vorläufig oder Schätzung. –2) 1995. –3) Nach SNA-Methode. –4) Einschließlich Getränke und Tabak.

Quelle: WIIW-Datenbank basierend auf nationalen Statistiken; WIFO-Datenbank.

DI Andrä Rupprechter: Im österreichischen Landwirtschaftsministerium wurde über Auftrag von Bundesminister Willi Moltére eine 5-Punkte-Strategie für die Osterweiterung entwickelt.



Agrarpolitik und die Strukturpolitik der Union, in Auftrag gegeben.

Und diese vertiefte Analyse liegt nun mehr auch gemeinsam mit dem Paket der Agenda 2000 vor. Eine der Kernaussagen der Bewertung der nächsten Erweiterungsrounde ist die, daß die Erweiterung politische und wirtschaftliche Vorteile für die Union mit sich bringen wird, wenn bestimmte Bedingungen und Voraussetzungen erfüllt sind. Das heißt, daß einer adäquaten Vorbereitung das größtmögliche Augenmerk beizumessen ist.

Erstmal haben wir es nämlich mit der Situation zu tun, daß das Prinzip der Übernahme des Acquis für keines von allen Kandidaten ein Akzeptanzproblem darstellen würde. Alle Kandidatenländer wären sofort bereit, den Acquis zu übernehmen. In der Realität stellt dies jedoch praktisch eine gewaltige Hürde dar.

Analyse der Landwirtschaft

In der Agenda 2000 im Volume II stellt die Kommission eine umfassende Wirkungsanalyse über die Landwirtschaft und die Auswirkungen der Erweiterung dar. So hat die Landwirtschaft in allen 10 MOEL's ein wesentlich größeres Gewicht als in den EU-15:

- 20 % der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft tätig.
- In der heutigen EU sind es nur mehr 5 %.
- 9 % des Bruttoinlandsproduktes entfallen auf die Landwirtschaft.
- In der heutigen EU sind es nur mehr 2,4 %.
- Die landw. Nutzfläche der Union würde sich um 60 Mio. ha auf 200 Mio. ha vergrößern.
- 2 Drittel dieser Fläche sind Ackerland, das heißt, daß sich die Ackerfläche der Union um 55 % ausweiten würde.
- Die landw. Erwerbsbevölkerung verdoppelt sich und die Erweiterung würde zusätzlich 100 Mio. Konsumenten, allerdings mit nur einem

Drittel der Kaufkraft der EU der 15-Konsumenten bringen.

Die Agrarproduktion der MOEL liegt unter ihrem Niveau von 1990. Die MOEL sind zu Nettonahrungsmittelimporten geworden. Es ist eine massive Umstrukturierung im Gange, teilweise mit einer starken Besitzstrukturzersetzung etwa in Ungarn oder Rumänien. Das bringt gewaltige Probleme auch mit der Bodenreform in sich. In Ungarn ist etwa die agrarische Nutzfläche im Jahr 1997 so verteilt gewesen, daß bereits mehr als 50 % des Landes auf Betriebe fielen, die kleiner als 10 ha waren. Fast 80 % der Fläche sind in Betrieben von weniger als 50 ha, d.h. daß hier eine bäuerliche Struktur in Entstehung ist.

Agrarpreise und Prognosen

Die Agrarpreise liegen in den MOEL deutlich unter EU-Niveau. Die Preise lagen 1995 bei 40 bis 80 % des EU-Levels. Es handelt sich dabei um Ab-Hof-Preise. Geringere Differenzen gibt es bei Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen. Bei Milchprodukten, Rindfleisch, Obst und Gemüse und Zucker sind größere Unterschiede auch zwischen den Ländern zu verzeichnen. Gewaltige Effizienzmängel herrschen in der Verarbeitungsindustrie vor. So kommt es etwa dazu, daß die Preise für Getreide an der Grenze oftmals doppelt so hoch sind wie die Preise ab Hof. Preisdifferenzen dürfen sich auch durch die Inflation und die steigende Nachfrage mittelfristig vermindern.

Die Kommission stellt auch eine Prognose in der Agenda an. So würden bis 2005 die MOEL 10 Nettoimporte von Getreide werden. Ölsaaten würden zu etwa einer Mio. Tonne exportiert werden, wobei darauf hinzweisen ist, daß die EU einen Importbedarf von heute 16 Mio. Tonnen hat.

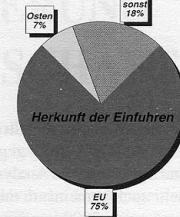
Zucker dürfte überschüssig produziert werden, mit dem Ausmaß von 750.000 Tonnen, welcher zum EU-Überschuß von 3,5 Mio Tonnen hinzukäme. Bei Milchprodukten dürften sich die Milchquoten stabilisierend auswirken, jedoch wird es durch die Preisangleichung zu einem Nachfragerückgang kommen, wodurch sich die Überschusslage verschärfen wird. Es wird erwartet, daß mittelfristig eine Überschußproduktion von 200 Mio Tonnen zusätzlich zu den 9,5 Mio. Tonnen in der EU-15 entsteht. In der Rindfleischproduktion wird durch den Preisanstieg ein Anwachsen erwartet und ein mittelfristiger Überschuß von einer halben Mio. Tonnen. Die Schweineerzeugung würde ansteigen, bei einer stagnierenden Nachfrage, und im Geflügelsektor rechnet man ebenfalls mit einer stabilen Überproduktion. Marktungleichgewichte dürfen außerdem bei Obst und Gemüse zu erwarten sein.

Ausgleichszahlung, Standards

Die Kommission hat auch noch zusätzliche zentrale Problemfelder identifiziert. Das Hauptproblem sind hier sicherlich die Ausgleichszahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik. Würden diese Zahlungen auf die MOELs angewendet werden, dann würden sich daraus zusätzlich 11 Mrd. ECU Kosten entwickeln. Diese Zahlungen wurden jedoch 1992 für Preis senkungen eingeführt. Es fehlt für die Anwendung dieser Zahlungen in den neuen Mitgliedsstaaten daher jegliche Begründung. Diese Feststellung wird unterstützt durch die Verschärfung der Sozialsituation in den ländlichen Regionen, wo einerseits gewaltige Preis-

Agrareinfuhren 1996

- Übrige Produkte 46,9 %
- Obst und Gemüse 24,8 %
- Tiere und Fleisch 13,2 %
- Milchprodukte 6,8 %
- Getränke 4,8 %
- Getreide und -waren 3,5 %
- 40 % des Gesamteinfluhrvwertes von 47,3 Mrd. ATS sind Waren, die in A nicht erzeugt werden (Kaffee, Tee, Kakao, Süßfrüchte usgl.)
- bereinigte Einfuhren daher 28,4 Mrd. ATS



steigerungen zu verzeichnen wären und andererseits einige wenige plötzlich sehr viel Geld erhalten würden. Neben diesem Problem der Ausgleichszahlungen im Rahmen der GAP ist ein weiteres Kernproblem vor allem die Einhaltung von Standards und Qualitätsnormen, im Veterinär- und Phytosanitärbereich, in der Kennzeichnung und Registrierung und vor allem in den offensichtlichen Mängeln der Administration und Kontrolle. Die Kommission kommt aufgrund dieser Wirkungsanalyse zu ihren Schlussfolgerungen:

- In der Übergangszeit soll keine Anwendung der Ausgleichszahlungen stattfinden.
- Im Gegensatz dazu sollen verstärkt Strukturinvestitionen und Maßnahmen für den nachgelagerten Bereich gesetzt werden.
- Die Vorbereitung auf die volle Übernahme aller Verpflichtungen aus dem Acquis hat Vorrang und soll abgestützt werden durch eine Intensivierung der Heranführungsstrategie.
- Die Hilfen für die Vorbereitung auf den Beitritt werden nach dem Vorschlag der Kommission massiv ausgeweitet. In Summe sind für die nächste Finanzplanungsperiode immerhin 53,8 Mrd. ECU vorgesehen. Damit ist eine gewaltige Finanzanstrengung der Europäischen Union in Vorbereitung, die vergleichbar ist mit dem Marshall-Plan nach dem 2. Weltkrieg für Europa.

Österreichische Schritte

Diese Sicht und Analyse der Europäischen Kommission bezieht sich natürlich auf die gesamte Europäische Union. Daneben ist es aus unserer Warte notwendig, eine Beurteilung aus österreichischer Sicht vorzunehmen, und hier werden wir uns natürlich auf unsere Nachbarn und Polen konzentrieren. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat bereits sehr früh begonnen, die Entwicklung zu untersuchen und die möglichen Auswirkungen zu analysieren.

So wurde etwa gemeinsam mit dem Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche eine umfassende Studie durchgeführt über die Agrarproduktion und den Außenhandel der MOEL-5 von 1986 bis 2000 und die Auswirkungen für Österreich. Diese Arbeit wurde von Herrn Zdenek Lukas im Oktober 1997 vor gestellt.

Es läuft weiters ein Projekt mit der Universität für Bodenkultur. Herr Prof. Markus Hofreither arbeitet an einem Forschungsprojekt Osterweiterung und Gemeinsame Agrarpolitik zur Entwicklung von Politikoptionen und Analyse der Konsequenzen.

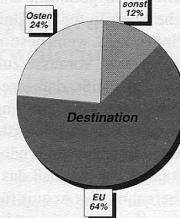
Es gibt laufende Arbeiten des Wirtschaftsforschungsinstitutes, und auch die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft analysiert die Auswirkungen einer Erweiterung auf die österreichische Landwirtschaft.

Ich beziehe mich nunmehr auf einige Angaben der Studie des Wiener Instituts für Wirtschaftsvergleiche. So darf ich etwa auf einige Hauptkennzahlen verweisen (siehe Tabelle „Hauptkennzahlen 1996“).

Die Eigentumsstruktur in der Landwirtschaft in den MOEL-3 unterliegt seit dem Umbruch 1989 einem gewaltigen Umstrukturierungsprozeß. In Slowenien und in Polen herrscht die kleinbäuerliche Besitzstruktur vor. Waren 1989 auch in der Tschechischen Republik und in Ungarn die großen Staatsgüter dominierend mit Betriebsgrößen von 6.000 bis 7.000 ha, so liegt 1994 die durchschnittliche Größe der Staatsgüter bei 800 ha sowohl in Tschechien als auch in Ungarn.

Agrarausfuhren 1996

- Übrige Produkte 36,4 %
- Obst und Gemüse 14,9 %
- Tiere und Fleisch 19,4 %
- Milchprodukte 6,8 %
- Getränke 10,9 %
- Getreide und -waren 6,6 %
- Gesamtwert 28,0 Mrd. ATS
- 1994 20 Mrd. ATS
- + 40 % und 8 Mrd. ATS
- bereinigte Einfuhren steigen im Vergleichszeitraum nur um 21 %



Des weiteren darf ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf die Preisindexentwicklung von 1990 bis 1996 lenken.

In Polen haben sich die Preise für Agrarprodukte (sowohl Input- als auch Outputpreise) in sechs Jahren verfünfacht. In Slowenien sind die Preise um 1.300 Prozent gestiegen, und auch in Tschechien und Ungarn gab es Anstiege von 200 bis 350 Prozent.

Auf einige Kernaussagen der Studie von Lukas möchte ich noch eingehen. Diese bezieht sich etwa auf einen Vergleich zwischen Arbeits- und Kapitalproduktivität in den MOELs und in Österreich. Die Kernaussagen sind hier, daß die Arbeitsproduktivität zwar in den MOELs deutlich hinter Österreich liegt und andererseits die Kapitalausstattung in Österreich selbstverständlich wesentlich besser ist und die Kapitalintensität in Österreich auch viel größer ist.

Setzt man die beiden Komponenten jedoch in Relation, muß man feststellen, daß die österreichische Landwirtschaft nur eine um die Hälfte höhere Arbeitsproduktivität erreicht. Im Vergleich zur Industrie liegt dieser Wert beim Doppelten. Daher kann festgestellt werden, daß im Agrarsektor die 5 MOELs wesentlich konkurrenzfähiger sind als in der Industrie.

Hoher Maschineneinsatz

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Kapitalintensität. In Österreich verfügt ein Agrarbeschäftiger über fast zwei Traktoren. In den 5 MOEL liegt dieser Wert zwischen 0,1 und 0,5. Je 1000 ha landw. Nutzfläche finden Sie in Österreich 245 Traktoren, umgekehrt heißt das, daß 4 ha landw. Nutzfläche in Österreich mit einem Traktor bewirtschaftet werden. Das ist zugleich auch die höchste Traktorendichte in allen OECD-Staaten! Die Kapitalintensität ist also sehr hoch in Österreich, während die Kapitalproduktivität wesentlich niedriger ist aufgrund des sehr viel niedrigeren Ausnützungsgrades. Hier liegen daher auch gewaltige Wettbewerbsreserven versteckt.

Österreichs Agrarhandel

Sehen wir uns auch die Außenhandelsentwicklung an: 1996 führte Österreich 47,3 Mrd. Agrarwaren im Wert von 47,3 Mrd. ATS ein. 40 % dieses Einfuhrwertes sind jedoch Produkte, die in Österreich nicht erzeugt werden, Kaffee, Tee, Kakao, Süßfrüchte und dergleichen. Der bereinigte Einfuhrwert macht 28,4 Mrd. ATS aus. Nur 7 % davon kommen aus Ländern Mittel- und Osteuropas. 75 % der Waren kommen aus den EU-15.

Anders bei den Agrarausfuhren. Der Ausfuhrwert von 28 Mrd. ATS landw. Produkte geht heute schon zu einem Viertel in Länder Mittel- und Osteuropas. Innerhalb von zwei Jahren hat sich der Warenwert von 20 Mrd. ATS auf 28 Mrd. ATS erhöht, ist also um 40 % oder 8 Mrd. ATS angestiegen. Die bereinigten Einfuhren stiegen im Vergleichszeitraum nur halb so hoch. Sieht man sich die Entwicklung des Ostagrарhandels im Detail an, so kann man eindeutig restimieren:

- Österreichs Agrarwirtschaft hat von der Ostöffnung profitiert.

- Dem negativen Agrarhandelssaldo Anfang der 90er Jahre steht heute ein positiver Saldo gegenüber.
- Der Einfuhrüberschuß beträgt 3,5 Mrd. ATS.
- Die Ausfuhren in die Länder Mittel- und Osteuropas machen 6,8 Mrd. ATS aus, und wir verzeichnen jährlich zweistellige Steigerungsraten.
- Die wichtigsten Produktgruppen dabei sind Verarbeitungsprodukte, Lebensmittelzubereitung, Fleischprodukte, Obst und Gemüse, Fertigprodukte und Getränke.

Das WIWI hat auch Szenarien über die Abschätzung der künftigen Entwicklung des Sektors Landwirtschaft angestellt und dabei ein optimistisches (aus Sicht der MOEL-Szenario) und ein pessimistisches Szenario gezeichnet. Demnach würde nach dem optimistischen Szenario bis 2000 die Bruttoagrarproduktion in den 5 MOEL nur einen Durchschnittswert von 92,6 % der Bruttoagrarproduktion von 1985 erreichen können, wobei jährliche durchschnittliche Steigerungsraten von 2 % von 1997 bis 2000 angesetzt wurden. Nur Polen und Slowenien wären dabei in der Lage, mehr als 100 % der Bruttoagrarproduktion von 1985 zu erreichen (Polen mit 100 %, Slowenien immerhin mit 130 %).

Setzt man das pessimistische Szenario an, so wird die Bruttoagrarproduktion bis 2000 nur 82,9 % des Wertes von 1985 erreichen mit einer Degression von 2,4 % im Durchschnitt von 1997 bis 2000.

Warum führe ich diese Werte und Aussagen an? Es geht uns nicht darum, zu verharmlosen. Wir wollen die Probleme klar auf den Tisch legen. Es geht uns darum, eine realistische objektive Bestandsaufnahme vorzusehen. Es ist notwendig, die Risiken und Gefahren klar zu erkennen, um sie abwehren zu können. Es geht aber auch darum, die Chancen zu identifizieren und letztlich auch zu nutzen.

Österreichs Strategie

Das Landwirtschaftsressort hat eine 5-Punkte-Strategie für die Osterweiterung entwickelt:

1. Als Ergebnis der Arbeiten zur Agrarzukunft Österreich des Projektes, das Herr Minister Molterer im Herbst des Vorjahrs gestartet hat, wollen wir einen österreichischen ländlichen Entwicklungsplan (ÖLEP) umsetzen (Arbeitstitel)
2. Für die Region entlang der längsten Grenze zu den mittel- und osteuropäischen Ländern, über die Österreich verfügt, brauchen wir ein spezifisches Sonderprogramm.
3. Die Übergangsregelungen sind neu zu gestalten. Es kann nicht dasselbe Ansatz wie bei der letzten Erweiterung herangezogen werden. Hier ist etwa das Modell, das bei der Süderweiterung angewendet wurde, zu prüfen und für eine neue schrittweise Integration anzupassen.
4. Die Heranführungsstrategie im Rahmen der Beitrittspartnerschaften muß genutzt werden und in unserem Sinne durch Anwendung österreichischer Expertise angewendet werden, wobei es einerseits darum geht, die Entwicklung in den MOELs laufend zu beobachten und zu kennen und gleichzeitig die Entwicklung mit zu beeinflussen.
5. Wir wollen durch strategische Kooperation eine gezielte Schwerpunktsetzung vornehmen. In diesem Sinne wurden auch Kooperationsübereinkommen mit dem slowenischen und ungarischen Landwirtschaftsministerium, gerade auch im Hinblick auf künftige Allianzen und Partnerschaften, im Rat Landwirtschaft abgeschlossen.

Ländliches Entwicklungsprogramm

Noch kurz zum österreichischen ländlichen Entwicklungsprogramm. Es ist dies ein Projekt, das als Ergebnis der

Die Full-Service-Agentur für

Henkel Austria,

Mautner Markhof AG,

Velden am Wörthersee,

Nivea/Beiersdorf GmbH.,

IWC-Schaffhausen

und mehr als

100 weitere Kunden.



Dunst & Greiderer GmbH,
Grazerstraße 8, 8230 Hartberg,
Telefon: 03332/66001, Fax: 66001-4

Agrarzukunft Österreich verwirklicht werden soll. Damit soll es möglich sein, in den nächsten sechs Jahren, mehr als 100 Mrd. ATS für den ländlichen Raum zu mobilisieren.

Es umfaßt folgende Bereiche

- Die Politik für benachteiligte Regionen. Hier wollen wir etwa den Sokelbeitrag verwirklichen;
- es umfaßt die Agrarumweltprogramme und eine Offensive in Richtung ÖPUL 2000;
- es umfaßt die horizontalen Strukturmaßnahmen, wie Investitionsförderung;
- und den Sektorplan II zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Verarbeitungsindustrie;
- und es umfaßt vor allem spezifische ländliche Entwicklungsmaßnahmen, wo wir eine Vermarktungs-Technologie-, Ausbildungs- und Infrastrukturoffensive realisieren wollen;

Sie können, wenn Sie so wollen, dieses Projekt ÖLEP als unsere Antwort auf die Agenda 2000 verstehen. Wir haben hier schon sehr klare Vorstellungen entwickelt, und Minister Molterer wird dieses Programm in den nächsten Wochen präsentieren.

Die Landwirtschaft hat in der Frage der europäischen Integration stets eine sehr verantwortungsbewußte Haltung eingenommen und damit staats- und europapolitisches Format bewiesen. Trotz der großen Befürchtung in der landw. Bevölkerung wurde nie in das allgemeine Wehklagen über die Erweiterung eingestimmt.

Auch im Rahmen der Ostöffnung hat die Landwirtschaft diese Strategie verfolgt. Die Landwirtschaft hat ruhig und sachlich die Konditionen formuliert, die eine schrittweise Heranführung der nächsten Kandidaten möglich macht, und die Kommission hat dieses Konzept für die Integration übernommen:

- Eine schrittweise Integration je nach Reife der Kandidaten;
- eine schrittweise Annäherung der Preise und Öffnung der Märkte, um schockartige Entwicklungen zu verhindern;
- keine Anwendung der GAP-Prämien
- anstelle dessen Investitionen in die Strukturpolitik und die ländliche Entwicklung;
- keine Nivellierung der Standards zulassen und;

- Vorbereitungsprogramme auch diesseits der Grenze anwenden.

Ich komme damit zum Schluß und beziehe mich vor allem auf die Schlussfolgerung des Rates Landwirtschaft vom November des Vorjahrs, welcher vom Europäischen Rat zur Kenntnis genommen wurde. Zur Erweiterung hat der Rat festgestellt, daß das Europäische Landwirtschaftsmodell den Bezugsrahmen für die künftige Ausrichtung der Agrarpolitik der beitreitenden Staaten darstellt und damit einen machtvollen Integrationsfaktor im erweiterten Europa ausmachen wird.

Das führt uns auch zurück an den Beginn der europäischen Integration, denn damals hat man sich darauf geeinigt, die Landwirtschaft als ersten großen integrierten Politikbereich aufzunehmen.

Das war auch sehr erfolgreich und die Zielsetzungen, die die Gründungsmitglieder damals gesetzt haben, sind auch erreicht worden. Ich glaube, daß dies vor allem auch darin begründet ist, weil diesem Ansatz ein zutiefst christliches Konzept zugrundeliegt: nämlich das Motto „Schwerter zu Pflugscharen“.

AGENDA 2000: WIR BRAUCHEN EINEN EUROPÄISCHEN WEG

Am 16. Juli des vergangenen Jahres hat die Europäische Kommission die „Agenda 2000“ vorgestellt. In diesem umfassenden Papier, das die wirtschaftliche, strukturelle und politische Entwicklung der EU vom Jahr 2000 bis zum Jahresende 2005 umreißt, wird auch eine weitere Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgeschlagen.

Die generellen Grundzüge dieser geplanten Reform sind Preissenkungen bei Kulturpflanzen, bei Rindern und bei Milch. Diese sollen teilweise durch direkte Prämien ausgeglichen werden. Die Höhe der Prämie aber wird abhängig sein von ökologischen und sozialen Kriterien. Damit könnten die Instrumente zur Förderung des Umweltschutzes in der Landwirtschaft verstärkt werden, so will es die Europäische Kommission. Schließlich ist eine neue, massiv veränderte Politik für den ländlichen Raum geplant, die eine Neuorientierung und Neuausrichtung in eine Richtung bringen wird, die jedenfalls von der Landwirtschaft wegführt.

In Österreich, aber auch in vielen anderen EU-Ländern, stößt dieses Dokument der Europäischen Kommission auf heftigen Widerstand der Bauernvertretungen.

Liberalistisches Welthandelskonzept

Ein Kern dieser Kritik ist der berechtigte Vorwurf an die EU, daß der „Agenda 2000“ ein liberalistisches Welthandelskonzept zu Grunde liegt, das die europäischen Bauern zu „Global Player“ machen und sie nahezu schutzlos einem schrankenlosen Welthandel preisgeben will. Dort müssen sie mit Ländern in Konkurrenz treten, die von Sozial-, Umwelt-, Tier- und Haltungsstandards nicht oder nur sehr wenig gehörts haben und solche kaum oder gar nicht anwenden. Man kann nicht den österreichischen und europäischen Bauern immer mehr Vorschriften und Auflagen machen



Rudolf Schwarzböck, Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern: Europa hat ein privatwirtschaftliches Modell der Landwirtschaft mit bäuerlichen Familienbetrieben als prägendes Element. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die diese in Jahrhunderten gewachsene eigenständige europäische Form der Landwirtschaft auch in Zukunft möglich macht.

und sie gleichzeitig dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt aussetzen. Das ist ein Widerspruch, und den haben wir von der bäuerlichen Interessenvertretung in unserer Stellungnahme an die Europäische Kommission auch aufgezeigt.

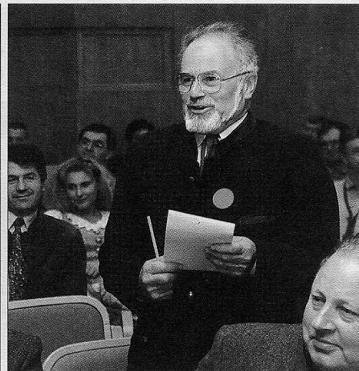
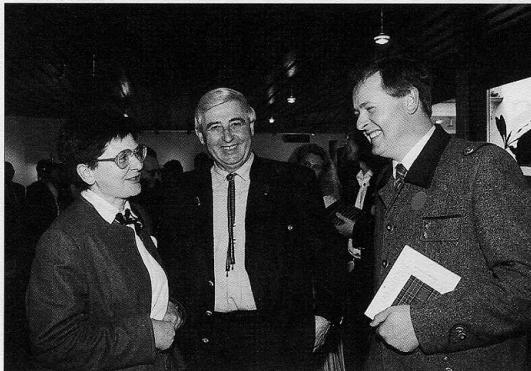
Die bäuerliche Interessenvertretung auf europäischer Ebene, genannt COPA, hat daher ein Konzept entwickelt, das unter dem Titel „Europäisches Landwirtschaftsmodell“ jenen Weg skizziert, den sich die Bauern von einer Reform mit Augenmaß erwarten. Dieses Modell ist im November auch vom Agrarministerrat und den Staats- und Regierungschefs der Union in Luxemburg bestätigt worden.

Pflege der Kulturlandschaft

Sinn und Zweck der Landwirtschaft in Europa ist nicht nur die Produktion von gesunden und hochwertigen Erzeugnissen des Ernährungs- und des Non food-Bereichs.

Die Landwirtschaft spielt auch eine wesentliche Rolle in der Besiedelung der ländlichen Räume, in der Raumordnung, ist verantwortlich und ausschlaggebend für die Beschäftigung und Belebung dieses Raumes und trägt wesentlich zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt bei. Außerdem schafft sie durch die Gestaltung und Pflege der Kulturlandschaft die Basis für den wirtschaftlich bedeutenden Bereich des Fremdenverkehrs. Schließlich trägt die Europäische Landwirtschaft mit den Agrarnahrungsmittelexporten nicht nur zur EU-Handelsbilanz, sondern mit der Nahrungsmittelhilfe auch zum Ernährungsgleichgewicht weltweit bei.

Europas Landwirtschaft unterscheidet sich wesentlich von jener der Mitbewerber, vor allem der Übersee-Konkurrenten. In Europa gibt es hohe Auflagen im Umweltbereich, kostenintensive Konsumentenwünsche, wie die artgerechte Tierhaltung und ebenso



Reger Gedankenaustausch: LAbg. Hermine Pußwald, Direktorin der Fachschule Großlobming, LAbg. Alfred Prutsch, Bezirk Radkersburg und DI Franz Patz, Direktor der Fachschule Kirchberg am Walde. - Rechts: Gerhard Pongratz aus Deutschlandsberg bringt als weitgereister, weiterfahrener Weinbauer immer wieder interessante Überlegungen ein.

artgerechte Tiertransporte, den Verzicht auf Hormone und Gentechnik. Die europäische Bevölkerung hat ein bestimmtes Bild von der Landwirtschaft - also bärlicher, nachhaltig, gesund - und diesem Bild wollen Europas und Österreichs Bauern auch entsprechen. Doch führt dies alles dazu, daß die europäische Landwirtschaft nicht zu gleich niedrigen Kosten wie die großen Agrarländer mit ihren Agrarindustrien produzieren kann.

Gebot der Nachhaltigkeit

Europas Bauern haben ein Prinzip, nämlich jenes der Nachhaltigkeit, stets beachtet und wollen es auch in Zukunft beachten können. Das Gebot der Nachhaltigkeit der bäuerlichen Landwirtschaft in Europa gründet auf den gesellschaftspolitisch relevanten Leistungen, die über die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen hinaus gehen. Es ist dies vor allem die Erhaltung des natürlichen Lebensraumes sowie jene privatwirtschaftlich begründete Tradition, die sicherstellen soll, daß die bäuerliche Landwirtschaft auch den zukünftigen Generationen eine Existenz bieten kann und soll.

Familienbetriebe als prägendes Element

Denn Europa hat auch in bezug auf Landwirtschaft und Eigentum eine ei-

gene Tradition. Die europäische Landwirtschaft hat überwiegend privatwirtschaftliche Grundlagen, aus denen sich die vorhandene Struktur einer breiten Eigentumsstreuung erklären läßt. Damit verbunden ist ein grundlegendes privatwirtschaftliches Modell der Landwirtschaft mit bäuerlichen Familienbetrieben als prägendes Element. Eigeninitiative, unternehmerische Verantwortung und ein Handeln auch für zukünftige Generationen sind die unverzichtbaren Eigenschaften dieses eigenständigen europäischen Modells.

Europas Bauern können und wollen diesen anspruchsvollen Weg gemeinsam mit den Konsumenten auch in Zukunft gehen. Sie wollen die unternehmerische Verantwortung und Herausforderung annehmen, sie wollen Eigeninitiative entwickeln, und für die gesamte Gesellschaft und deren Ansprüche entsprechende Angebote machen können.

Doch dazu brauchen sie Rahmenbedingungen, die diese jahrhundertelang gewachsene und entstandene eigenständige europäische Form der Landwirtschaft auch in Zukunft möglich machen. Dazu gehört auch eine Agrarpolitik, die nicht dem Welthandelsdiktat huldigt, sondern die bäuerliche Landwirtschaft zur Basis hat. Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union fußt auf den Prinzipien Einheitlichkeit des Marktes, Gemeinschaftspräferenz und finanzielle Solidarität.

Finanzielle Solidarität

Die Anwendung dieser drei wichtigsten Prinzipien ergibt eine nachhaltige Zukunftsperspektive nur dann, wenn der Sinn dieser gemeinsamen Politik für jeden einzelnen Beteiligten - also für Bauer und Konsument bzw. Steuerzahler - durch eine Erfüllung gemeinsamer Ziele überzeugend in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht erkennbar wird.

Aus diesem Grund ist die finanzielle Solidarität von wesentlicher Bedeutung. Sie ist allerdings immer in einem Kontext mit den Zielen der gemeinschaftlichen Politik zu praktizieren.

Die Verwirklichung eines eigenständigen europäischen Landwirtschaftsmodells braucht eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik mit Augenmaß. Diese Reform muß folgende Punkte berücksichtigen:

Sie muß die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft sichern, und mit derjenigen in anderen Wirtschaftsbereichen vergleichbar machen.

Sie muß die europäische Landwirtschaft in die Lage versetzen, ihre multifunktionale Rolle weiter zu spielen und zwar einerseits als weltweit bedeutender Produzent von hochqualitativen Produkten des Nahrungsmittel- und Rohstoffbereichs - sowohl für die einheimischen als auch für die Exportmärkte - als auch andererseits als Rückgrat der ländlichen Regionen für Beschäftigung, Raumordnung,



Mit großem Interesse bei der Sache - die Bezirksgeschäftsführer Doris Fuchs und Jakob Taibinger. - Auch die Vorkämpfer der „Ökologischen Landentwicklung“, die bereits auf schöne Erfolge bei der Nahversorgung und beim Wasserberufsstehen verweisen können, sind vertreten: Mag. Heimo Brandweiner (links) und Projektleiter Josef Fiedler (rechts).

Landschaftserhaltung und Umweltschutz sowie für die Aufrechterhaltung des gesamten sozialen Gefüges.

Sie muß die Strukturen und die Leistungsfähigkeit der Agrarwirtschaft kontinuierlich verbessern.

Sie muß die Sondermaßnahmen für benachteiligte Gebiete verstärken, damit die Land- und Forstwirtschaft die von der Gesellschaft verlangten Aufgaben auch erfüllen kann.

Sie muß die Betriebsnachfolge von Junglandwirten und Hofnachfolgern mit Hilfe einer angemessenen Niederlassungspolitik begünstigen.

Sie muß es den Bauern möglich machen, durch Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie der Erzeugergemeinschaften und -vereinigungen einen fairen Anteil auf den Märkten zu erwirtschaften und ihr Potential bestens auszuschöpfen.

Agrarpolitische Gesamtstrategie nötig

Eine Weiterentwicklung und Reform der europäischen Agrarpolitik muß auch den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt verstärken, damit die Landwirtschaft in allen Regionen der Union erhalten bleibt. Dazu ist es aber notwendig, daß eine agrarpolitische Gesamtstrategie unter Einbeziehung aller Produktionssektoren definiert wird. Nur so kann ein Gleichgewicht zwischen den Regionen und Sektoren erreicht werden und nur so

kann gewährleistet werden, daß eine echte finanzielle Solidarität auf Ebene der Union zum Tragen kommt und daß die Hauptkomponente der Kohäsionspolitik, nämlich der Strukturfonds, verstärkt wird.

Eigener Geldtopf für EU-Erweiterung

Eine vernünftige Reform und Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für Europas Bauern muß auch an die Erweiterung der Union denken. Die Osterweiterung wird in ganz Europa und in der Welt ein Mehr an Frieden und Sicherheit bringen. Daher müssen die Haushaltskosten der Erweiterung in fairer Weise durch Schaffung eines geeigneten und getrennten Geldtopfes, der aus zusätzlichen Finanzmitteln zu speisen ist, aufgeteilt werden. Und der Weg für einen harmonischen Beitritt der mittel- und ost-europäischen Länder kann nur nach einer gründlichen Vorbereitungszeit und mit angemessenen Übergangsperioden beschritten werden.

Bauern erfüllen Aufgaben für alle

Schließlich ist die europäische Identität auch bei den künftigen Verhandlungen um eine neue Welthandelsordnung dadurch besonders zu kräftigen, daß die Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft klar gemacht und herausgestellt wird. Dies ist auch zur

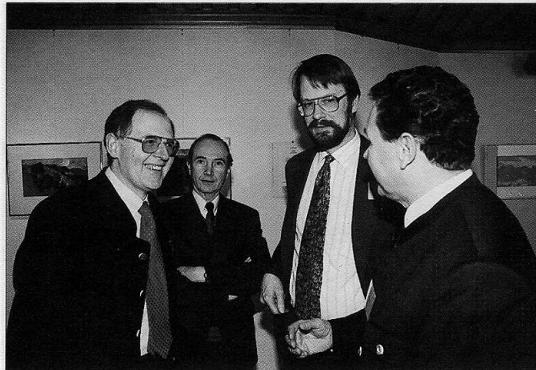
Grundlage der EU-Position anlässlich der nächsten WTO-Verhandlungsrede zu machen.

Diese Ziele können aber nur dann erreicht werden, wenn die nötigen Haushaltssmittel im Rahmen der Agrarleitlinie auch garantiert zur Verfügung stehen. Denn nur auf Basis einer finanziellen Sicherheit ist die Lebensfähigkeit der unter persönlicher Verantwortung geführten bürgerlichen Betriebe sowie der Fortbestand des europäischen Landwirtschaftsmodells gewährleistet, die im Gegensatz zu Agrarbetrieben in Übersee neben der Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion eine ganze Palette von Aufgaben für die Gesellschaft haben.

Multifunktionalität nicht beachtet

COPA, die Vereinigung der bürgerlichen Interessenvertretungen der EU-Länder, hat sich mit diesen Forderungen und Zielen auseinandersetzt und ist zum Schluß gekommen, daß — beim jetzigen Stand — die vorgeschlagenen Reformpläne der Europäischen Kommission, die in der „Agenda 2000“ niedergeschrieben sind, dem Ziel der multifunktionalen Landwirtschaft in Europa nicht entsprechen. Daher sind sie für die Bauernvertretung in dieser Form nach wie vor unannehmbar.

Sollten die Kommissionsvorschläge, so wie sie auf dem Tisch liegen, durchgeführt werden, hätte das äußerst



Wenngleich die Standpunkte der amerikanischen und europäischen Agrarphilosophie hart aufeinanderprallten, so gab es dennoch einen konstruktiven Dialog. DI Dr. Walter Krucsay von der Landwirtschaftsabteilung der US-Botschaft (Zweiter von links) wirkte als kluger Mediator zwischen der Neuen und der Alten Welt. -Rechts: Kammerobmann Herbert Zach.

nachteilige Konsequenzen. Nicht nur für die Landwirtschaft, die Landwirte und ihre Genossenschaften, sondern auch für die Beschäftigung in der Landwirtschaft und in den vor- und nachgelagerten Sektoren sowie für die wirtschaftliche und soziale Lebensfähigkeit sehr vieler ländlicher Regionen in der Europäischen Union. Die EU-Vorschläge würden schließlich die wirtschaftliche Basis von bestimmten Produktionsbereichen, wie der Rindermast, sowie die Landwirtschaft in bestimmten benachteiligten Regionen in Frage stellen und hätten Wettbewerbsverzerrungen, ja selbst eine Renationalisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik, zur Folge, was unzumutbar und abzulehnen ist. Ein wesentliches Beurteilungskriterium für die Reform stellt die dauerhafte finanzielle Absicherung dar. Entgegen dem, was die Kommission zu verstehen gibt, sind aber die nötigen Mittel nicht vorgesehen, um gleichzeitig die jetzige Gemeinsame Agrarpolitik sowie die zur Diskussion stehenden Reformen und künftige Reformen nach einer Erweiterung der Europäischen Union zu finanzieren.

Ein europäisches Agrarmodell

Die Bauernvertretung faßt daher ihre Ablehnung wie folgt zusammen: In Wirklichkeit bieten die Kommissionsvorschläge keinerlei Perspektiven für eine Agrarpolitik, die es er-

lauben würde, ein europäisches Landwirtschaftsmodell zu entwickeln. Deshalb verlangen die Bauernvertreter neue Vorschläge im Sinne der Ziele der echten europäischen Agrarpolitik. Denn nur durch den Aufbau einer eigenständigen Politik für die Bauern auf diesem Kontinent, die die Entwicklung eines dem Menschen gerechten, dynamischen und in der Region verankerten Landwirtschaftsmodells für Europa erlaubt, wird man den Landwirten Perspektiven bieten und den Hofnachfolgern Chancen geben können. Und nur mit einem zukunftsorientierten Projekt und nicht mit zusätzlichen im Widerspruch zur Grundidee der Gemeinsamen Agrarpolitik stehenden Zwängen, wie neuen zusätzlichen Auflagen im Umweltbereich und drastischen Einkommensminderungen, wird man die Zustimmung der Landwirte erreichen. In der Öffentlichkeit wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die Hälfte des EU-Budgets einzig und allein den Bauern zugute käme und daß dies in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nicht mehr verantworbar wäre. Beachten wir also einmal die nüchternen Fakten und Zahlen:

Verwirrende Zahlauspiele

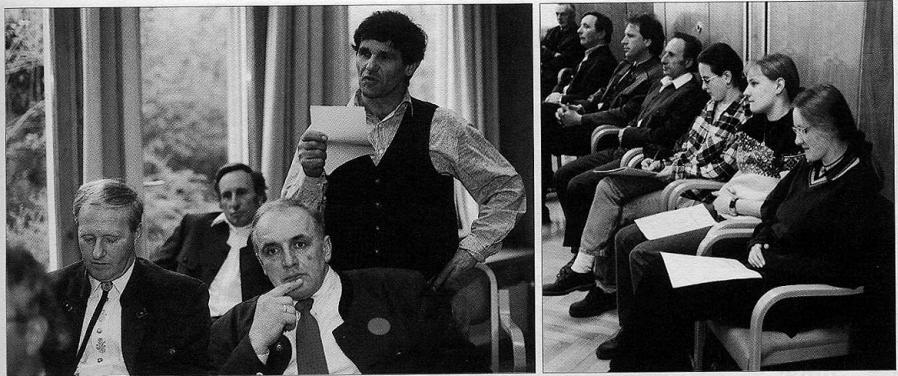
Die Landwirtschaftspolitik, das ist hinlänglich bekannt, ist die einzige umfassende Politik, die gemeinschaft-

lich praktiziert und somit auch finanziert wird. Es gibt keine europäische Verkehrspolitik, es gibt keine europäische Sozialpolitik und es gibt keine europäische Verteidigungspolitik, um nur drei finanzintensive Bereiche zu nennen, für deren Finanzierung jedes einzelne der fünfzehn EU-Mitgliedsländer enorme Geldmittel aufwenden muß.

Insgesamt umfaßt das Gesamtbudget aller fünfzehn EU-Staaten zusammengerechnet, die enorme Summe von 48,3 Billionen Schilling. Der EU-Haushalt nimmt sich dabei mit etwas mehr als einer Billion nur sehr bescheiden aus, das sind 2,36 Prozent der Gesamtbudgetausgaben, die alle fünfzehn Mitgliedstaaten im Jahr 1997 getätigten haben bzw. tätigen.

Agrarbudget liegt sogar unter 2 Prozent

Der Agraranteil davon beträgt 1,18 Prozent oder in Zahlen 569,9 Mrd. Schilling. Rechnet man noch 390 Mrd. an nationalen Ausgaben für die jeweilige Landwirtschaft dazu, die in den einzelnen Ländern getätigten werden, so kommt man auf gesamte Ausgaben für die Landwirtschaft in allen EU-Ländern und im EU-Budget gemeinsam von 960 Mrd. Schilling. Somit beträgt der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtbudget Europas 1,99 Prozent. Wer angesichts eines nicht einmal zweiprozentigen Anteils an den Aus-



Das hohe Bildungsniveau im ländlichen Raum spiegelt sich in den spannenden Debatten. Da spürt man die vielfältigen Leistungen, die die Fachschulen erbringen und die über zahlreiche Berufe allen zugute kommen. - Rechts: Schüler der Fachschule Grottenhof-Hardt werden die Erkenntnisse der Landakademie 98 ihren Kollegen weitergeben.

gaben aller EU-Staaten mit diesem Geld auch noch die Arbeitsplatzpolitik der EU und die Osterweiterung finanzieren will, der handelt entweder bewußt fahrlässig oder will auf populistische Art und Weise Stimmung gegen die Landwirtschaft und gegen die Bauern machen.

Konsumenten verlangen auch optimalen Umweltschutz

Die Bürger Europas erwarten sich von den Bauern eine ganze Reihe von Leistungen: Hochqualitative Nahrungsmittel, Rohstoffe für Energie und Industrie, Gestaltung und Erhaltung der Lebensgrundlagen und der Kulturlandschaft, aktive Sicherung der Lebensräume, besonders in den benachteiligte Gebieten, lebendige Pflege traditioneller Kultur und Werte und Schaffung eines Rückzugsgebietes, welches im Gegensatz zu den Ballungsräumen und Städten aktive Freizeitgestaltung und Erholung ohne Stress zuläßt. Darüber hinaus verlangt die Gesellschaft bei der Erzeugung der Nahrungsmittel die Einhaltung strengster Normen, was Boden-, Wasser- und Umweltschutz anlangt, fordert artgerechte Tierhaltung und pflegliche Tiertransport und stellt enorme Ansprüche an Frische, Qualität, Geschmack und Aussehen der Lebensmittel.

Guter Preis für hohe Qualität

Diese Vielfalt an Wünschen, Ansprüchen und Erwartungen kann aber nur mit einem echten europäischen Landwirtschaftsmodell, welches einen unverzichtbaren Teil der europäischen Werte und des europäischen Gesellschaftsmodells ausmacht, erfüllt werden.

Dazu gehört auch die Erkenntnis, daß hohe Qualität und die Erfüllung höher und höchster Ansprüche einen höheren Preis verlangen, als industrielle Landwirtschaft auf Kosten von Umwelt, Natur und Mensch.

Wenn heute US-Amerikaner voll Stolz den Europäern tausende Hektar an Naturparks und Naturschutzgebieten präsentieren und damit unterstreichen wollen, wie sehr sie der Natur verbunden sind, so wird exakt an diesem Beispiel das unterschiedliche Verständnis von Natur- und Umweltschutz zwischen alter und neuer Welt besonders deutlich:

In den USA und in anderen Ländern, die diesem liberalistischen Gedankengut und Denken verpflichtet sind, findet Naturschutz neben der Landwirtschaft statt.

In Europa aber ist Natur-, Umwelt- und Ressourcenschutz integrativer Teil der Landwirtschaftung.

Große Perspektiven für den europäischen Weg

Europa braucht eine mit Maß und Ziel reformierte Gemeinsame Agrar-Politik (GAP), die die europäische Identität widerspiegelt und jedenfalls folgende Punkte beachtet:

- Europa braucht weiterhin Mechanismen im Außenbeschluß. Angeichts der internationalen Verpflichtungen vor allem im Warenverkehr.
- Die gemeinschaftliche Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik muß nachhaltig gesichert sein.
- Die EU muß die Interessen der europäischen Landwirtschaft bei den künftigen Verhandlungen um den freien Welthandel mit der WTO (World-Trade-Organisation) aktiv verteidigen.
- Die europäische Einheitswährung muß in der Wirtschafts- und Währungsunion dazu beitragen, daß die Gemeinsame Agrarpolitik reibungslos funktioniert und den Bauern in einem stabilen Währungsumfeld ein erfolgreiches Wirtschaften ermöglicht.

Agrarpolitik und bäuerliche Interessenvertretung haben die Aufgabe, optimale Rahmenbindungen zu schaffen. An den Bauernfamilien wird es liegen, die Herausforderungen mit Mut, Eifer und Unternehmergeist zu bewältigen. Dann gibt es grünes Licht für eine positive Zukunft der Land- und Forstwirtschaft in Österreich.

Ein ertragreiches Wissensfeld!



Wer heute mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Realität stehen will, braucht einen kompetenten und verlässlichen Ratgeber.

„Der fortschrittliche Landwirt“ – Österreichs größte land- und forstwirtschaftliche Abo-Fachzeitschrift hilft seit 80 Jahren mit praktischen Tips und wertvollen Informationen der gesamten bäuerlichen Familie bei der Umsetzung ertragreicher Ideen.

Fordern Sie unverbindlich zwei kostenlose Probehefte zum Kennenlernen an. Wenn Sie sich zu einem Jahresabonnement entschließen, erhalten Sie von uns ein praktisches Einstandsgeschenk.

Rufen Sie gleich an,
wir informieren Sie gerne!
Telefon 0 316/82 16 36-48

Landwirt



Wald- und Wiesenjoghurts gibt es schon genug.
Jetzt kommt das Beste aus den Bergen:



Fruchtige Cremejoghurts, mildes Naturjoghurt,
cremig-feiner Sauerrahm von Berghof.

Berghof
Das Beste aus den Bergen

politicum 78

Gesamtkoordinierung: Ing. Josef Kaltenegger

Redaktionelle Betreuung: Dr. Claudia Klafit, Prof. Max Mayr

Hersteller: Druck Dorrong, Graz; Gestalterische Betreuung: Günther Malli

Fotos: Ing. Josef Kaltenegger, Peter Philip

Impressum:

politicum 78 – Josef-Krainer-Haus-Schriften – April 1998 / 18. Jahrgang
 Herausgeber: Josef-Krainer-Haus, Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:

Mag. Erich Hohl, Herwig Hösle, Dr. Eva Karisch, Dr. Manfred Prisching

Für den Vertrieb verantwortlich:

Mag. Erich Hohl – Bestellungen an Josef-Krainer-Haus, Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Noch erhältliche Nummern:

Heft 69, Zukunftsstrategien für das „Unternehmen Bauernhof“ – Heft 70, Mit Naturschutz rechnen – Heft 71, Medien – Heft 72, „FrauenLeben in der Steiermark“ – Heft 73, „Landakademie '97 Land ist Zukunft! Mehr regional statt global!“ – Heft 74, Gesundspuren? Kaputtpassagen? – Heft 75, Energie im (Über-)Fluss – Heft 76, „Zukunft Stadt 2010 – Heft 77, „Diskurs in der Demokratie“

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes:
„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats:

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL (Vorsitzender);

Univ.-Prof. Dr. Manfred PRISCHING (vte. Vors.);

Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER (vte. Vors.);

Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN (vte. Vors.);

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER;

Ass.-Prof. Dr. Wolfgang BENEDEK;

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Franz JEGLITSCH;

Ass.-Prof. Dr. Renate KICKER;

Univ.-Prof. Dr. Greta WALTER-KLINGENSTEIN;

Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY;

Univ.-Prof. Dr. Johannes W. PICHLER;

Univ.-Prof. Dr. Walther PIERINGER;

Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK;

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. DDR. Willibald RIEDLER;

Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER;

Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER;

Univ.-Prof. Dr. Ota WEINBERGER;

Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE;

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Heimo WIDTMANN;

Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER;

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang ZACH.

REFERENTEN UND MODERATOREN

Dreisiebner Johann, Weinbauer, Landesobmann des Landesweinbauverbandes des Steiermark; Ehrenhausen

Kopetz, Dipl.-Ing. Dr. Heinz, Direktor der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark; Graz

Mustard Allan, US-Agrarattaché; Wien

Patz, Ing. Erwin, Bauer; St. Peter a. O.

Pörtl Erich, Landesrat, Landesobmann des Steirischen Bauernbundes; Hartberg/Graz

Puntigam, Dr. Alois, Direktor des Steirischen Bauernbundes; Graz

Riegler, Dipl.-Ing. Josef, Vizekanzler a. D., Präsident des Ökosozialen Forums; Graz

Rupprechter, Dipl.-Ing. Andrä, BM für Land- und Forstwirtschaft, Leiter der Stabsstelle der EU-Koordination; Wien

Schick, Dr. Reinhard, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; München

Schwarzböck Rudolf, Abgeordneter zum Nationalrat, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs; Hagenbrunn/Wien

Stangl, Dr. Maria Luise, Leiterin der EU-Koordinationsstelle des Landes Steiermark; Graz

Weinacht Monica, Bäuerin;
St. Martin am Grimming

Włodkowski Gerhard, Präsident der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark; Gosdorf/Graz

Wolte, Dr. Wolfgang, Botschafter i. R., Vorstandsmitglied im Beirat der Österreich. Gesellschaft für Europapolitik; Wien